07-08/2018

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

EUROPA
Gemeinden in den Mittelpunkt
Seite 20

SICHERHEIT
Veranstaltungen in der Gemeinde sicher abwickeln
Seite 36

Ich bin wieder da!

Nach fast 140 Jahren ist der Wolf wieder in Österreich. Die Emotionen gehen überall hoch, aber was bedeutet das für Gemeinden?
Seite 12

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

Österr. Kommunalverlag, 1010 Wien, Löwelstr. 6
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

ISSN: 1605-1440
Österreichische Post AG MZ 02Z032902 M

IM DIGITALEN WANDEL **PERSÖNLICH VERNETZEN**

KOMMUNALMESSE 2018
www.diekommunalmesse.at

Österreichs größte Fachmesse für Gemeinden

27./28. SEPTEMBER 2018 | MESSE DORNBIRN

Im Rahmen des 65. Österreichischen Gemeindetages.

EU-RATSVORSITZ STÄRKT PRINZIP DER SUBSIDIARITÄT

EUROPAS ZUKUNFT **LIEGT IN STARKEN GEMEINDEN**

Am 1. Juli war es soweit: Österreich hat nach 1998 und 2006 zum dritten Mal den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Mit der Ratspräsidentschaft rücken aber auch unsere Gemeinden, Städte und Regionen noch stärker ins Zentrum. Denn die Bundesregierung hat unter anderem das Prinzip der Subsidiarität als Schwerpunkt der politischen Arbeit definiert.

Wir wissen: Unsere Gemeinden und Städte sind das Rückgrat der Europäischen Union, denn die Zukunft liegt in einer starken kommunalen Selbstverwaltung. Wir als Bürgermeister sind die direkten Ansprechpartner der Bürgerinnen und Bürger – in kleinen und in großen Fragen. Die Menschen erwarten von uns rasches und effizientes Handeln. Sie erwarten sich das Prinzip der Subsidiarität. Es geht um genau das, was unsere Arbeit in den Gemeinden seit jeher ausmacht und auch in Zukunft ausmachen sollte: Selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln – im Sinne jener, die uns das Vertrauen gegeben haben.

Wir sind uns alle einig: Europa ist ein Garant für Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand. Wir wissen aber auch, dass die EU sich immer weiter entwickeln muss. Österreich ist jetzt seit 23 Jahren Mitglied in der EU. Wir sind mittlerweile eng zusammengewachsen und haben auch gemeinsam Krisen überstanden. Dabei ist immer klarer geworden: Die Aufgabe der Europäischen Union muss sein, die großen Fragen zu lösen und für Sicherheit und Stabilität auf dem Kontinent und in der Welt zu sorgen. Die Aufgabe der EU kann aber nicht sein, sich immer wieder in Detailregelungen zu verlieren, die bei uns in den Gemeindestuben immer öfter für Kopfschütteln sorgen.

Gemeinsam mit dem deutschen Städte- und Gemeindebund haben wir Anfang Juni in Brüssel ein starkes kommunales Zeichen gesetzt. Die Vertreter von rund 13.000 Gemeinden und Städten haben in einer Deklaration zur gesetzgeberischen Zurückhaltung und an die Verhältnismäßigkeit appelliert sowie Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen und Regionen für eine gelingende europäische Zukunft definiert. Mit der österreichischen Bundesregierung haben wir dabei einen starken Partner. So wird Ende November eine europäische Subsidiaritätskonferenz stattfinden, wo wir als Gemeindebund auch inhaltlich stark eingebunden werden.

Nutzen wir nun die kommenden Monate, um Europa in unseren Gemeinden präsent zu halten und gleichzeitig in Europa über unsere gemeinsame Zukunft mitzureden. Denn ohne starke Gemeinden und Städte wird die Europäische Union scheitern.

Bürgermeister Mag. ALFRED RIEDL
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
alfred.riedl@gemeindebund.gv.at

> OHNE STARKE GEMEINDEN UND STÄDTE **WIRD DIE EUROPÄISCHE UNION SCHEITERN.“**

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

egal was man von ihr hält: Die Digitalisierung kommt und macht auch vor den Gemeinden nicht Halt. Beim Kommunalforum Alpenraum wurde eine Umfrage präsentiert, die zeigt, dass der Digitalisierungsgrad der österreichischen Gemeinden derzeit bei etwas unter 50 Prozent liegt: Alle haben eine Homepage und sind per E-Mail erreichbar, 80 Prozent stellen Infos zu Gemeinderatssitzungen online. Aber nur 34 Prozent haben einen Social-Media-Auftritt, 19 Prozent setzen auf E-Partizipation und lediglich acht Prozent nutzen ein digitales Fahrtenbuch. Wie sieht es da erst mit den aktuellsten Technologien wie Blockchain, Chatbots oder Artificial Intelligence aus?

Dass man sich in der Bundesregierung mit diesen Themen beschäftigt, zeigt das Interview, das wir mit Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck geführt haben. Der früheren Telekom-Managerin ist sehr bewusst, wo die Chancen und wo die Risiken der Technik liegen. Eines ist klar: Digitale Transformation betrifft nicht nur die „Digital Natives", die den Umgang mit der Technologie von Kindheit an lernen. Deshalb muss die Politik die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, damit Digitalisierung nicht nur in jedem Ort, sondern auch in jeder Gesellschaftsschicht ankommt.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

/20

Gemeinden in den Mittelpunkt rücken

Österreichs Ratsvorsitz ist eine Riesenchance, die kommunale Selbstverwaltung und die Subsitiarität mehr in den Mittelpunkt zu rücken

/28

„Digitales Amt soll Gemeinden entlasten"

Digitalisierungs- und Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck im KOMMUNAL-Interview

INHALT

/36

Mythos Massenpanik

Mehr Sicherheit bei Großveranstaltungen

/66

Freiwillig ist nicht umsonst

Gernot Kremsner, Bürgermeister von Rohr im Burgenland

FOTOS/Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname; TITEL/Vorname Nachname

KOMMUNAL 07-08/2018

THEMA

Die Wölfe sind wieder da! Was nun? 12
Der Wolf ist nach rund 135 Jahren wieder zurück. Wie wird das Leben mit dem Wolf aussehen?

POLITIK & RECHT

Kein Frieden ohne Vielfalt 25
Wie schafft man eine gleichberechtigte Gesellschaft?

Pflegereform ante portas 26
Trotz Einigung viel Gesprächsbedarf

Diese DVD lässt keine Fragen offen 32
Vergabemodelle zur einfacheren Anwendung des Vergaberechts

GESTALTEN & ARBEITEN

Cyber-Security in der digitalen Verwaltung 44
Auch für Gemeinden wird IT-Sicherheit immer wichtiger

Zentral, breitbandig und gesichert 50
Was muss eine leistungsstarke WLAN-Anbindung für Schulen können?

Monitoring ist der erste Schritt 56
Die Schritte der Gemeinden auf dem Weg hin zur Energieeffizienz

LAND & LEUTE

Im Zeichen des „Aquilas“ 68
Ein Abend im Zeichen der Verkehrssicherheit

Nulltarif auf Dauer nicht haltbar 72
Mountainbiken liegt im Trend – eine Steigerung der Unfallzahlen ist zu erwarten

Südtirol: Keine Flüchtlinge – weniger Geld! 73
Mit einem Aufteilungsschlüssel will das Land widerspenstige Gemeinden den Griff bekommen

Aus den Bundesländern, Personalia, Termine 74

Impressum 82

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

arch.ing – Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen	32	Interflex Datensysteme GmbH	40 & 53
Bundesministerium für Finanzen	31	JENOPTIK Robot GmbH	52
Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus	34	Maschinenring Österreich GmbH	60
CONZEPT Container Modulbau & Handel GmbH	54	NFON GmbH	46
eww Anlagentechnik GmbH	46	Österreichische Post AG	61
Familie & Beruf Management GmbH	58	ÖWD Österr. Wachdienst	43
Forschungsgesellschaft Straße-Schiene-Verkehr	42	ParkNow GmbH	54
		Siemens AG Österreich	54
		T-Mobile Austria GmbH	58
		UPC Telekabel Wien GmbH	42

KOMMUNALMESSE 2018
www.diekommunalmesse.at

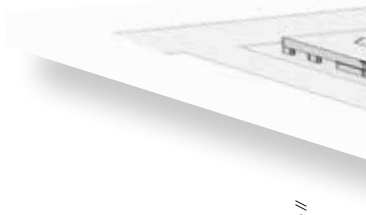
IM ZEICHEN DES DIGITALEN WANDELS

Der 65. Österreichische Gemeindetag findet am 27. und 28. September 2018 im Messezentrum Dornbirn statt. Zeitgleich geht auch die Kommunalmesse 2018 erstmals in Vorarlberg über die Bühne.

Die Kommunalmesse ist mit ihren über 200 Ausstellern aus allen relevanten Branchen die größte Fachmesse für die Top-Entscheidungsträger aus Österreichs Gemeinden. Sie bietet die perfekte Möglichkeit zur persönlichen Vernetzung von Wirtschaft und kommunaler Welt. Dabei richtet die Messe besonderes Augenmerk auf individuelle Beratung und hohen Praxisbezug. Hier finden Gemeinden – die Mandatatre und die Praktiker – alles, was sie für die tägliche Arbeit in ihren Gemeinde benötigen. Als Service können die aktuellsten Maschinen und Gerätschaften im Freigelände getestet werden.

Das Angebotsspektrum der Kommunalmesse ist weitreichend – neben dem Messegeschehen finden auch begleitende Informationsveranstaltungen wie Open Space statt. Denn es ist uns ein Anliegen, den Wissensaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und kommunalen Vertretern bestmöglich zu unterstützen, um immer am Puls der Zeit zu sein.

Im digitalen Wandel persönlich vernetzen auf der Kommunalmesse 2018. Der digitale Wandel ist heute nicht mehr aus Gesellschaft, Politik und Verwaltung wegzudenken. Auch die Verwaltungs- und Organisationsstrukturen von Kommunen sind den digitalen Transformationsprozessen unterworfen. Dabei gibt es noch viel Informationsbedarf und Herausforderungen, wie die digitale Veränderung nutzbringend und einfach in den Kommunen umgesetzt werden kann. »



Langeplan / Messe Dornbirn

Die Kommunalmesse 2018 findet in den Hallen 9, 10, 13 und 14 sowie im Bereich des Eingangsfoyers und auf dem Freigelände des Messegeländes Dornbirn statt. Parallel dazu werden in der Halle 11 die Veranstaltungen des 65. Österreichischen Gemeindetages abgehalten. Kostenlose Parkmöglichkeiten für Besucher befinden sich entlang der Hallen 9–13 sowie in der Parkgarage.

FOTO // Messe Dornbirn/MarteMarte //

KOMMUNALMESSE 2018
www.diekommunalmesse.at

Programmvorschau

Donnerstag, 27. September

09.00 – 17.00 Uhr:
KOMMUNALMESSE

10.00 Uhr: Eröffnung des
65. Österreichischen Gemeindetages
11.00 – 13.00 Uhr:
Fachtagung FLGÖ

14.00 – 16.00 Uhr:
Fachtagung des
65. Österreichischen Gemeindetages

19.30 Uhr:
Gala-Abend des
65. Österreichischen Gemeindetages

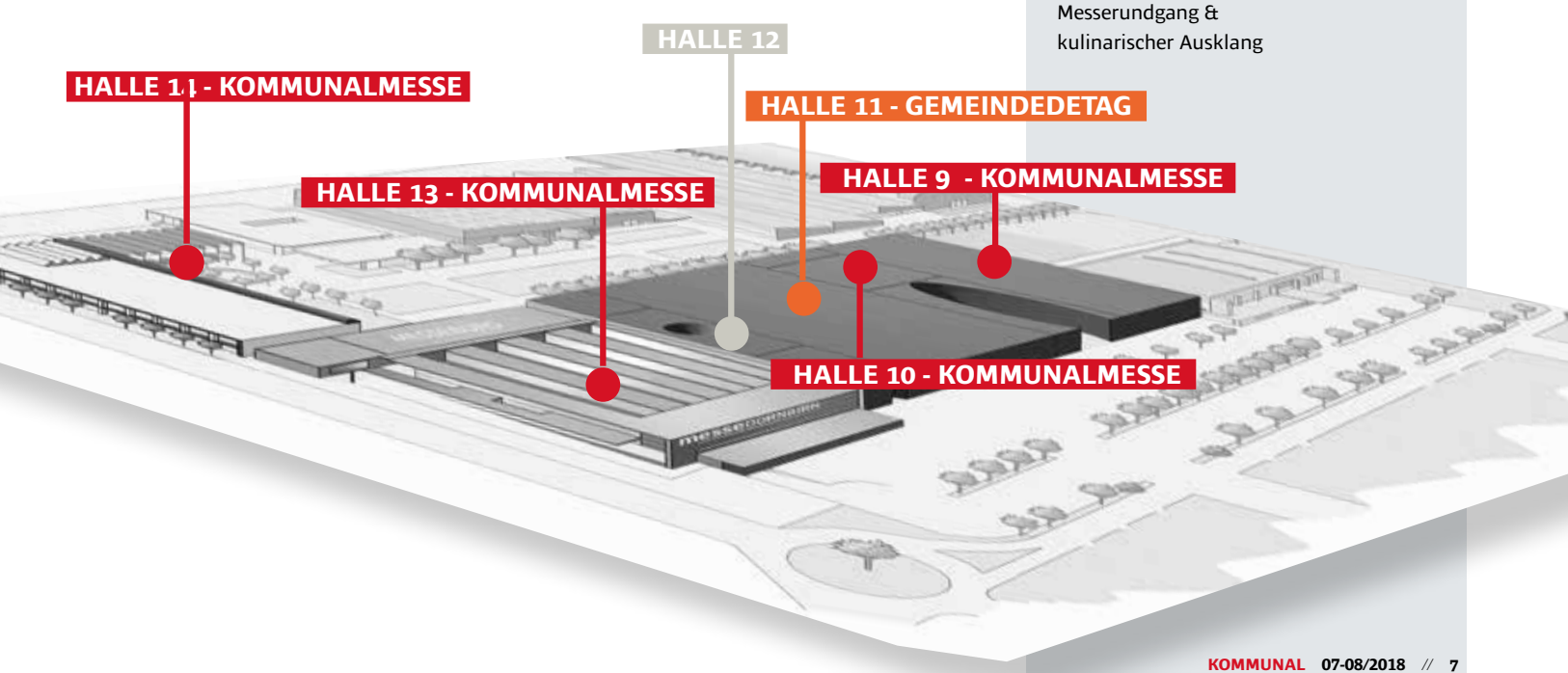
Freitag, 28. September

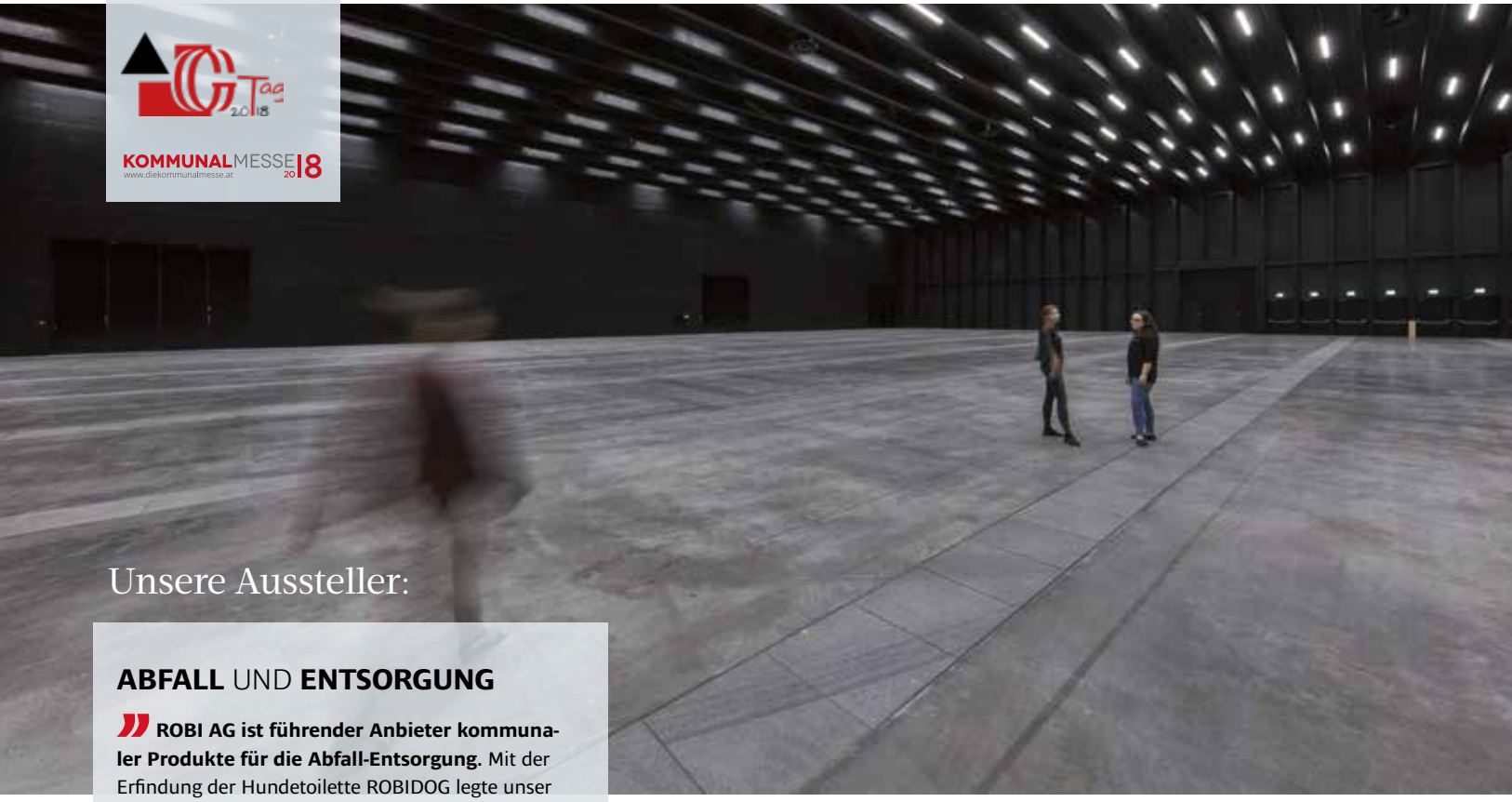
09.00 – 13.00 Uhr:
KOMMUNALMESSE

09.30 Uhr:
Haupttagung
65. Österreichischer Gemeindetag

12.00 Uhr:
Messerundgang &
kulinarischer Ausklang

Messegelände Dornbirn





Unsere Aussteller:

ABFALL UND **ENTSORGUNG**

„ROBI AG ist führender Anbieter kommunaler Produkte für die Abfall-Entsorgung. Mit der Erfindung der Hundetoilette ROBIDOG legte unser Firmengründer 1981 den Grundstein für eine Entwicklung, die sich heute in großen Teilen Europas durchgesetzt hat. Das Sortiment wurde kontinuierlich durch Produkte für die Abfallentsorgung ergänzt. Weitsichtige Kunden wissen: Qualität zahlt sich langfristig aus. Diesem Leitsatz getreu, zeigen wir bei der Kommunalmesse Produkte, die sich durch einfache Handhabung, robuste Dimensionierung und saubere Verarbeitung auszeichnen."

Christian Kym,
Leiter Verkauf und Marketing ROBI AG

30 JAHRE IM **WASSERBAU**

„UTECH Systems GmbH ein kompetenter Anbieter von wirtschaftlichen, nachhaltigen Produkten für den Einsatz im Siedlungswasserbau,Infrastruktur und Hochbau, welche Kommunen und Bauherrn sowohl im Neubau als auch bei Sanierungen hohe Kostenersparnis bringen. Die Kommunalmesse ist daher für uns eine ideale Plattform um möglichst viele Kommunen und Bauherren zu informieren. Mit STABIFLEX II System-Schachtaufsätzen, CPS-BETON Concrete Penetration System, SPS-NATURSTEIN Stone Penetration System präsentieren wir auf der Kommunalmesse Produkte, die für Kommunen langfristig nutzenstiftend und kostensparend sind.

Ing. Gerhard Dreer
UTECH Systems GmbH

LINKS ZU MEHR INFOS

www.kommunalmesse2018.at

gemeindebund.at/gemeindetag

Auf der Kommunalmesse, der führenden Messe für kommunale Innovationen, treffen dieses Jahr in Dornbirn die Entscheidungsträger aus den Gemeinden auf Anbieter von bewährten und innovativen Lösungen aus allen kommunalen Aufgabengebieten: von der Straßenerhaltung über Beleuchtung, Bauhof, Fuhrpark, Winterdienst, Finanzierungen, Schulen, Facility Management, Breitband, Wasser und Abwasserbehandlung.

Experten und Praktiker bieten individuelle Beratung und helfen dabei, die verfügbaren Budgetmittel für sinnvolle Modernisierungen und Anschaffungen optimal einzusetzen. Die Messeaussteller präsentieren neue Ideen, Produkte und Dienstleistungen, um die Gemeinden besser organisieren zu können, sowie sicherer, gesünder und fit für die digitale Zukunft zu machen – kurz, sie für alle Bürgerinnen und Bürger lebenswerter zu gestalten.

Der 65. Österreichische Gemeindetag. Zeitgleich mit der Kommunalmesse findet wie jedes Jahr der Österreichische Gemeindetag statt. Vorträge und Reden der wichtigsten österreichischen Politiker, Fachtagungen und Diskussionsrunden zu aktuellen kommunalen Fragestellungen und ein eindrucksvoller Galaabend mit spannendem Unterhaltungsprogramm sind nur einige der unzähligen Programmpunkte, die das Rahmenprogramm für entspanntes Netzwerken und Informationsaustausch bilden.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Schweiz: Gemeinde will **Grundeinkommen testen**

Ein Jahr lang rund 2000 Euro im Monat verdienen, ohne zu arbeiten – für Einwohner der kleinen Schweizer Gemeinde Rheinau könnte das bald Wirklichkeit werden. Die Gemeinde im Kanton Zürich unterstützt ein Experiment einer Filmemacherin, die das bedingungslose Grundeinkommen testen möchte. Rheinau gab seine Unterstützung auf einer Gemeindeversammlung Anfang Juni bekannt.

Wenn es tatsächlich zu dem Projekt kommt, würden allerdings nur Leute profitieren, die bisher weniger als 2500 Franken (2150 Euro) im Monat verdienen: Wer mehr Geld etwa durch Gehalt, Pension oder Mieteinnahmen bekommt, soll die 2500 Franken wieder zurückzahlen. Kinder und unter 25-Jährige sollen weniger bekommen. In Rheinau leben rund 1300 Menschen. Finanzieren will Filmemacherin Rebecca Panian das Experiment laut einem Bericht auf ORF-Online über Spenden und durch Stiftungen. Ob das Projekt Anfang 2019 starten kann, ist noch unsicher. Es müssten mindestens 600 bis 700 Leute mitmachen, sagte Panian. Die Filmemacherin will beobachten, was das Geld mit den Menschen macht. Schnell nach Rheinau zu ziehen, um das Grundeinkommen zu erhalten, funktioniert übrigens nicht: Nur wer schon bisher dort gemeldet war, kann teilnehmen.

http://orf.at//stories/2441718/

KLEINSTADT NUR FÜR KATZEN

In Antalya gibt es viele Katzen ohne Besitzer. Um sie kümmert man sich in der „Cat City", einer Kleinstadt nur für Katzen.

Die Cat City besteht aus 15 kleinen Häuschen und einigen größeren Mehrkatzenhäusern. Es gibt außerdem einen eigenen Tierarzt und einen kleinen Springbrunnen, aus dem die Tiere trinken können – die meisten Katzen trinken nicht aus stehenden Gewässern. Auch wenn es in Antalya nur selten richtig kalt wird, wurden einige Heizungen installiert, um den Tieren ein kuschelig-warmes Zuhause zu schaffen. Die Bewohner des Ortes können hilfsbedürftige Katzen gratis in das Dorf bringen.

www.heute.at/life

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

„Offenbar muss man wieder eine Diskussion starten, warum **Trennen und Vermeiden wichtig sind.**"

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, zur Tatsache, dass bei den unter 30-Jährigen nur 30 Prozent darauf achten, ob und wie sie Müll trennen, während es bei den über-50-Jährigen rund 60 Prozent sind. Mehr auf https://kommunal.at/artikel/junge-trennen-zu-wenig-muell

„Mehr Transparenz und Effizienz. Pro Jahr sollen zehn Prozent der Gemeinden geprüft werden."

Mit einer zehnköpfigen „Spezialtruppe" soll, wie die OÖN berichteten, die Gemeindeaufsicht in Oberösterreich neu organisiert werden, wie der zuständige Landesrat **Elmar Podgorschek** (FP) die Details vorstellte. Die SPÖ sieht keine Verbesserung. Den Prüfern fehle, da sie einer BH unterstehen, die „Unabhängigkeit", meint Klubchef Christian Makor.

WANDERAUSSTELLUNG 100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT

IN ÖSTERREICH IST **SEIT 1918 DAMENWAHL**

Österreich war gemeinsam mit Deutschland, Polen, Russland und Lettland 1918 das 5. Land Europas, das das Frauenwahlrecht eingeführt hat. Nur Pitcairn im Südpazifik und Wyoming in den USA waren noch früher dran.

Der Erste Weltkrieg veränderte die Situation für Frauen nachhaltig. Aufgrund der kriegsbedingten Abwesenheit der Männer traten viele Frauen ins Berufsleben ein, ihre Arbeitsleistung wurde für die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft unentbehrlich. Das Ende des 1.Weltkrieges und der Zusammenbruch der k.& k. Monarchie führten zur Gründung der Republik Österreich.

In der allgemeinen (politischen und gesellschaftlichen) Umbruchsphase konnte Frauen das Wahlrecht nun nicht mehr vorenthalten werden. In Österreich (und auch in Deutschland) erhielten sie am 12. November 1918 das Wahlrecht. Wählen und in politische Ämter gewählt werden konnten Frauen erstmals bei den Wahlen zur Konstituierenden Nationalversammlung am 16. Februar 1919. Europaweit gehörte Österreich damit zu jenen Ländern, in denen Frauen am frühesten das allgemeine und gleiche Wahlrecht erhielten.

Um dieses aktuelle Thema politischer Geschichte möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar zugänglich zu machen, wurde diese Wanderausstellung speziell für öffentliche Foyers und (Innen)Räume von Gemeindeämtern, Rathäusern, Stadtämtern, Bezirkshauptmannschaften, Schulen usw. konzipiert. Sie eignet sich auch als ideale Begleitinformation bei Kongressen, Symposien und Tagungen.

Mag.a Sabine Schmitner (wissenschaftliche Beratung), Tatjana Nikitsch (Konzeption/Redaktion/Produktion), Alexander Kowatschitsch (Grafik).

Leicht verständlich und informativ aufbereitet, gibt die Ausstellung DAMENWAHL einen Überblick über die Entwicklung der Frauenrechte in Österreich von der Einführung des Frauenwahlrechts bis zur Gegenwart.

Kontakt: office@frauenamland.at,
Infos: www.frauenamland.at

Bevölkerungsschwund im Osten

„Österreich hat 7,796.000 Einwohner." So lautete die Schlazeile eines Beitrags in der Ausgabe 19 des Kommunaljournals vom Juli 1993. Schon damals lag der Bevölkerungsschwerpunkt im Osten, aber interessant an der Aufstellung war, dass die Bundesländer Kärnten, Wien und das Burgenland „unterdurchschnittliche Bevölkerungszuwächse verzeichnen".

Die Steiermark war 1991 – dies das Datum der behandelten Volkszählung – war das einzige Bundesland mit einer rückläufigen Bevölkerungszahl, wenn auch nur um 0,2 Prozent. Die anderen acht Bundesländer verzeichneten Zuwächse, die größten in den westlichen Bundesländern Salzburg (plus 9,1 Prozent), Vorarlberg (plus 8,6 Prozent), Tirol mit 7,6 Prozent und Oberösterreich mit fünf Prozent. Der Bevölkerungsanstieg Niederösterreichs lag demnach mit 3,2 Prozent genau im Bundesschnitt. Unter diesem Bundesschnitt lagen Kärnten mit einem Zuwachs von 2,3 Prozent, Wien mit plus 0,6 Prozent und das Burgenland mit einem Plus von 0,4 Prozent.

Zurückzuführen war 1993 die Steigerung von rund 240.000 Personen auf die Zuwanderung, nicht auf einen Geburtenüberschuss (der betrug lediglich 23.000). Zumindest daran hat sich bis heute nichts geändert.

Immer noch liegt der Schwerpunkt der österreichischen Bevölkerung im Osten, ein großer Teil der Bevölkerung lebt in der Hauptstadt Wien. Anfang 2018 lebten in Österreich rund 8,8 Millionen Einwohner und damit mehr als noch zehn Jahre zuvor, als es rund 8,3 Millionen waren. Die Bevölkerungszahl steigt seit Jahren, insbesondere durch eine verstärkte Einwanderung. Für das Jahr 2050 wird eine Bevölkerungszahl von knapp 9,5 Millionen Einwohnern erwartet; die österreichische Hauptstadt Wien soll laut Prognosen der Statistik Austria bereits im Jahr 2029 die Zwei-Millionen-Grenze überschreiten.

Ein Markenzeichen Österreichs:
SICHERE WASSER- UND ERDGASVERSORGUNG.

ÖVGW
GEPRÜFT

DIE ÖVGW ZERTIFIZIERUNG VON PRODUKTEN:
In der Erdgasversorgung: Leitungs- und Rohrsysteme • Armaturen
Heizkessel • Gasthermen • Regel-, Sicherheits- und Steuereinrichtungen
In der Wasserversorgung: Leitungs- und Rohrsysteme • Armaturen
UV-Desinfektionsanlagen • Messeinrichtungen • Aufbereitungsgeräte

ÖVGW
ÖSTERREICHISCHE VEREINIGUNG
FÜR DAS GAS- UND WASSERFACH
www.ovgw.at

DIE GROSSEN JÄGER SIND ZURÜCK
Wie sollen Gemeinden mit Wolf, Bär und Luchs umgehen?

SIE SIND WIEDER DA! **WAS NUN?**

Der Wolf ist nach rund 135 Jahren wieder zurück. Während die Mehrheit der Bevölkerung der Rückkehr positiv gegenübersteht, sind besonders Jäger und Landwirte beunruhigt. Wie wird das Leben mit dem Wolf aussehen? Kann ein Managementplan Abhilfe schaffen? Und was bedeutet das für die Städte und Gemeinden?

FOTOS/shutterstock.com,

TEXT//Rebecca Piron

Zeichen für ein gut funktionierendes Ökosystem oder Bedrohung für viele Arten – der Wolf wird dieser Tage heiß diskutiert. War er in den letzten 135 Jahren in Österreich noch vollständig ausgerottet, findet nun sein Comeback ins Alpenland statt. Österreich ist das letzte europäische Land, das erneut vom Wolf besiedelt wird. Und spätestens seit sich das erste Rudel 2016 in Allentsteig entwickelt hat, beginnen die Debatten darüber, wie man mit dem neuen Mitbewohner umgehen soll.

Insgesamt sind die Österreicher zufrieden mit der Rückkehr des Wolfs. Das ergibt eine repräsentative Umfrage, die der WWF im August 2017 beim Marktforschungsinstitut market in Auftrag gegeben hat. Von 1000 Befragten sehen 74 Prozent die Ansiedelung des Wolfs „sehr positiv“ oder „eher positiv“. Was viele überraschen könnte: Bei den Befragten, die in Gemeinden mit weniger als 5000 Einwohnern leben, ist die Zustimmung sogar geringfügig höher (76 Prozent). „Angesichts der zahlreichen negativen Wortmeldungen einzelner Vertreter der Jagd und der Landwirtschaft in letzter Zeit wollten wir wissen, wie Österreich wirklich denkt“, erklärt WWF-Wolfexperte Christian Pichler. In ganz Westeuropa und Skandinavien war der Wolf ausgestorben, nachdem er im 19. Jahrhundert massiv verfolgt wurde. Vom Aussterben bedroht, wurde die Art im 20. Jahrhundert in den meisten Ländern Europas und auf EU-Ebene unter einen Schutzstatus gestellt. Der Artenschutz zusammen mit einer derzeit besonders guten Beutelage führt dazu, dass sich der Wolf in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern wieder ansiedeln konnte. Erst in den letzten 15 Jahren kehrt er nach Norddeutschland zurück. Und nun auch nach Österreich. Auf 15 bis 20 Wölfe wird die Population derzeit geschätzt. Das umfasst Wölfe, die nur durch das Land wandern und ansässige Tiere.

Bisher ist es sicher, dass es ein Rudel im niederösterreichischen Allentsteig gibt. Das besteht aus einem Elternpaar und vier bis sechs Jungen. Das Paar hat bereits drei Mal geworfen. Sobald die Jungwölfe mit spätestens 22 Monaten geschlechtsreif sind, verlassen sie das Rudel und »

suchen sich ein eigenes Revier. Dafür laufen sie zum Teil hunderte Kilometer weit. Die Veterinärmedizinische Universität Wien hat derzeit Hinweise darauf, dass sich ein zweites Rudel im Mühlviertel angesiedelt haben könnte. Die Population wird weiter steigen. Und das wird in Österreich begrüßt: 84 Prozent der von WWF Befragten gaben an, dass sie den Wolf für einen wesentlichen Bestandteil der europäischen Natur halten und fast genauso viele halten eine erneute Koexistenz für möglich. Eines zeichnet sich jedoch in der Umfrage bereits ab: Bei den Bewohnern ländlicher Gebiete ist die Sorge um die Viehhaltung groß.

Denn während der Wolf für den Menschen nicht besonders gefährlich ist, sind ungeschützte Schafe und Ziegen leichte Beute für den Jäger. „Wölfe sind scheu und meiden die Nähe von Menschen", erklärt Walter Arnold, Professor an der Veterinärmedizinischen Universität Wien und Experte für Wölfe. Falls einem doch einmal ein Wolf begegne, reiche es gewöhnlich sich groß zu machen und im Zweifel laut zu werden. Das schlage den Wolf in die Flucht. Anders ist es beim Weidevieh. Immer wieder finden Landwirte gerissene Schafe und Ziegen. Nicht immer muss ein Wolf der Täter sein, auch große Hunde reißen Schafe und Ziegen. Deshalb werden die Risse auch auf Wolfs-DNA überprüft. „In den letzten zehn Jahren waren es jährlich zwischen 15 und 160 Risse", weiß Arnold. Dabei steigt die Zahl jedoch nicht linear an. Die meisten Risse gab es 2015. Im letzten Jahr waren es dagegen gerade einmal 28 Risse. Zur Einordnung: Auf Österreichs Weiden standen im letzten Jahr 260.000 Schafe. Insgesamt starben davon zwischen 8000 und 10.000 an Krankheiten, Lawinen und Unwettern.

Die Politik ist gefordert!
Dass der Wolf kommt, wissen wir seit 30 Jahren."
Christian Pichler,
WWF-Wolfexperte

2018 könnte ein Jahr mit deutlich mehr Rissen werden. In Salzburg fanden Landwirte im Mai fast täglich ein bis sieben tote Schafe und Ziegen. Bei einigen konnte durch DNA-Analysen bewiesen werden, dass ein Wolf die Tiere gerissen hatte. Das Land Salzburg begann zu handeln. Ein Fünf-Punkte-Aktionsprogramm soll Landwirte unterstützen. Das Land wird in Zukunft Herdenschutzmaßnahmen finanziell und durch Beratung fördern. Im Fall von Rissen wird Salzburg Entschädigungen zahlen – die in vielen Bundesländern bereits üblich sind. Das Programm umfasst auch einen Plan für sogenannte „Problemwölfe". Gemeint sind Wölfe, die regelmäßig ungewöhnlich nah an Menschen herankommen oder wiederholt Weidetiere reißen. Der Plan sieht vor, in einem ersten Schritt die Weidetiere zu schützen und den Wolf zu vergrämen. Falls das nicht helfen sollte, soll in einem zweiten Schritt der „Problemwolf" entnommen werden. Darüber hinaus wurde der Biobauer und Berufsjäger Hubert Stock zum Wolfsbeauftragten ernannt. „Zur Zeit gibt es in dieser Sache nur Schwarz oder Weiß", sagt Stock. „Ich sehe meine Aufgabe darin, wieder zu einer sachlichen Debatte zurück zu kommen. Ich weiß, wie man sich als Betroffener fühlt und meine, dass keiner der Bauern aufgeben darf. Der Wolf ist vielleicht nicht der Hauptgrund, aber womöglich das Tüpfelchen auf dem ‚i', dass ein Landwirt nicht mehr weitermachen will. Das müssen wir verhindern."

Auch in Allentsteig macht man sich um die Weidetiere Sorgen, obwohl bisher noch keines gerissen wurde. Vizebürgermeister Georg Marksteiner ist selbst Landwirt in Bernschlag bei Allentsteig: „Es gibt zahlreiche Sichtungen von Fährten und auch Fotos von Wildkameras in Bernschlag mit bis zu sieben Wölfen. Hier streift der Wolf in der Nacht nur wenige hundert Meter vom Dorf vorbei." Die Wölfe des Rudels reißen allerdings nur Wildtiere aus dem Wald. Die Jägerschaft führt rund um Allentsteig ein Monitoring durch und hält Politik und Landwirte auf dem Laufenden über die Situation. „Wir haben bereits mehrere gemeindeübergreifende Informationsabende veranstaltet, bei denen mit Experten diskutiert werden konnte", erzählt der Vizebürgermeister. „Wichtig ist, dass die

Wichtig ist, dass **die Diskussion auf einer sachlichen Ebene** bleibt."

Georg Marksteiner,
Landwirt und Vizebürgermeister von Allentsteig

Diskussion auf einer sachlichen Ebene bleibt." Im Alltag habe sich bisher durch die Ansiedelung des Rudels nichts verändert. Durch den Truppenübungsplatz haben die Wölfe einen idealen Rückzugsort, und Beute gibt es in den Wäldern genug. „Derzeit gibt es keinen akuten Grund zur Sorge bei uns", sagt auch Marksteiner.

Unter den Landwirten gibt es trotzdem die Angst, dass die Wölfe irgendwann die Weidetiere angreifen werden. „Hier habe auch ich selbst große Bedenken bei den Kälbern, die ich in den Freiluftiglus habe", sagt Marksteiner. „Wo ich ja weiß, dass 100 Meter davon entfernt der Wolf entlang zieht."

Für Schafe und Ziegen – und vielleicht auch sehr junge Kälber – ist Weideschutz deshalb essentiell. „In der Ebene ist das kein Problem, da reichen in der Regel Elektrozäune, um die Herden zu schützen", sagt Kurt Kotrschal vom Wolf Science Center. „Schwieriger ist es im Gebirge, da braucht man Herdenhunde und Hirten, um Schafe und Ziegen vor Wölfen zu schützen." Das habe viele weitere Vorteile, denn Hirten würden auch erkennen, wenn Tiere krank sind oder wenn Lawinen drohen. „Jedes Jahr fallen mehrere tausend Schafe Lawinen und ähnlichen Naturgewalten zum Opfer. Die sind verletzt, werden nicht gefunden und erfrieren", weiß Christian Pichler. In der Schweiz hat der Einsatz von Hirten großen Erfolg. Früher starben dort jährlich 10.000 Schafe vorzeitig. Seit der Wolf sich ausbreitet und in der Folge Hirten eingesetzt werden, hat sich die Zahl halbiert.

Doch ist der Einsatz von Herdenhunden und Hirten nicht so einfach. In Österreich werden derzeit weder Herdenhunde gezüchtet, noch gibt es den Ausbildungsberuf des Hirten. Außerdem »

FOTOS: shutterstock.com, WWF

GLOSSE

HANS BRAUN ÜBER
DIE RÜCKKEHR DER WÖLFE

Bitte nicht gleich wieder **einfach alles abschießen!**

Der Wolf ist zurück. Was mehr als 75 Prozent der Bevölkerung freut, versetzt Teile der Bauern- und Jägerschaft in Aufruhr. Die Gründe liegen auf der Hand: Die einen freuen sich, weil das Vorhandensein des Wolfes beweist, dass unsere Naturräume, unsere Wälder in einem sehr guten Zustand sind. Die anderen fürchten sich, weil es mitunter passiert, dass Schafe oder Ziegen gerissen werden. In einem kleinteiligen Land wie Österreich ist diese Möglichkeit nicht auszuschließen.

Die Kirche im Dorf lassen und den Wolf im Wald. Medial kommen praktisch ausschließlich die Geschichten vom „großen bösen Wolf, der wehrlose Schafe reißt", vor. 2017 waren es 28 Schafe, die von Wölfen getötet wurden. Im selben Zeitraum sind zwischen 8000 und 10.000 Schafe Unwettern, Lawinen oder Krankheiten zum Opfer gefallen. Diese Zahlen sprechen für sich.

Der Wolfsmanagementplan sieht für diese Fälle auch Reaktionen vor, die in einzelnen Fällen die „Entfernung" vorsieht. Und dennoch gibt es schon ganz verallgemeinernd Forderungen nach „wolfsfreien Zonen" oder gleich „abschießen, weil Zäune zu teuer sind."

Die „dritte" Seite der Medaille sind seine natürlichen Beutetiere. Der Wolf bevorzugt „Wildhuftiere" wie Rehe, Hirsche, Gämsen, dazu Wildschweine, Füchse, Hasen, Kleinnager etc. – und damit kommt er vermeintlich den Jägern „in die Quere". Vermeintlich deswegen, weil der Wolf laut Studien nur zehn Prozent Jagderfolg hat. Und das sind die alten und kranken oder die ganz jungen und schwachen Tiere. Damit verhilft der Wolf der Natur zu einem gesunden und starken Beutetierbestand. Und die paar Wölfe sind auch niemals in der Lage, den Jägern Konkurrenz zu machen.

Unterm Strich bleibt, dass es weniger eine Frage des guten Willens, als wieder einmal des Geldes ist. Denn dass es Entschädigungen für Risse durch Wölfe und Hilfen für Schutzmaßnahmen wie Zäune und die Reaktivierung des Berufs des Hirten mit Herdenschutzhunden geben muss, steht völlig außer Frage. Die „hohe Politik" weiß das seit etlichen Jahren.

Statt gleich alles wieder abzuschießen, sollte man vielleicht ein paar Mittel umschichten – dann würde es funktionieren.

hans.braun@kommunal.at
Mag. Hans Braun ist Chefredakteur von KOMMUNAL

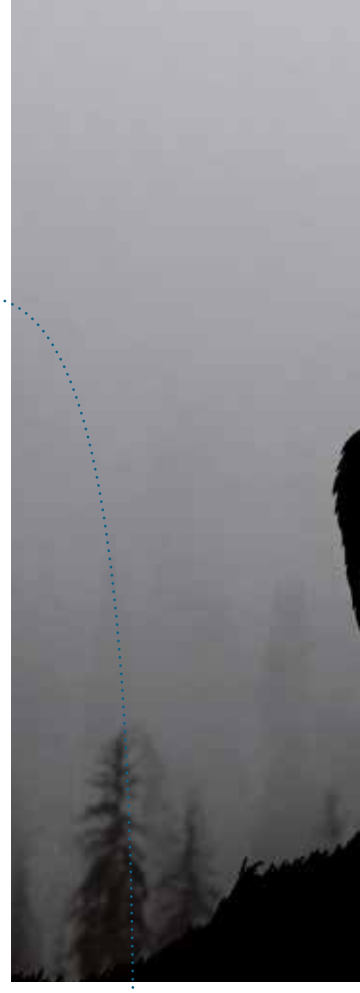
würde beides hohe Kosten für die Landwirte bedeuten. „Zu den Kosten kann ich nur sagen: Das sind vermutlich nicht einmal 100 Meter Autobahn“, gibt Pichler zu bedenken. „Ich schätze, der Herdenschutz wird in Österreich vielleicht eine Million Euro kosten. Das sollten uns unsere Bauern und besonders unsere kleinen Landwirte eigentlich wert sein. Landwirte, die unsere Almen erhalten, sollten gefördert werden. Das große Geld im Landwirtschaftssektor fließt in die Großbetriebe. Da kann man ruhig auch ein bisschen umschichten.“

Wenn es dennoch zu Rissen kommt, sollten Landwirte entschädigt werden, sind sich die Experten einig. Das könne auch die Akzeptanz unter den Landwirten deutlich erhöhen. Zuständig sind dafür die Bundesländer, die jedoch sehr unterschiedliche – teils gar keine – Regelungen für die Entschädigung von Wolfsrissen haben. In jedem Fall muss nachgewiesen werden, dass ein Wolf für die Risse verantwortlich ist. Dazu wird ein Sachverständiger gerufen, der DNA-Proben nimmt. Während früher meist die Landesjagdverbände eine Entschädigung an die Landwirte gezahlt haben, wenn es zu Wolfsrissen kam, haben die meisten ihre Unterstützung im letzten Jahr eingestellt – als Protest gegen die nicht regulierte Rückkehr des Wolfs. Die Entschädigungen wurden daraufhin jeweils von den Landesregierungen übernommen.

Die politischen Regelungen für den Umgang mit dem Wolf stammen weitestgehend aus einer Zeit, in der allenfalls zwei bis drei Wölfe jährlich durch Österreich wanderten. Jetzt, wo der Wolf wieder heimisch wird, bedarf es eines bundesweiten Wolfsmanagementplans – und den gibt es bereits seit 2012. Nur angewendet wird er noch kaum. „Es wäre dringend geraten, dass die Bundesländer den Managementplan vollständig umsetzen“, mahnt Arnold. Und auch Christian Pichler drängt zum Handeln: „Die Politik ist jetzt gefordert! Dass der Wolf kommt, wissen wir seit 30 Jahren. Seitdem breitet sich der Wolf aus und seit zehn Jahren sieht man immer wieder auch Wölfe in Österreich. Wir haben damals schon gesagt, wir müssen uns unbedingt vorbereiten. Dann wurde ein Managementplan geschrieben, bei dem alle zugestimmt haben. Da steht drin, dass man Herdenschutz braucht, dass man Öffentlichkeitsarbeit braucht. Aber passiert ist fast nichts. Wir haben immer noch ein bisschen Zeit, aber wenn nicht bald etwas passiert, ist es wirklich zu spät, und dann werden wir mehr Probleme haben als eigentlich nötig sind.“

Der Wolfsmanagementplan, den alle Bundesländer (außer Wien und dem Burgenland), die Landwirtschaftskammer, Jagdvereine, der WWF, die Österreichischen Bundesforste und einige Grundbesitzer gemeinsam aufgestellt und beschlossen haben, gibt Empfehlungen für die Politik. Besonders gefordert sind die Bundesländer, die in ihren Jagd- und Naturschutzgesetzen die Rahmenbedingungen festlegen. Im Managementplan ist unter anderem festgehalten, dass Wolfsbeauftragte, Schadensbegutachter, eine nationale Beratungsstelle für Herdenschutz, Präventionsberater und ein Eingreifteam eingerichtet werden sollen. Auch Empfehlungen, wie Schadensprävention und -kompensation geregelt werden sollten, und solche für die Jägerschaft finden sich im 24-seitigen Managementplan.

„Wir sind eines der letzten Länder in Europa“, erinnert Pichler. „Das heißt, wir brauchen nicht vorangehen, wir müssen das Rad nicht neu erfinden. Wir müssen eigentlich nur schauen, was läuft gut in Deutschland, was läuft gut in der Schweiz, in Italien, in Slowenien oder auch in Tschechien, was läuft da schlecht, was kann man verhindern, was kann man verbessern.“ Genau wie sich der Einsatz von Herdenschutzhunden und Hirten in anderen europäischen Ländern bereits bewährt hat, gibt es auch andere Maßnahmen, die man in Österreich übernehmen könnte. So ist Kurt Kotrschal überzeugt, dass einige deutsche Regelungen auch für Österreich sinnvoll wären. „In Deutschland bekommen Landwirte nur dann eine Entschädigung für Risse, wenn sie Herdenschutz betreiben, was einen wichtigen Anreiz schafft“, berichtet der Verhaltensforscher für Wildtiere. „Und Wölfe, die dort wiederholt auf gefährliche Art verhaltensauffällig werden, können geschossen werden. Das schafft Sicherheit und ist mit den Schutzgesetzen der EU konform.“ Die Schutzgesetze in der EU zu lockern, war in den letzten Jahren immer wieder das Anliegen



LINK ZUM THEMA

www.kommunal.at/artikel/ ....

Im Wolfsmanagementplan finden sich Empfehlungen zum Umgang mit Wölfen bis hin zu Fällen, in denen der Wolf „entfernt“ werden sollte.

REBECCA PIRON IST REDAKTIONSVOLONTÄRIN BEI KOMMUNAL. ZUVOR SCHRIEB SIE BEI DER „KÖLNISCHEN RUNDSCHAU“ UND ABSOLVIERTE EIN MASTERSTUDIUM DER GERMANISTIK, VERGLEICHENDEN LITERATUR- UND KULTURWISSENSCHAFT AN DER RHEINISCHEN FRIEDRICH-WILHELMS-UNIVERSITÄT BONN.

Schutzmaßnahmen kosten vermutlich soviel wie 100 Meter Autobahn. Geschätzt kostet der Herdenschutz in Österreich eine Million Euro. Das sollten uns unsere Bauern und besonders unsere kleinen Landwirte eigentlich wert sein.

einiger Mitgliedstaaten. Im Mai hat man auch von österreichischer Seite versucht, den Schutzstatus zu verringern. Derzeit dürfen Wölfe nicht geschossen, aus ihrer Umgebung entnommen oder gestört werden. Ausnahmen gibt es nur, falls ein Wolf wiederholt ein für Menschen gefährliches Verhalten zeigt. Und die EU rückt von diesem Status nicht ab. Es handele sich um den Schutz des europäischen Naturerbes. Wenn der Wolf an einzelnen Stellen Probleme bereitet, sei die Politik vor Ort gefordert, entsprechende Hilfen für die Bürger einzurichten.

Fraglich bleibt, wie es mit dem Wolf in Europa weitergehen wird. Experten sind sich über die Ausbreitung nicht einig. Kurt Kotrschal ist sich sicher, dass eine gewisse Dichte nicht überschritten wird: „Wolfsrudel brauchen einen gewissen Abstand zueinander. Wölfe unterschiedlicher Rudel töten sich gegenseitig, um ihren Lebensraum zu schützen." Walter Arnold hält diese Auffassung für „eine romantische Idee". Finde der Wolf weiterhin so gute Lebensbedingungen vor wie jetzt, werde die Population immer weiter ansteigen. Gewisse Lebensräume müsse man dann entweder verteidigen oder den Wölfen überlassen. „Es wird Aufgabe der Politik sein, zu verhandeln, wie viele Wölfe wir akzeptieren wollen und wo die Grenzen sind", sagt Arnold. „Das sollte aber nicht jedes Land für sich entscheiden, sondern auf EU-Ebene geschehen. Der Wolf interessiert sich nicht für Landesgrenzen."

FOTOS: shuttertock.com

JÜNGSTE ENTWICKLUNG

Wolfsmanagement soll neu aufgestellt werden

NACHHALTIGKEITSMINISTERIN ELISABETH KÖSTINGER HAT MITTE JUNI IHRE PLÄNE FÜR DEN UMGANG MIT FREI LEBENDEN WÖLFEN IN ÖSTERREICH VORGESTELLT.

„Die Herausforderungen, die in Österreich lebende Wölfe mit sich bringen, sind vor allem für die Bauern groß", so Köstinger. „Wir haben mit den Wölfen in Österreich inzwischen eine schwierige Aufgabe zu meistern, mit der wir uns unaufgeregt und professionell befassen, daher habe ich meine Vorschläge dazu auf den Tisch gelegt."
Aus ihrer Sicht ist es sinnvoll, dass dieses Thema in Zusammenarbeit und Einvernehmen mit den Bundesländern neu strukturiert und aufgesetzt wird. „Ich habe den zuständigen Landesrät/innen daher die Einrichtung eines ‚Österreichzentrums' vorgeschlagen, in dem das Management für diese so genannten ‚großen Beutegreifer' gemeinsam durchgeführt werden soll", so Köstinger.
Die dafür notwendigen Räumlichkeiten sollen am Standort der HBLFA Raumberg-Gumpenstein in der Steiermark zur Verfügung gestellt werden.
„Ebenso werden wir personelle und Expertenunterstützung bei Projekten in diesem Rahmen bereitstellen", so Köstinger.
„Unter anderem ist sehr wichtig, dass die Entschädigung für Wolfsrisse künftig rascher und unbürokratisch abgewickelt werden kann", so Köstinger.
„Das wollen wir durch die Umkehr der Beweislast erreichen. Wenn sich herausstellt, dass das Tier nicht von einem Wolf gerissen wurde, muss die Entschädigung nachträglich refundiert werden."

Das neue „Österreichzentrum" soll insbesondere für folgende Aufgaben zuständig sein:

- Funktion der Nationalen Beratungsstelle Herdenschutz (Ausarbeitung von Vorschlägen zu Herdenschutzmaßnahmen)
- Ausarbeitung eines Vorschlags einer für Österreich einheitlichen Entschädigungsregelung. Derzeit bestehen in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen.
- Organisatorische Eingliederung der bisherigen Koordinierungsstelle (KOST)
- Ausarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für Länder und Bund
- Unterstützung des Monitorings der großen Beutegreifer (Datenmanagement, Datenaufbereitung, Dokumentation)
- Öffentlichkeitsarbeit
- Konzeption von Projekten

WER FÜRCHTET SICH VORM BÖSEN WOLF?

19. Jht. Wolf wird in Westeuropa ausgerottet

1882 Der letzte Wolf in Österreich wird im Wechselgebiet geschossen

1990er Der Wolf kehrt aus Italien in die französischen Alpen zurück

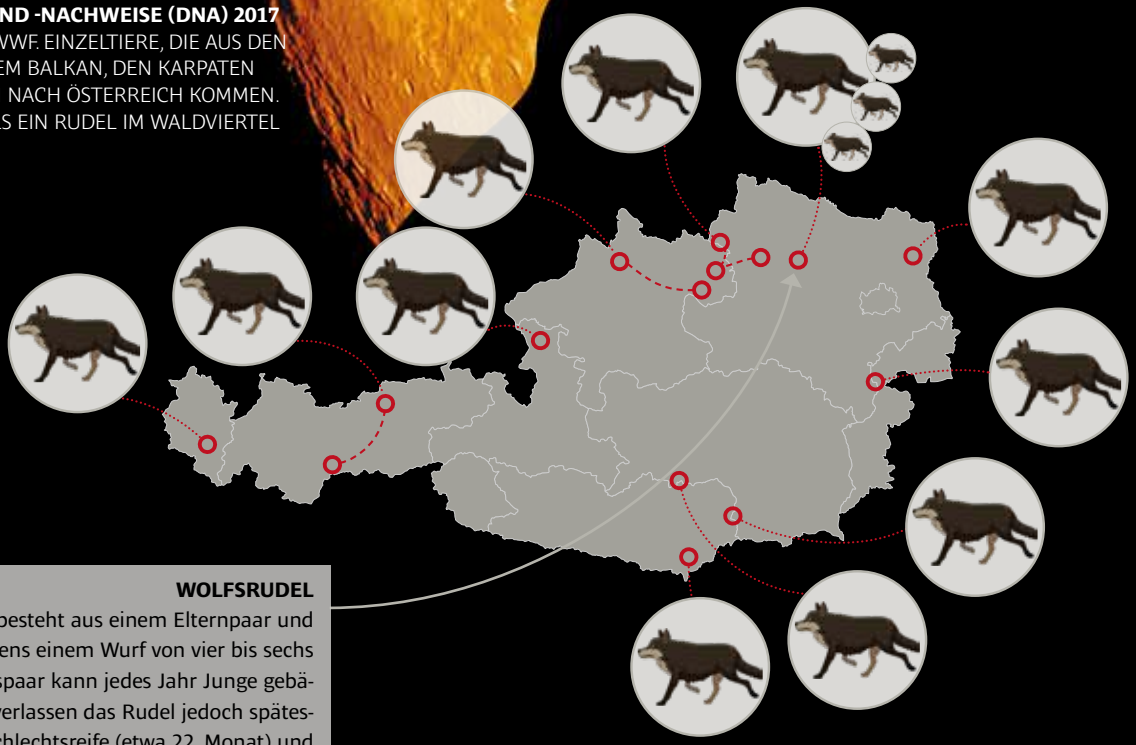
2000 Wölfe siedeln sich in Deutschland an

2012 Wolfsrudel siedelt sich in der Schweiz an

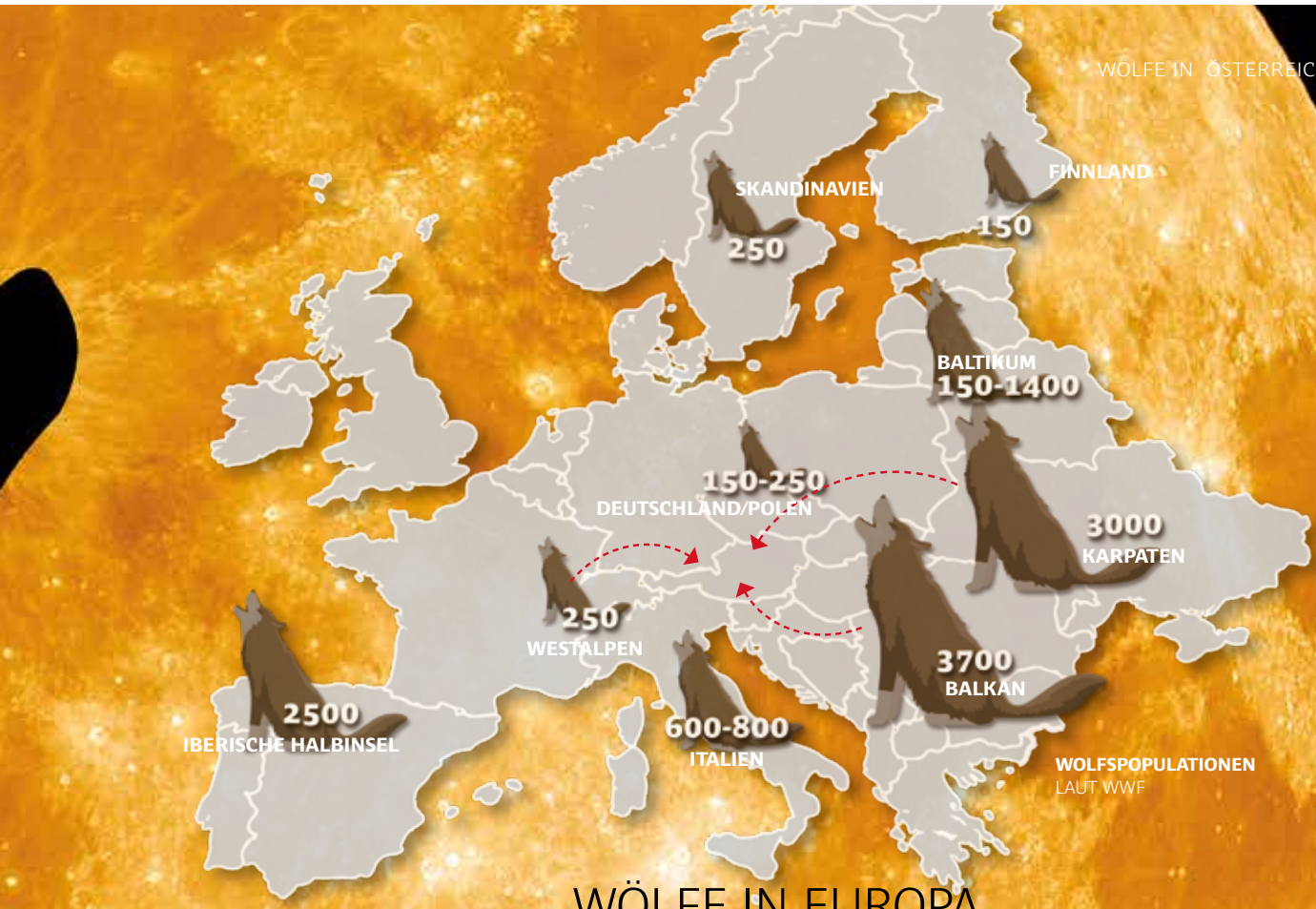
2016 Erster Wolfsnachwuchs in Österreich

WÖLFE IN ÖSTERREICH

WOLFSICHTUNGEN UND -NACHWEISE (DNA) 2017
IN ÖSTERREICH LAUT WWF. EINZELTIERE, DIE AUS DEN POPULATIONEN AUF DEM BALKAN, DEN KARPATEN ODER DEN WESTALPEN NACH ÖSTERREICH KOMMEN. 2016 WURDE ERSTMALS EIN RUDEL IM WALDVIERTEL IN NÖ GESICHTET.



WOLFSRUDEL
Ein Wolfsrudel besteht aus einem Elternpaar und meistens mindestens einem Wurf von vier bis sechs Tieren. Ein Wolfspaar kann jedes Jahr Junge gebären. Die Jungen verlassen das Rudel jedoch spätestens mit der Geschlechtsreife (etwa 22. Monat) und suchen sich ein eigenes Revier.



WÖLFE IN EUROPA

Wölfe leben im Familienverband. Ein Rudel umfasst in der Regel Elterntiere, Welpen und Jungtiere vom vorangegangenen Jahr. Die durchschnittliche Rudelgröße liegt bei 6 bis 8 Individuen. Jedes Rudel verteidigt je nach Nahrungsangebot ein Territorium von einhundert bis mehrere hundert km² (z.B. in Polen 150 – 350 km², Piemont 90 – 320 km²). Paarungszeit ist Ende Februar/Anfang März, Ende April/Anfang Mai werden die Jungen geboren, die Wurfgröße liegt bei 4 bis 6. Mit Erreichen der Geschlechtsreife, spätestens im Alter von 22 Monaten, müssen die Jungtiere das Rudel verlassen. Deshalb bleibt in etablierten Wolfspopulationen die Populationsdichte relativ konstant. Die abwandernden Jungtiere können auf der Suche nach Partner und Territorium weite Strecken zurücklegen.

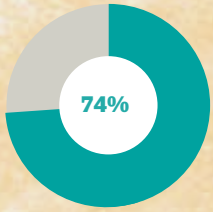
BEUTETIERE DES WOLFS
(DATEN AUS SACHSEN 2012)

Rehe	**55,3%**
Rothirsch	**20,8%**
Wildschwein	**17,7%**
Kleinsäuger	**3%**
Nutztiere	**0,6%**
Andere Tiere und Pflanzen	**2,6%**

WOLF: IN ÖSTERREICH BELIEBT

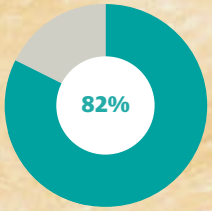
WOLFSROUTEN SCHLIESSEN?

74 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher stehen der natürlichen Rückkehr des Wolfes „sehr positiv" oder „eher positiv" gegenüber.



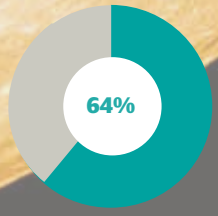
FRIEDLICHE KOEXISTENZ MÖGLICH?

82 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher meinen, dass ein friedliches Zusammenleben mit Wölfen möglich wäre.



WOLF SYMPATHISCH? JA ODER NEIN?

64 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher empfinden dem Wolf gegenüber „Sympathie".



FOTOS/grafiken shutterstock, UMFRAGEDATEN: WWF/market/n=1000, 50%Face-to-face, 50% online/Sommer2017/composing Thomas Max/Kommunal

POLITIK & RECHT

GLEICHSTELLUNG
Kein Friede ohne Vielfalt
Seite 25

.

MINISTERBESUCH
Digitales Amt soll Gemeinden entlasten
Seite 28

VERGABERECHT
Eine DVD lässt keine Fragen offen
Seite 32

Diese Ansicht von Europa zeigt eines ganz deutlich: Europa besteht nicht aus Regionen oder Ländern oder Staaten – Gemeinden sind es, die Europa ausmachen. Jeder Lichtpunkt steht für eine oder mehrere Kommunen. Sie gilt es zu stärken, damit Europa funktioniert.

FOTOS // shutterstock/NASA images

KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG IN EUROPA

GEMEINDEN **IN DEN MITTELPUNKT** RÜCKEN

Österreich hat mit Anfang Juli zum dritten Mal nach 1998 und 2006 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Für die Gemeinden und Städte in ganz Europa ist dieser turnusmäßige Ratsvorsitz eine große Chance, die kommunale Selbstverwaltung, das Prinzip der Subsidiarität noch stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

FOTO // shutterstock/

TEXT // Andreas Steiner

Denn ohne starke und selbstständige Gemeinden hat die Europäische Union keine Zukunft. Die österreichische Bundesregierung hat schon im Vorfeld der Vorsitzübernahme ihre Schwerpunkte für das zweite Halbjahr 2018 präsentiert und dabei den Fokus auf die Lösung der großen Herausforderungen der Europäischen Union gelegt.

Ohne Gemeinden keine Zukunft. Kommunalpolitik und Europapolitik sind enger miteinander verwoben, als man auf den ersten Blick meinen könnte. Rund 60 Prozent der Gesetze und Verordnungen, die für Gemeinden relevant sind, werden direkt oder indirekt durch die Europäische Union beschlossen. Deswegen ist es so wichtig, dass sich der Österreichische Gemeindebund, gemeinsam mit dem Städtebund, stark in Brüssel einbringt und auch direkt bei den Brüsseler Institutionen für die Anliegen der Gemeinden und Städte werben.

In der Europäischen Union gibt es rund 100.000 Kommunen. Die Strukturen, Entscheidungsprozesse, Finanzierungsfragen und Verwaltungsaufgaben sind in den „noch" 28 EU-Staaten unterschiedlich. „Nicht überall haben Gemeinden und Städte eine so starke verfassungsrechtliche Rolle, wie in Österreich oder auch in Deutschland. Umso mehr ist es für uns und für die Gemeinden wichtig, dass wir uns gemeinsam auf europäischer Ebene für die Anliegen der Gemeinden engagieren", betonte Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl am gemeinsamen Europatag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes mit dem Österreichischen Gemeindebund.

Die beiden kommunalen Spitzenverbände vertreten insgesamt die Interessen von mehr als 13.000 Städten und Gemeinden in Österreich und Deutschland. Der Europatag wurde nicht nur zum Austausch über aktuelle kommunale Themen in den beiden EU-Mitgliedstaaten genutzt – eine gemeinsame Erklärung zur Zukunft Europas mit starken Kommunen wurde ebenfalls beschlossen. Die Zukunft Europas ist aufgrund der vielfältigen Kompetenzverflechtungen untrennbar mit der Zukunft der Gemeinden bzw. der kommunalen Selbstverwaltung verbunden, weshalb sich die kommunale Ebene bereits seit vielen Jahren aktiv an den Diskussionen über Subsidiarität, bessere Rechtsetzung, Multi-level-Governance und auch die Zukunft Europas beteiligt. „Ohne starke und selbstständige Gemeinden und Städte hat Europa keine Zukunft", so Alfred Riedl beim gemeinsamen Europatag, denn „die europäische Gesetzgebung beeinflusst das Handeln der Kommunen in vielen Bereichen."

Gleichzeitig ist aber auch das Bekenntnis zu Europa in den Gemeinden ein wichtiges Thema. Die deutschen Bürgermeisterkollegen zeigten sich dabei besonders interessiert am Projekt „Europa fängt in der Gemeinde an" und den Europa-Gemeinderäten. Damit haben die Gemeinden in Österreich bereits einen starken Draht zu den europäischen Themen. „Europa auf lokaler Ebene präsent zu halten, ist eine wichtige Aufgabe. Wir sind die ersten Ansprechpartner jedes Bürgers und jeder Bürgerin. Auch europapolitische Fragen müssen wir beantworten. Dabei kann der Europa-Gemeinderat in den Gemeinden einen wichtigen Beitrag leisten und das Thema Europa noch stärker in die Regionen hinaustragen", betont Rupert Dvorak, Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes.

Austausch mit EU-Spitzenpolitikern. Im Zuge des Europatages ergab sich für den Gemeindebund und die Vertreter des EU-Ausschusses die Möglichkeit zur Diskussion und dem Austausch mit Spitzenvertretern aus Kommission, Parlament und Regionalpolitik. Mit Haushaltskommissar Günther Oettinger wurde etwa über die Schwerpunkte des EU-Haushaltsbudgets

LINK ZUM THEMA

https://kommunal.at/index.php/artikel/ganz-europa-gemeinden-den-mittelpunkt-ruecken

Hier finden Sie die Erklärung des Gemeinsamen Europatages des Deutschen Städte- und Gemeindetages und des Österreichischen Gemeindebundes

FOTOS // ©Gemeindebund

„IM NÄCHSTEN EU-FINANZRAHMEN SOLLEN RUND **373 MILLIARDEN EURO AN EU-FÖRDERMITTELN** DEN REGIONEN ZUR VERFÜGUNG STEHEN."

Günther Oettinger, Haushaltskommissar der Europäischen Kommission

diskutiert. Der Brexit – der Ausstieg Großbritanniens aus der EU – verursacht einen Fehlbetrag von 12 bis 14 Milliarden Euro, die zum größten Teil durch Einsparungen und Umschichtungen kompensiert werden sollen. Für ländliche Entwicklung und Regionalförderung sollen wiederum ausreichend Mittel vorhanden sein, damit die Regionen und Gemeinden auch in den kommenden Jahren unterstützt werden können. Dabei betonte Kommissar Oettinger, dass das EU-Haushaltsbudget in den Mitgliedsländern unterschiedlich diskutiert wird. Die verschiedenen Zugänge und Meinungen gelte es in den kommenden Monaten unter einen Hut zu bringen und einen tragfähigen Kompromiss zu finden. „Gerade für die Gemeinden in den ländlichen Regionen in ganz Europa sind EU-Fördermittel für diverse Investitionen wichtige Finanzierungsmöglichkeiten. Wir stellen uns zwar prinzipiell nicht gegen Einsparungen in der Europäischen Union, wollen aber klarstellen, dass gerade die Unterstützung und Förderung des ländlichen Raumes – nicht nur in Österreich – für die Kommunen wichtige Finanzierungsmittel sind", so Alfred Riedl.

Stark nach außen – zurückhaltend nach innen. Seit Jahren werden in politischen Diskussionen mit EU-Vertretern die Themen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit der Gesetzgebung angesprochen. Vor Ort sind EU-Verordnungen und -Gesetze viel zu oft zu schwer umzusetzen und haben zu viele Detailregelungen, die nicht notwendig sind. Nicht nur Gemeinden, auch die Bürgerinnen und Bürger empfinden viele EU-Regeln als überschießend. Und wenn solche Themen in der Öffentlichkeit diskutiert werden, gehen die positiven Errungenschaften der EU allzu oft unter.

„**Kommunale Daseinsvorsorge ist** kein Modell, das gegen den europäischen Binnenmarkt steht, sondern die Voraussetzung und der **Garant dafür, dass dieser Markt optimal funktioniert.**"

Harry Brunnet, Bürgermeister von Hardthausen, Vorsitzender des DStGB-Europaausschusses

Das aktuelle Beispiel der Revision der Trinkwasserrichtlinie ist eines der Themen, die im Zuge des gemeinsamen Europatages zur Zukunft der Subsidiarität mit politischen Vertretern diskutiert wurde. Der Grundgedanke, die zwei Jahrzehnte alte rechtliche Basis zu erneuern und an aktuelle Herausforderungen anzupassen, ist durchaus verständlich und auch begrüßenswert. Für Aufschrei bei den Gemeindeverbänden sorgen jedoch Detailregelungen, die regionale Gegebenheiten außer Acht lassen und gerade in Österreich Trinkwasser verteuern würde. Ein hoher Detailierungsgrad von EU-Recht führt oft dazu, dass lokale oder regionale Spielräume beschnitten werden. Aber gerade diese Spielräume tragen dazu bei, Rahmenregelungen effizient umzusetzen.

„Europa ist zu vielfältig, dass one-size-fits-all funktionieren würde. Die Gesetzgeber in Europa sollten eher das Mittel der Rahmenrichtlinie nutzen und sich auf das Wesentliche konzentrieren. Detailregelungen sollen dann von den Nationalstaaten bestimmt werden. Das wäre für »

Anfang Juni trafen der Österreichische Gemeindebund und der Deutsche Städte- und Gemeindebund beim gemeinsamen Europatag zusammen.

die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Gemeinden, der einzig richtige Schritt", so Alfred Riedl.

Breitbandversorgung ist Daseinsvorsorge. Wie in Österreich wird auch das Thema Breitbandausbau in Deutschland intensiv diskutiert. Im Zuge des Europatages nutzte die österreichische Delegation auch die Gelegenheit, die österreichische Sicht dazulegen und mit den Kollegen aus Deutschland sowie mit einigen EU-Parlamentariern zu diskutieren. „Wir haben uns in den letzten Jahren viel zu sehr auf den Markt verlassen. Der hat urbane Regionen zwar Schritt für Schritt mit Breitband versorgt, aber die ländlichen Regionen müssen sich selbst organisieren", erklärte Alfred Riedl die Lage in Österreich. Dort springen Länder und Gemeinden ein, um ihren Bürgerinnen und Bürgern eine zukunftsfähige und notwendige Versorgung mit Internet zu gewährleisten. „Es hat sich gezeigt, wovor wir schon vor Jahren gewarnt haben: Die Gewinne wurden privatisiert und die Verluste sozialisiert", so Riedl. Für den weiteren Ausbau braucht es nun einen Masterplan und ein gemeinsames Bekenntnis, „dass Breitbandversorgung ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge ist." Die Kolleginnen und Kollegen des Europaausschusses sahen ähnliche Herausforderungen in ihren Bundesländern und Regionen. Um in Zukunft Schritt zu halten, gelte es, die Breitbandversorgung auf europäischer Ebene als Daseinsvorsorge anzuerkennen, um ein Umdenken zu erwirken. „Schließlich ist eine funktionierende Breitbandversorgung eine wesentliche Lebens- und Standortgrundlage für die Menschen in den Regionen", betonte Alfred Riedl.

Gespräche mit österreichischen EU-Vertretern. Mit Österreichs EU-Kommissar Johannes Hahn und den österreichischen EU-Abgeordneten Othmar Karas, Evelyn Regner, Heinz Becker, Claudia Schmidt und Karoline Graswander-Hainz haben die Vertreter des Gemeindebundes rund um Präsident Alfred Riedl die spezifischen österreichischen Themen diskutiert. Dabei zeigte sich, dass alle Vertreter großes Verständnis für die vielfältigen Aufgaben der Gemeinden haben, und dass Europas Zukunft in starken Gemeinden liegt. „Mit den österreichischen Vertretern in Europa haben wir starke Partner, die für die Anliegen der Kommunen immer ein offenes Ohr haben, und wir werden diesen Draht auch intensiv nutzen", so Alfred Riedl. Auf dem Programm standen dabei Themen, wie die Stärkung der Subsidiarität, aktuelle EU-Themen, das österreichische Programm zum EU-Ratsvorsitz, das Programm EU-Gemeinderäte und die Aktivitäten des Gemeindebundes in den kommenden Monaten. Dabei haben die EU-Vertreter mit dem Europabüro des Gemeindebundes in Brüssel rund um Daniela Fraiß eine direkte Ansprechpartnerin mitten im Herzen Europas.

Im Herbst lädt der Gemeindebund zu einer kommunalen Konferenz mit den Partnerverbänden aus dem Donauraum ein, um die Rolle der Gemeinden im Herzen Europas zu diskutieren. Im November lädt dann die österreichische Bundesregierung zur europäischen Subsidiaritätskonferenz ein, wo sich die Gemeinden und Städte intensiv einbringen werden.

ANDREAS STEINER, BA MA, IST PRESSESPRECHER DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
andreas.steiner@gemeindebund.gv.at

FOTOS/Gemeindebund

GLEICHSTELLUNG, VIELFALT UND INKLUSION

„KEIN FRIEDEN **OHNE VIELFALT“**

Wie schafft man eine gleichberechtigte Gesellschaft? Wie können neue Gruppen in das soziale Gefüge integriert werden und ist eine Gesellschaft der Vielfalt überhaupt erstrebenswert?

TEXT // Carina Rumpold

Alle diese Fragen wurden bei der ersten europäischen Konferenz des Rates der Gemeinden und Regionen Europas zu den Themen Gleichheit, Vielfalt und Inklusion von 11. bis 13. Juni 2018 in der Europäischen Hauptstadt des Jahres 2018, in Bilbao, diskutiert. Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchú hatte darauf eine einfache Antwort: „Wir missachten den anderen, weil er nicht gleich ist. Dabei ist niemand wie der andere. Man kann sich selbst nur respektieren, wenn man den anderen respektiert.“

Inklusion betrifft viele Ebenen: Die Gleichstellung Frauen und Männern, von Homosexuellen, die Integration von Zugewanderten, die Inklusion von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Einig war man sich, dass die kommunale und regionale Ebene die wichtigsten sind, um etwas zu bewirken.

Gleichberechtigung noch immer nicht selbstverständlich. Nicht zuletzt die sechs Millionen protestierenden Spanierinnen zeigten am Weltfrauentag 2018, dass auch die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen immer noch nicht selbstverständlich ist und weiter auf diesen Umstand aufmerksam gemacht werden muss. Auch in Österreich sind bekanntlich Frauen in vielen Ebenen immer noch unterrepräsentiert. Deutlich wird dies auf kommunaler Ebene. Bei 2098 Gemeinden gibt es nur 160 Bürgermeisterinnen (7,6 Prozent). Es gibt viele Papiere und Bekenntnisse, die zu mehr Gleichstellung führen sollen, aber am Ende muss man einen Weg finden, die Absichten auch in die Tat umzusetzen.

> **„Niemand ist wie der andere.** Man kann sich selbst nur respektieren, wenn man den anderen respektiert.“
>
> **Rigoberta Menchú,** Friedensnobelpresiträgerin

Während in Österreich Gleichstellungspolitik bisher sehr auf das Empowerment von Frauen fokussiert war, zeigen Projekte aus Schweden und dem Baskenland aber, dass es vielmehr darum gehen muss, auch den Männern neue Ideen von Männlichkeit zu vermitteln. „Frauen haben sich stark durch die bisherigen Programme entwickelt. Sie haben neue Räume erobert. Für Männer gab es diese Möglichkeit der Weiterentwicklung bisher nicht“, erzählt Love Nordenmark, die schwedische Projektleiterin.

Aber auch für andere Arten des Umgangs mit unserer gesellschaftlichen Vielfalt gibt es tolle Beispiele. So sprach der frühere Weltbürgermeister Bart Somers darüber, wie er in der belgischen Stadt Mechelen Flüchtlinge integriert. Durch eine Art „Speed-Dating“ werden Einheimische mit Neuangekommenen zusammengebracht und eine sechsmonatige Betreuungsphase eingeleitet. „Dabei entstehen langfristige Freundschaften, und Vorurteile können abgebaut werden. Diese Art der Integration verdoppelt die Chance, dass die Zugewanderten sich hier einleben und nicht in die Kriminalität abdriften“, berichtet Somers.

Für ihn ist gesellschaftliche Vielfalt unumgänglich: „Es gibt keinen Frieden ohne Diversität und keine Diversität ohne Frieden. Das müssen wir endlich verstehen und unsere Anstrengungen eher darin stecken, die Diversität zu gestalten.“

PFLEGEREFORM ANTE PORTAS?

TROTZ EINIGUNG VIEL **GESPRÄCHSBEDARF**

Ausgelöst durch die Abschaffung des Pflegeregresses vor knapp einem Jahr ist eine Debatte über die längst notwendige Auseinandersetzung, wie wir die Herausforderungen mit einer immer älter werdenden Gesellschaft lösen werden, entstanden. Obwohl die Datenlage eine eindeutige Sprache spricht, hat man sich vor einer gesamthaften Auseinandersetzung mit diesem Thema gedrückt.

Der Anteil der unter 15-Jährigen sinkt stark, die Altersgruppe der über 60-Jährigen – speziell die Anzahl derer über 75 – steigt stark. Das ist seit langem bekannt und nichts Neues. So sehr es zu begrüßen ist, dass wir alle älter werden, gesünder werden wir deswegen nicht. Und irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem die ältere Generation auf Betreuung und Pflege angewiesen ist.

Mehr zu betreuende und zu pflegende Menschen brauchen mehr Pflege- und Betreuungspersonal. Der Personalmangel, der schon jetzt merkbar ist, war damit ebenso vorhersehbar. Den Pflegeberuf zu attraktiveren und mehr Personen – nicht nur Frauen – für diesen Beruf zu gewinnen war zwar ein Ziel, die Umsetzung ist aber nicht wirklich gelungen. Die Ausbildung wurde zwar reformiert, aber ob die Ziele erreicht wurden, darf bezweifelt werden. Mit der „Akademisierung" der Pflege werden Fachkräfte ausgebildet, die dann in der Praxis enttäuscht sind, dass sie nicht Managementfunktionen wahrnehmen sollen, sondern mit den Menschen arbeiten müssen.

Der Einsatz von „digitalen" Hilfsmitteln wird die Betreuung und Pflege zwar verändern, steckt aber noch in den Kinderschuhen. Notrufsystem und Überwachungseinrichtungen bis zum Pflegeroboter können unterstützen, eine persönliche Betreuung und Pflege aber nicht ersetzen. Dafür bedarf es der Menschen.

Eine wirkungsvolle Unterstützung der Familien und hier vor allem der Frauen, die noch immer den Großteil der Pflege- und Betreuungsleistungen erbringen, ist zwar im Aufbau, aber erst ansatzweise vorhanden. Mehr als 80 Prozent der Betreuung und Pflege finden zu Hause statt. Mobile Dienste und die 24-Stunden-Betreuung unterstützen zwar, aber die Hauptlast liegt noch immer bei den Familien. Synergien bei den verschiedenen Angeboten der mobilen Dienste werden noch nicht genützt und die 24-Stunden-Betreuung, ohne die unser System schon lange zusammengebrochen wäre, wird von manchen kritisiert. So notwendig Qualitätskriterien und Standards sind zu viel Bürokratie und Controlling bringen das System zum Erliegen.

Und letztlich die Punkte Eigenverantwortung und Finanzierung: Prävention im Gesundheitsbereich und Eigenvorsorge werden zwar als wichtiger Bestandteil anerkannt, aber nicht umgesetzt. Die Menschen sind oft nicht bereit, ihre Lebensgewohnheiten zu verändern, um spätere negative Folgen für die Gesundheit hintanzuhalten. Ein Teilnehmer im Pflegeworkshop beim Städtetag hat dies mit seiner Wortmeldung auf den Punkt gebracht. „Wir gehen auf Kur, lernen dabei viel und dann wird weiter gegessen, getrunken und geraucht wie vorher. Das Bewusstsein, dass wir selbst auch etwas für unsere Gesundheit im Alter beizutragen haben, fehlt teilweise."

Die Finanzierung wurde uns auch weitgehend abgenommen. Schon vor einigen Jahren wurde der Angehörigenregress in der Pflege aufgehoben. Das ist die Unterhaltspflicht der Eltern gegenüber ihren Kindern, aber auch der Kinder gegenüber ihren Eltern. Mit der Abschaffung des Vermögensregresses muss man zwar mit seinem Einkommen, aber nicht mehr mit seinem Vermögen zu den Betreuungs- und Pflegekosten beitragen. Der Staat springt dafür ein. Eine Ersatzfinanzierung wie eine Pflegeversicherung wird zwar diskutiert, ist aber noch weit entfernt

> „**Die demographische Entwicklung**, die notwendigerweise zu Mehrkosten im Pflegebereich führt, **wurde außer Acht gelassen**."

HOFRAT DR. WALTER LEISS ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss@gemeindebund.at

von einer Umsetzung. Deutsche Bürgermeisterkollegen fragten uns beim gemeinsamen Europatag: „Wie schafft ihr das?“ In Deutschland gibt es sowohl einen Angehörigen- und Vermögensregress als auch ein Versicherungssystem.

In Österreich sind die Aufgaben von Ländern und Gemeinden zu erfüllen. Der Bund beteiligt sich zwar an der Finanzierung durch das Pflegegeld und den Pflegefonds, aber das Pflegegeld wurde seit Jahren nicht valorisiert. Bei den letzten FAG-Verhandlungen wurde angekündigt, dass der Pflegefonds zum letzten Mal verlängert wird. Die Vereinbarung eines Kostendämpfungspfades sowohl im Gesundheits-, als auch im Pflegebereich ist für den Pflegebereich fatal. So notwendig Strukturänderungen im Gesundheitsbereich sind, Einsparungen gehen oft zu Lasten des Pflegebereichs. Und die demographische Entwicklung, die notwendigerweise zu Mehrkosten im Pflegebereich führt, wurde dabei außer Acht gelassen. Damit sind Kostenverschiebungen vom Bund zu den Ländern und Gemeinden verbunden, die durch die Abschaffung des Vermögensregresses verstärkt werden.

Zwar konnte vor kurzem eine grundsätzliche Einigung über den Ersatz an Länder und Gemeinden erfolgen, aber viele Fragen sind noch offen. Ungeklärt ist nach wie vor die Rückwirkung des Verbots – einige Klagen sind schon anhängig. Was sind stationäre Einrichtungen? Sind darunter auch alternative Wohnformen, wie von Wien geltend gemacht, zu verstehen? Und wie geht es mit dem Regress in nicht stationären Einrichtungen weiter? Vor allem die Fragen: Wie erfolgt die Aufteilung auf die einzelnen Bundesländer? Und wie werden die Gemeinden, die direkt als Betreiber, aber jedenfalls als Mitzahler betroffen sind, eingebunden?

Hier gibt es noch viel Klärungsbedarf, und wahrscheinlich bedarf es noch einiger Gipfelgespräche. Die Finanzierung ist vor allem für die Gebietskörperschaften wichtig und ein notwendiger Schritt. Aber noch wichtiger ist es, ein umfassendes System zu etablieren, das den älteren Mitbürgern ein menschenwürdiges Altern in unserer Gesellschaft ermöglicht. So gesehen sollte die Abschaffung des Pflegeregresses zum Anlass genommen werden, die notwendigen Reformschritte umzusetzen.

AUS DER VOLKSANWALTSCHAFT ...

DR. GERTRUDE BRINEK ÜBER
FREIZEIT UND SPORT IN DER SOMMERSAISON

Wenn der Lärm zum Problem wird

Viele Gemeinden bemühen sich, ihren Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Freizeit- und Sportangebote zu bieten, um wohnortnahe körperliche Betätigung zu ermöglichen und das Gemeinschaftsleben zu fördern. Oft entstehen diese Anlagen in der unmittelbaren Nähe der Wohnhäuser, was aus Infrastruktur-Überlegungen auch sinnvoll ist. Manchmal hat das langsame Zusammenwachsen von Wohngebiet und Sportfläche seine spezifische Geschichte.

> „Bereits bei der Anlage bzw. Planung der Sportstätten sind alle mit dem Betrieb verbundenen Emissionen **und möglichen Ruhestörungen zu berücksichtigen.“**
>
> Dr. Gertrude Brinek

Zur Herausforderung wird zm Beispiel der Sport-Klub, der Tennisklub, der Modellflugkub oder der Schießklub dann, wenn die Besucherfrequenz steigt, Tagesrand-, Nacht- und Wochenendstunden „durchgespielt“ und trainiert werden und der damit verbundene Lärm zum massiven Problem für die Anrainer wird.

Die Gemeinde ist schon früher gefordert: Bereits bei der Anlage bzw. Planung der Sportstätten sind alle mit dem Betrieb verbundenen Emissionen und möglichen Ruhestörungen zu berücksichtigen. Zur Lärmfeststellung gibt es etablierte Methoden, die die notwendigen Vorkehrungen unterstützen. Mit den Betreibern, deren Sportlerinnen und Sportlern, die ihre Aktivitäten zumeist gerne bei einem gemütlichen Zusammensitzen ausklingen lassen, ist ein verbindlicher Zeit- und Spielplan zu erstellen, der von der Gemeinde auch überprüft wird. Keinesfalls darf der Konflikt auf die einzelnen Bewohnerinnen und Bewohner abgeladen werden. Denn es gibt ein Recht auf Ruhe, aber kein Recht auf Lärm.

Will eine Gemeinde auf ein friedvolles Zusammenleben aller setzen, so nimmt sie Kollisionen und Beschwerden durch professionelles Vorgehen den Wind aus den Segeln. Dazu gehört, alles zu tun, was es nach gegenwärtigem Wissensstand an Lärmprävention gibt. Technisch, organisatorisch und rechtlich.

vab@volksanwaltschaft.gv.at
https://volksanwaltschaft.gv.at/

DIGITALISIERUNGS- UND WIRTSCHAFTSMINISTERIN MARGARETE SCHRAMBÖCK

„DAS DIGITALE AMT SOLL **DIE GEMEINDEN ENTLASTEN**“

Die Digitalisierung von Verwaltung und Gesellschaft, ein Standortentwicklungsgesetz und ein neuer Beruf – zu diesen Themen antwortete Mitte Juni Margarete Schramböck im KOMMUNAL-Interview. Eines wurde dabei schnell klar: Den Gemeinden kommt gleich mehrfach eine eminent wichtige Rolle zu.

Die Wirtschaft hat derzeit vor allem Themen wie die künstliche Intelligenz, die Blockchain, Quantencomputer, Augmented Reality, autonomes Fahren oder das Internet of Things im Fokus. Die Politik in Europa versucht die Entwicklungen auf diesen Gebieten mit einer Datenschutzgrundverordnung etwas einzudämmen – zumindest ist das unser Eindruck. Die Realitäten in den Kommunen sind aber noch ganz andere. Wie sehen Sie das?
MARGARETE SCHRAMBÖCK: Wir arbeiten am Thema der „digitalen Kluft“. Die digitale Verwaltung muss viel selbstverständlicher werden. Ich meine damit Abläufe in der Verwaltung, die digitalisiert werden müssen, also übers Internet verfügbar werden. Die Gemeinden sind da nicht ausgeschlossen, sie spielen sogar ein sehr wichtige Rolle. Uns geht es darum, von der Abarbeitung der Routinetätigkeiten weg und zu beratenden und unterstützenden Tätigkeiten hinzukommen. Deswegen entwickeln wir Plattformen wie oesterreich.gv.at, von der demnächst eine Erstversion präsentiert werden soll. Ganz fertig ist sowas ja nie. Auf dieser Plattform werden unter anderem die Dienste von help.gv.at oder dem Unternehmensserviceportal gebündelt. ...

Wir reden hier von Bundesservices, die digitalisiert werden sollen. Umgesetzt soll das in den Kommunen werden. Wie wollen Sie die Städte und Gemeinden mitnehmen?
Sehr viele Gemeinden und Länder, angefangen bei Wien, haben schon eigene Applikationen entwickelt. Unser Anliegen ist es natürlich, dass wir diese Apps integrieren oder verbinden. Wir müssen das Rad ja nicht immer neu erfinden. Es gibt viele Dienste von Ländern – und sicher auch von Gemeinden – die wir einbinden könnten. Es geht uns auch darum, dass wir Anwendungen online stellen, die den Gemeinden in ihrer Arbeit helfen. Gerade die Gemeinden haben immer mehr Themen, und wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gemeinden auch freispielen, damit sie Zeit gewinnen.

Heißt das, dass Sie für Gemeinden Applikationen entwickeln?
Wir sehen es nicht als unsere Aufgabe, für die Gemeinden Software zu entwickeln. Wir stellen unsere Plattform oesterreich.gv.at zur Verfügung, damit die Gemeinden ihre Services integrieren können. Damit wollen wir das Leben für die Menschen vor Ort und die Wirtschaft vor Ort erleichtern.

Für die Digitalisierung sollen in den kommenden fünf Jahren zusätzlich 100 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Wie viel davon ist für die Gemeinden?
Das ist ein Gesamtbudget für das Thema. Es geht nicht darum, dass wir den Gemeinden etwas zur Verfügung stellen, es gibt keinen Budgettransfer. Was wir tun können ist, genau jene Dienstleistungen zu entwickeln oder zu bauen, die die Gemeinden brauchen und damit die Gemeinden entlasten.

ZUR PERSON
Dr. Margarete Schramböck ist Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort. Die Tirolerin war von Mai 2016 bis Oktober 2017 Chief Executive Officer (CEO) der A1 Telekom Austria. Von November 2010 bis Jänner 2018 hatte sie einen Gewerbeschein für die Tätigkeit als Human-Energetikerin.

Margarete Schramböck im Gespräch mit Michael Zimper, Geschäftsführer des Kommunal-Verlags, und Hans Braun, Chefredakteur von KOMMUNAL.

FOTOS // KOMMUNAL

WIR MÜSSEN **DAS RAD JA NICHT IMMER NEU ERFINDEN.“**

Margarete Schramböck über ihr Anliegen, Applikationen, die von Ländern oder Gemeinden erfolgreich entwickelt wurden, in eine übergreifende Bundes-Plattform zu übernehmen.

Bei der Digitalisierung der Verwaltungsebene fallen auch Schlagwörter wie Blockchain, Chatbots oder Artificial Intelligence. Was genau sollen die Gemeinden und Städte davon einsetzen?
Diese Lösungen sind ja bei etlichen Unternehmen schon im Einsatz. Wir können jetzt überlegen, wie wir das für unsere Bedürfnisse adaptieren und dann dort einsetzen, wo Gemeinden einen Vorteil haben. Wir analysieren gerade die Daten, deshalb kann ich derzeit noch keinen Bereich nennen, für den auf kommunaler Ebene Künstliche Intelligenz einsetzbar wäre.

Blockchain ist ein weiteres Schlagwort. Hier sollen Daten besser abgesichert und verfügbar sein. Spießt sich das nicht mit der Datenschutzgrundverordnung?
Wir haben ein sehr klares Registersystem in Österreich, wo die Daten der Bürgerinnen und Bürger sind – worüber wir im Übrigen von vielen Ländern beneidet werden. Und das wird so bleiben. Wir werden die Register auch getrennt lassen – es wird aber die Frage zu klären sein, wie der Austausch zwischen den Registern erfolgen wird. Also: Keine Bürgerdaten in der Blockchain. Aber wir sollten uns überlegen, wie wir die Technologie anwernden können, um künftig bestimmte Dienste nutzen zu können. Das ist aber erst in der Entwicklung.

Ein anderes Thema: Ende April haben Sie in einem „Standard“-Interview einen Entwurf für ein Standortentwicklungsgesetz präsentiert. Es soll Anfang 2019 in Kraft treten. Wie sehen die Eckpunkte des Entwurfs aus?
Ziel des Gesetzes ist, Verfahren für Projekte zu beschleunigen, die für den Standort von wesentlicher Bedeutung sind. Die Eckpunkte sind im Gesetz so definiert, dass man ein Projekt und einen Prozess identifizieren kann. Ein Prozess könnte so aussehen, dass beispielsweise eine Gemeinde einem Bundesland ein großes und für die Gemeinde wichtiges Projekte vorschlägt. Dieses Projekt wird dann in einem Expertengremium begutachtet und der Landesregierung vorgelegt. Diese entscheidet, ob das Projekt übernommen wird oder nicht. ...

Wie sind die Gemeinden da eingebunden, die ja die Standorte sind? Oder ist der Gemeindebund als Dachorganisation eingebunden?
Das wäre zu früh, jetzt über die Zusammensetzung des Gremiums zu reden, weil wir gerade in der Ausarbeitung sind.

Wie würde ein Szenario aussehen, wenn eine Gemeinde oder mehrere Gemeinden gegen ein Projekt sind?
Es wird immer welche geben, die mit einem Projekt nicht einverstanden sind. Dafür gibt es den Verfahrensweg, wo man Einspruch erheben kann ... Auch die Umweltverträglichkeitsprüfung wird es weiter geben.
Was aber passieren wird ist, dass sich die Geschwindigkeit erhöht. Die Zeiträume, innerhalb derer Entscheidungen getroffen werden müssen, werden gestrafft. Vor allem, um Rechtssicherheit zu kreieren, sowohl für Befürworter als auch für Gegner. In diesen Verfahren sind ja unheimlich viele Ressourcen gebunden. Wenn Sie sich beispielsweise den Stadttunnel in Feldkirch ansehen, wie lange das dauert. Und jetzt sind die Gutachten veraltet und man muss wieder von vorne anfangen. .... »

Was sind denn die Gründe für diese Verzögerungen?
Das hat zum Teil mit dem Gutachter- und Sachverständigenwesen zu tun, wo es oft zu einem Engpass kommt. ... Einsprüche sollten auch nur mehr jene erheben können, die aus der Region und die unmittelbar betroffen sind. Das ist jetzt nicht so.

Zum Bereich „Standortpolitik" gibt es eine eigene Förderung, allerdings nur für Unternehmen. Sollten Gemeinden da nicht auch „förderwürdig" sein? Etwa für Infrastrukturmaßnahmen im Sinne des Standortes?
Über die Forschungsförderungsgesellschaft FFG schon. Da gibt es unterschiedliche Förderbereiche, beispielsweise die angewandte Forschung. Das ist vordergründig zwar für die Gemeinden eher nichts, aber wenn man in seiner Gemeinde ein Christian-Doppler-Institut hat, ist das ein großer Mehrwert für die Kommune.
Über die FFG gibt es auch Förderungen für die Infrastruktur, beispielsweise für den Breitbandausbau. Das ist ja eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Gemeinden, Unternehmen anzusiedeln oder zu halten. Das ist ein ganz wichtiger und prioritärer Punkt.

Die Ausschreibungsbedingungen sind allerdings oftmals zu kompliziert. Und es gibt Kritik, dass es offenbar keinen „übergeordneten Plan" für den Breitbandausbau gibt.
Ich rede jetzt zwar fürs Infrastrukturministerium, aber aufgrund der engen Zusammenarbeit kann ich eines sagen: Derzeit wird an einer Überarbeitung des Telekommunikationsgesetzes gearbeitet, vor allem um den 5G-Ausbau zu forcieren. So ist beispielsweise das gemeinsame Nutzen eines Netzwerks – das sogenannte network-sharing – derzeit nicht vorgesehen. ...
Zweitens wird der Breitbandatlas derzeit digital neu erstellt. So ein Atlas lebt ja und muss ständig aktualisiert werden, und deshalb brauchen wir Transparenz darüber, wo wer was ausbaut. Das haben wir derzeit nicht. Daher wissen wir auch nicht, wo wir konkret welche Maßnahmen setzen müssen.
Und drittens arbeiten wir an einer neuen Ausschreibung für 5G. Ganz wichtig ist, dass hier eine Regionalisierung vorgesehen wurde – das ist zwar nicht für einzelne Gemeinden, aber für Gemeindeverbünde oder auch für Länder oder für regional tätige Unternehmen wichtig. Das gab's früher nicht, ist aber jetzt vorgesehen.
5G ist für die Gemeinden wichtig, weil es einen Technologiesprung darstellt. Glasfaseranschlüsse sind auch wichtig – und daher teilen wir die Anforderungen. Einen abgelegenen Hof erreichen wir über eine gute Mobilanbindung genauso. ...

Kommen da die Gemeinden nicht wieder mit ihrer Infrastruktur – beispielsweise die Ortsbeleuchtung – ins Spiel? Moderne Leuchten wären ja bereit für die 5G-Technologie. Wären da nicht Gemeinden die Ansprechpartner?
Die Gemeinde wird beim Ausbau von 5G ein ganz wichtiger Partner werden. Es wird von der Geschwindigkeit der Genehmigungen und den Möglichkeiten, die die Bürgermeister bieten, abhängen, ob in der Gemeinde 5G da ist oder nicht.

Letzte Frage: In Ihren Bereich fällt auch die Lehrlingsausbildung. Für den Bereich Pflege wurde in den vergangenen Monaten rund um die Debatte zum Wegfall des Regresses und der notwendigen Neuausrichtung der Pflege in Österreich immer wieder ein echter „Lehrberuf Pflege" bzw. ein „Berufsbild Pfleger/Pflegerin" gefordert. Wie stehen Sie zu solchen Vorschlägen?
Ich sehe das sehr positiv. Ich will da allerdings dem Sozialministerium nicht vorgreifen, das hier für die Inhalte verantwortlich zeichnet. Derzeit überarbeiten wir ja die Lehrberufe. Hier schließt sich wieder der Kreis zur Digitalisierung, weil wir in der Ausbildung für die Lehrberufe die digitale Kompetenz weiter vermitteln müssen. Sogar ein Lehrberuf wie Orgelbauer braucht eine digitale Kompetenz – moderne Orgeln werden heute per Fernwartung gewartet.
Mein Ziel ist, dass für jeden Beruf – einen alten wie Maurer oder Mechaniker, aber auch einen neuen wie der Pflege – eine digitale Ausbildungsmöglichkeit gegeben ist.

> **„5G ist für die Gemeinden wichtig, weil es einen Technologiesprung darstellt.** Glasfaseranschlüsse sind auch wichtig – und daher teilen wir die Anforderungen."
>
> **Margarete Schramböck**

Redaktionell gekürzt. Den Volltext finden Sie auf **kommunal.at/artikel/das-digitale-amt-soll-die-gemeinden-entlasten**

Bundesministerium
Finanzen

Zoll: Gut informiert in den Sommer

BMF/Adobe Stock

Informieren Sie sich pünktlich zur Sommerzeit über geltende Bestimmungen.

Urlaub ist für die meisten Österreicherinnen und Österreicher die schönste Zeit des Jahres. Umso wichtiger ist, bei der Rückkehr keine unangenehmen Überraschungen erleben zu müssen. Beim Einkaufen in Urlaubsdestinationen wird oft nicht bedacht, dass viele der erworbenen Waren nicht so einfach in die Heimat mitgenommen werden dürfen.

Zollkontrollen – Warum?

Transparenz, faire Rahmenbedingungen sowie Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger aber auch für die heimische Wirtschaft sind der Finanzverwaltung besonders wichtig. Daher sind Zollkontrollen im Reiseverkehr zur Bekämpfung von Schmuggel und Produktpiraterie, zum Schutz von Umwelt und Gesundheit sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen weiterhin wichtig.

Sicheres Shopping

Bei Reisenden herrscht oft Unsicherheit über die zulässige Menge und den Wert der Waren, die nach Österreich eingeführt werden dürfen. Informieren Sie sich vor Urlaubsbeginn über Einfuhrbeschränkungen und -verbote, um Verstöße gegen Zollbestimmungen zu vermeiden. Denn Unwissenheit schützt leider nicht vor Strafen.

Einreise aus EU-Staaten:
Waren für den persönlichen Ge- oder Verbrauch dürfen eingeführt werden, ohne in Österreich Zoll und sonstige Abgaben zu bezahlen. Ausnahmen bestehen generell für neue Fahrzeuge, Tabakwaren und alkoholische Getränke.

Einreise aus Nicht-EU-Staaten:
Grundsätzlich müssen Waren ab einem Wert von 300 Euro verzollt werden. Bei Flugreisen gilt eine zollfreie Obergrenze von 430 Euro, sofern die Waren nicht gesonderten Einfuhrverboten oder -beschränkungen unterliegen. Für Reisende unter 15 Jahren verringern sich diese beiden Freigrenzen auf 150 Euro (unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel). Generell ist ratsam, die Rechnung der gekauften Ware dabei zu haben – das gilt auch für teure und neuwertige Geräte, wie etwa Kameras, die man bereits auf die Reise mitnimmt. Mögliche Unannehmlichkeiten bei der Einreise lassen sich so vermeiden bzw. schneller aufklären.

Lebensmittel – speziell Fleisch- und Wurstwaren oder Milchprodukte – dürfen aus bestimmten Ländern nur in beschränktem Umfang in die Europäische Union eingeführt werden.

- **BMF-App**
  Die BMF-App informiert über Zollbestimmungen, die bei der Einreise nach Österreich zu beachten sind. Das funktioniert auch im Offline-Modus und ist daher problemlos im Ausland verwendbar. Die BMF-App steht im jeweiligen Smartphone-Store gratis als Download zur Verfügung.

- **Zentrale Auskunftsstelle Zoll**
  Zollamt Klagenfurt Villach, Ackerweg 19, 9500 Villach
  E-Mail: zollinfo@bmf.gv.at, Telefon: +43 (0) 50 233 740

- **Zoll Info – Tipps für die Einreise nach Österreich**
  Die Folder des BMF sind in den Finanzämtern, in den Zollämtern, auf den Flughäfen und auf bmf.gv.at > Publikationen erhältlich.

Entgeltliche Einschaltung

Die DVD bietet öffentlichen Auftraggebern für alle nach dem Vergabegesetz zulässigen Vergabeverfahren Hilfestellungen und die erforderlichen Musterunterlagen.

VERGABEMODELLE ZUR EINFACHEREN ANWENDUNG DES VERGABERECHTS

DIESE DVD LÄSST **KEINE FRAGEN OFFEN**

Trotz kleiner Vereinfachungen ist das Vergaberecht noch immer zu kompliziert. Ein Handbuch in DVD-Form hat das Zeug, Abhilfe zu schaffen.

Auftraggeber und Juristen sind sich einig: Das Vergaberechtsreformgesetz 2018 bringt nur wenige der erhofften und vielfach geforderten Vereinfachungen in der Anwendung mit sich. Die rund 700 Seiten an Gesetzestexten und Erläuterungen bleiben weiterhin eine Wissenschaft für sich. Die öffentliche Hand, insbesondere kleine Gemeinden, stehen damit vor großen Herausforderungen. Daher ist die Vorstellung der Vergabemodelle in der Juni-Ausgabe des KOMMUNAL durch Dr. Christian Fink, Rechtsanwalt und Vergaberechtsexperte, auf großes Interesse gestoßen. Zur Erinnerung: Die Vergabemodelle bieten allen Auftraggebern praxisnahe Vorlagen zur Vergabe von Planungs- und Beratungsleistungen.

Der Kommunal-Verlag hat sich daher entschieden, eine Kooperation mit der Kammer der ZiviltechnikerInnen einzugehen. Sie finden also erstmals in der Geschichte von KOMMUNAL einen Datenträger als Beilage: eine DVD, die sämtliche Vergabemodelle und die dazugehörigen Unterlagen der beiden Autoren Univ.-Prof. DI Hans Lechner und Dr. Christian Fink enthält.

Was Sie sich von der DVD erwarten dürfen: Sie bietet öffentlichen Auftraggebern für alle nach dem Vergabegesetz zulässigen Vergabeverfahren Hilfestellungen und die erforderlichen Musterunterlagen (Word-Dateien) und Ablaufschemata zur Abwicklung der Vergabe. Ergänzt durch Vorlagen für Verträge (zum Beispiel General-und Fachplanerverträge etc.), Rechenblätter, Leistungsmodelle und Kriterienkataloge.

LINKS ZUM THEMA

www.bestevergabe.at

Auf der obigen Website finden Sie mehr Infos zum Thema Vergabe.

Diese umfassende Kombination macht es praktisch unmöglich etwas zu vergessen, weil die Modelle und Muster alle Eigenschaften der notwendigen Leistungen und gesetzlich erlaubten Verfahren abdecken.

Projektziele umfassend definieren: Wer bei der Planung spart, baut teuer! Der allgemeine Teil (DVD-Ordner: Vergabemodelle_Leitfaden > Allgemeiner_Teil_Leitfaden) erklärt Schritt für Schritt den Weg zur erfolgreichen Vergabe einer Planungs- bzw. Beratungsleistung. Die Darstellung im Leitfaden beginnt mit der Projektvorbereitung: Die beste formale Vorbereitung (Ausschreibungs- und Vertragstexte) ist nutzlos, wenn nicht unmissverständliche Projektziele und eine exakte Projektstruktur (Festlegung von Mitwirkenden und Verantwortlichkeiten) vorgegeben werden. Schon in dieser Phase ist eine professionelle Beratung sinnvoll. Denn es gilt der Grundsatz: Wer bei der Planung spart, baut teuer!

Oft kann der Auftraggeber im Vorhinein gar nicht wissen, welche einzelnen Schritte zur Erfüllung des Auftrags notwendig sind, denn Beratungs- und Planungsleistungen sind hochspezialisierte Dienstleistungen. Für den Auftraggeber sind daher umfassende und vollständige Leistungsbilder besonders wichtig. Die Vergabemodelle bauen auf den standardisierten Leistungsmodellen 2014 von Ziviltechniker-Dienst-

leistungen auf. Diese sind ebenfalls auf dem, dieser Ausgabe beiliegenden Datenträger – und zwar im Ordner „Leistungsmodelle_fuer_Planungsdienstleistungen“ – zu finden.

Diese Leistungsmodelle stellen sicher, dass der Auftraggeber wirklich alle Leistungen erhält, die er für die Fertigstellung seines Projekts benötigt. Gerade bei scheinbar kostengünstigen Angeboten soll ja schon vorgekommen sein, dass wesentliche Leistungen fehlen und dann teuer „nachbestellt“ werden müssen. Durch die Verwendung der Leistungsmodelle 2014 ist man diesbezüglich als Auftraggeber auf der sicheren Seite. Erst die Verwendung standardisierter Leistungsbilder machen die einlangenden Angebote vergleichbar. Vergabekriterien festzulegen ist ebenfalls keine leichte Übung. Daher haben die Autoren des Werks Beispiele für Auswahl- und Zuschlagskriterien ausgearbeitet.

Das neue Vergabegesetz verweist nun in seinen Erläuterungen ausdrücklich auf die Wettbewerbsordnung Architektur. Diese ist daher ebenfalls auf dieser DVD enthalten.

In diesem Sinne wünschen die Bundeskammer der ZiviltechnikerInnen und der Kommunal-Verlag den Lesern erfolgreiche Projekte mit dem Handbuch in DVD-Form.

Sollten Sie Beratung hinsichtlich des geeigneten Vergabeverfahrens benötigen, so stehen Ihnen die Länderkammern der ZiviltechnikerInnen gerne zu Verfügung:

KAMMER DER ZIVILTECHNIKERiNNEN FÜR WIEN, NIEDERÖSTERREICH UND BURGENLAND

Karlsgasse 9/1
1040 Wien
(01) 505 17 81
kammer@arching.at
wien.arching.at

KAMMER DER ZIVILTECHNIKERiNNEN FÜR STEIERMARK UND KÄRNTEN

Schönaugasse 7/1
8010 Graz
(+43) (0316) 82 63 44
office@ztkammer.at
www.ztkammer.at

KAMMER DER ZIVILTECHNIKERiNNEN FÜR OBERÖSTERREICH UND SALZBURG

Kaarstraße 2/II
4040 Linz
(+43) (0732) 73 83 94
Kammerdirektion Linz:
linz@arching-zt.at
Geschäftsstelle Salzburg:
salzburg@arching-zt.at
www.arching-zt.at

KAMMER DER ZIVILTECHNIKERiNNEN FÜR TIROL UND VORARLBERG

Rennweg 1
6020 Innsbruck
(+43) (0512) 58 83 35
vergabekonsulent@kammerwest.at
wettbewerbskonsulent@kammerwest.at
www.kammerwest.at

zt:

An dieser Stelle sollten Sie **Ihre DVD** finden! Falls diese in Ihrem Exemplar fehlen sollte, melden Sie sich bitte einfach bei

office@arching.at

GEMEINDEN PROFITIEREN!

WIEDER FÖRDERUNG FÜR PV-ANLAGEN

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein wesentliches Ziel der Klima- und Energiestrategie #mission2030. Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus setzt daher die Ausbauprogramme des Klima- und Energiefonds für Erneuerbare fort. Ein wichtiger Partner dabei: Regionen, Gemeinden und Kommunen.

Extrabudget für Klima- und Energie-Modellregionen. Auch 2018 stehen für Klima- und Energie-Modellregionen exklusive Fördermittel zur Verfügung: Photovoltaikanlagen auf Gebäuden, die dem öffentlichen Interesse dienen, werden mit 375 Euro/kWpeak gefördert. Dies gilt für Anlagen bis zu 150 kW Fläche.

PV für Betriebe, Vereine, Institutionen. Seit 2008 werden PV-Anlagen mit max. 5 kWp vom Klimafonds gefördert, rund 58.000 Anlagen wurden damit errichtet. 2018 stehen 4,5 Mio. Euro Budget zur Verfügung. Neben Privatpersonen können auch Betriebe, Vereine und Institutionen ihre neu errichtete Anlage zur Förderung einreichen. Gefördert werden freistehende PV-Anlagen oder Aufdachanlagen mit 275 Euro/kWp, gebäudeintegrierte Anlagen mit 375 Euro/kWp sowie Gemeinschaftsanlagen bis max. 50 kWp (200 Euro/kWp bzw. 300 Euro/kWp).

Die Aktion läuft, so lange Budgetmittel zur Verfügung stehen, längstens jedoch bis **30.11.2018.**

PV in der Land- und Forstwirtschaft. Land- und forstwirtschaftliche Betriebe haben große Dachflächen und einen hohen Stromverbrauch – ideale Voraussetzungen für PV. Gefördert werden neu installierte, im Netzparallelbetrieb geführte PV-Anlagen. Die Förderung wird in Form eines einmaligen Investitionskostenzuschusses ausbezahlt. Es stehen 3,7 Millionen Euro Budget zur Verfügung. Die Aktion läuft, so lange Budget zur Verfügung steht, längstens jedoch bis 30.11.2019.

FACT BOX

- **Förderinformation für Private, Betriebe, Vereine und Institutionen:** www.pv.klimafonds.gv.at Das Serviceteam PV ist unter 01/316 31-730 und pv@kommunalkredit.at erreichbar.
- **Förderinformation für Land- und Forstwirtschaft:** www.pv-lw.klimafonds.gv.at

  Fragen: 01/316 31-713, umwelt@kommunalkredit.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMNT

FOTOS // Photovotaik ©BMNT/Alexander Haiden // Karl-Rudolf Huber

FOTO // © Silvia Gamsjäger

HOHE FÖRDERQUOTE

3 MILLIONEN EURO FÜR MUSTERSANIERUNGEN

Durch thermische Sanierung werden der Energieverbrauch und somit Emissionen im Gebäudesektor massiv gesenkt. Mit dem Programm „Mustersanierung" fördert das BMNT im Rahmen des Klima- und Energiefonds Best-Practice-Beispiele.

Der Gebäudesektor ist für rund ein Drittel des Energieverbrauchs in Österreich verantwortlich. Spürbar reduziert oder gänzlich vermieden werden können die Treibhausgase nur durch den Einsatz erneuerbarer Energien, durch Energieeffizienz-Maßnahmen und umfassende thermische Sanierungen.

Heutige Sanierungen legen die Emissionen für mindestens 40 Jahre fest – es gilt also, schon jetzt die höchsten Standards anzustreben. Mit dem Förderprogramm „Mustersanierung" des Klima- und Energiefonds setzt das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT) an diesem zentralen Hebel an: Durch die Sanierung auf höchstem Niveau werden die Emissionen der sanierten Häuser auf ein Minimum reduziert – oder zur Gänze eingespart.

www.mustersanierung.at

Das Ziel des Förderprogrammes ist, die Qualitätsstandards von Sanierungen durch den Einsatz innovativer Technologien immer weiter zu verbessern. Für umfassende Sanierungen von betrieblich genutzten oder öffentlichen Gebäuden stehen bis 28.2.2019 bis zu drei Millionen Euro – von denen eine Million für Gebäude in Klima- und Energie-Modellegionen reserviert ist – zur Verfügung. Das Programm wird zusätzlich aus Mitteln des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raumes (ELER) kofinanziert.

Für die geförderten Projekte gelten hohe Anforderungen, die durch entsprechend hohe Förderquoten belohnt werden. Nach der Sanierung muss mindestens 90 Prozent des Energiebedarfs in den Gebäuden aus erneuerbaren Energien gedeckt werden – in den Jahren zuvor war die Vorgabe 80 Prozent.

Im Rahmen der Mustersanierung sind die EinreicherInnen verpflichtet, ein Energieverbrauchsmonitoring zu installieren. Eine erste Evaluierung zeigte, dass der Energieverbrauch der Gebäude durch diese Monitoringsysteme noch stärker gesenkt werden konnte.

Best Practice aus den Gemeinden. Bundesweit wurden seit dem Start des Programms im Jahr 2008 bereits 75 Mustersanierungen, darunter auch sechs Plus-Energie-Häuser, realisiert oder befinden sich in Umsetzung. Darunter finden sich zahlreiche gemeindeeigene Gebäude: von Schulen und Kindergärten bis zu Gemeindezentren und Amtsgebäuden.

All diese Sanierungen zeigen, wie ein Gebäude durch einen klugen Mix aus innovativer Wärmedämmung, aus Energieeffizienzmaßnahmen und der Integration erneuerbarer Energien zu einem Kraftwerk werden kann, das mehr Energie erzeugt als es verbraucht.

FACT BOX

Förderberatung
Bearbeitungsteam
Mustersanierung
Kommunalkredit Public Consulting GmbH
Tel. (+43 1) 31631-723

GESTALTEN & ARBEITEN

IT, WLAN UND SCHULE
Zentral, breitbandig und gesichert
Seite 50

GEBÄUDEEFFIZIENZ
Energiemonitoring ist der erste Schritt
Seite 56

KINDER & WASSER
Sicherheit von Aufsicht bis Umzäunung
Seite 44

MYTHOS **MASSENPANIK**

Um Großveranstaltungen in der Gemeinde bestmöglich vorzubereiten und erfolgreich abzuwickeln ist ein fundiertes Sicherheitsmanagement wesentlich. Das Wissen um die spezifischen Risiken bei Events und um das Verhalten der Besucher in einem Notfall hilft mit, potenzielle Gefahren zu antizipieren und ihnen vorzubeugen.

TEXT // Andreas Hussak

Man kennt es aus den Nachrichten: Egal, ob ein Terroranschlag stattgefunden hat, ein Feuer ausgebrochen ist, ein dichtes Gedränge eine Eigendynamik entwickelt hat, oder irgendein Idiot auch nur einen Böller gezündet hat – wenn sich bei einer Veranstaltung Menschenmassen plötzlich gleichzeitig in Bewegung setzen, es dabei Verletzte und vielleicht auch Tote zu beklagen gibt, so betiteln die Medien diese Ereignisse unweigerlich mit „Massenpanik". Der Begriff ist so plakativ und reißerisch, dass er offensichtlich verwendet werden muss. Doch ist er auch korrekt? Martin Bardy, Experte für Veranstaltungssicherheit, sagt ganz klar „Nein!" und begründet das mit zahlreichen wissenschaftlichen Untersuchungen.

Panik ist ein irrationales Verhalten, und Menschen verfallen höchst selten in Panik. Üblicherweise treten panikartike Reaktionen nur dann auf, wenn sich ein Mensch in einer höchstwahrscheinlich ausweglosen, vermeintlich lebensbedrohlichen Situation befindet bzw. glaubt, sich in einer solchen zu befinden. Doch selbst dann ist die panische Reaktion eine höchst individuelle. Bardy hat sich auf die Suche nach Ereignissen mit einer Massenpanik gemacht und kam zu einem erstaunlichen Ergebnis: Eine „Massenpanik", bei der Menschen kollektiv in irrationales Verhalten verfallen, gibt es nicht, und wurde auch in der Vergangenheit noch nie beobachtet. Bei tragischen Vorfällen, wie etwa im Beverly Hills Supper Club, der World Trade Center Evakuierung, dem London Bombing oder der Love Parade in Duisburg wurde in der medialen Darstellung immer von einer Massenpanik gesprochen und das Verhalten der Menschen als irrational und rücksichtslos dargestellt. Tatsächlich haben sich die allermeisten Personen aber ganz anders verhalten.

Nach dem Feuer im Beverly Hills Supper Club, bei dem 165 Menschen starben, haben polizeiliche Untersuchungen mit 630 Interviews der Betroffenen ergeben, dass das Verhalten geordnet und nicht konkurrierend waren. Prosoziales Verhalten und gegenseitige Hilfe war vorherrschend, und selbst als eine Konkurrenzsituation begann, blieben soziale Strukturen aufrecht. Beim World Trade Center ergaben die Untersuchungen, dass Personen ihre Flucht selbstständig koordinierten, die Türen für nachkommende Menschen aufhielten, und jene Menschen, die zu telefonieren versuchten oder zu laufen begannen von anderen ermahnt wurden. Panikartiges Verhalten konnte nur bei 0,8% der Menschen festgestellt werden. Das deckt sich mit anderen Studien, die nur etwa einem Prozent der Bevölkerung die Tendenz zu panikartigem Verhalten konstatiert. Auch bei der Love Parade in Duisburg war das Fluchtverhalten der Menschen rational. Die wissenschaftlichen Ergebnisse zu den Ereignissen, die als Massenpanik bezeichnet werden, belegen, dass Erwartungen an das Verhalten von Menschen in Notlagen und die Realität überwiegend nicht ident sind. Panikartiges Verhalten ist ein ausgesprochen selten auftretendes Phänomen, und Menschen in Notfällen sind nicht hilflos und passiv.

Wichtig zu wissen: Menschen fällen ihre (rationalen) Entscheidungen immer auf Basis der ihnen zu Verfügung stehender Informationen. Bei einem Brand in einem Club kam es zu etlichen Toten, die zum größten Teil im Eingangsbereich erdrückt oder niedergetrampelt wurden, dabei hatte der Club zahlreiche Notausgänge, die allerdings kaum benutzt wurden. Grund dafür: In einer Notfallsituation neigen 80% der Menschen dazu, exakt den Weg als Fluchtweg zu wählen, den sie auch gekommen sind, da sie diesen Weg bereits kennen. Wenn man das weiß, kann man den Eingangsbereich entsprechend dimensio-

WUSSTEN SIE DASS ...?

Nur zirka

1%

aller Menschen neigt in Notsituationen zu panikartigem Verhalten.

Rund

80%

aller Menschen nehmen im Notfall als Fluchtweg jenen vertrauten Weg, den sie gekommen sind – egal ob er länger oder riskanter ist als der nächstgelegene (markierte) Fluchtweg.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen zeigt während Notfällen ein hilfsbereites, strukturiertes und kooperatives Verhalten.

Ein Aufruf an eine Menschenmasse sollte **vier Punkte** umfassen, um einen möglichst hohen Befolgungsgrad zu erzielen.

- Aufmerksamkeitssignal
- Gefahrenhinweis
- Handlungsanweisung
- Erklärung der Konsequenzen

nieren, oder aber schon vorab mehrere Einlässe konzipieren, wie es z. B. in der Regel bei Fußballstadien gemacht wird, oder aber man weist auf die Notausgänge hin, wie es in Flugzeugen – aus gutem Grund – verpflichtend ist.

Da Menschen anhand der ihnen zu Verfügung stehenden Informationen handeln, ist es äußerst ratsam, sie mit den notwendigen Informationen zu versorgen. Geht etwa eine Bombendrohung ein, so kann man das bei einer Evakuierungsdurchsage unaufgeregt kommunizieren. Erklärt man hingegen aus einer fälschlichen Angst vor „Massenpanik", dass stattdessen technische Probleme oder ähnliches der Grund wären, muss man damit rechnen, dass viele die Situation nicht ernst nehmen, bleiben oder sich auf andere Weise unerwünscht verhalten, weil die Bedrohungslage nicht verstanden wird und nachvollziehbar ist. Oftmals werden Warnungen nicht ausgesprochen oder es werden Informationen zurückgehalten, und das ist ein Fehler.

Die Menschen folgen Anweisungen am folgsamsten wenn bei einer Durchsage vier Punkte inkudiert sind: Ein Aufmerksamkeitssignal, ein wahrheitsgetreuer Gefahrenhinweis, eine konkrete Handlungsanweisung und eine Erklärung der Konsequenzen. So wurde vergangenes Jahr bei einem großen Open-Air-Konzert in Deutschland eine akute Terrorgefährdung mitsamt der vier genannten Punkte verlautbart. Die Besucher verließen ohne Hektik, aber zügig und friedlich das Gelände. Einige sangen dabei noch

ZUR PERSON
Martin Bardy
ist selbstständiger Unternehmensberater für Veranstaltungssicherheit. Im Auftrag von Gemeinden, Veranstaltungsstätten etc. erstellt er Sicherheitskonzepte, Notfallpläne und Personenstromsimulationen.

„SAFETY UND SECURITY SIND **NICHT DAS GLEICHE!**"

„Eines kann mir keiner nehmen, und das ist die pure Lust amLeben …"
Den Menschen ist die Wahrheit durchaus zumutbar. Eine verzögerte Kommunikation hingegen resultiert in einer verzögerten Reaktion und birgt hohe Gefahren. Reaktive Informationen über die Situation, Bedrohung, Lage von Notausgängen etc. verkürzen die Reaktionszeit maßgeblich, leiten Menschen und vermeiden hohe Dichten. Ein solches Vorgehen kann jedoch nicht ad-hoc organisiert, sondern muss bereits im Vorfeld durchdacht und geplant werden.

Wer in seiner Gemeinde ein Stadtfest, einen Weihnachtsmarkt, ein Musikfestival, Clubbing, Konzert, Fußballspiel, Feuerwehrfest, oder eine Silvesterfeierlichkeit plant, sollte einen akademisch ausgebildeten Fachmann für Veranstaltungssicherheit unbedingt miteinbeziehen. In Österreich gibt es etwa ein Dutzend derart ausgebildeter Experten. Dank Fachhochschullehrgängen für integriertes Sicherheitsmanagement ist diese Zahl steigend. Doch viel zu selten werden sie auch tatsächlich konsultiert. Leider gibt es sehr viele Veranstalter, die in dieser Hinsicht fälschlicherweise Leuten vertrauen, die zwar glauben, richtig zu handeln, aber eigentlich wesentliches außer Acht lassen. So verlässt man sich oft auf jene, „die seit Jahrzehnten diese Veranstaltung organisieren", was allerdings nichts zu bedeuten hat, wenn in der Vergangenheit nichts Gröberes vorgefallen ist. Mit wirklichen Notsituationen waren nämlich so gut wie keine dieser erfahrenen Ausrichter je konfrontiert, und gerade hinsichtlich des Verhaltens von Menschen in Notsituationen divergieren subjektive Annahmen und tatsächliches Verhalten in hohem Maße. Oft meinen Veranstalter auch, dass mit dem Vorhandensein von Securities der Sicherheit genüge getan wäre. Der große Trugschluss dabei: Security ist nicht das gleiche wie Safety. Für eine sichere Veranstaltung muss jedoch für beides gesorgt sein.

DIGITALER WETTBEWERB FORDERT AGILE TEAMS

ARBEITSZEITERFASSUNG DAMALS UND HEUTE

Mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung liegt im Trend. Auf technologischer Seite sind diese Forderungen bereits realisierbar.

Dr. Jörg Wissdorf ist seit Februar 2015 Geschäftsführer der Interflex Datensysteme GmbH und führt sowohl das Unternehmen als auch seine Kunden mit modernen Zeiterfassungs- und Zutrittskontrollsystemen in das digitale Zeitalter.

Lösungen wie die des Anbieters Interflex erlauben bereits ein flexibles Buchen der Arbeitszeiten mit berührungsloser 3D-Fingerabdruckerkennung oder von jedem Einsatzort aus per Smartphone. Doch welche Entwicklungen gab es rund um Zeiterfassungssysteme, Arbeitszeitmodelle und dazugehörige Technologien in den vergangenen Jahren tatsächlich? Und wie sieht die Zukunft aus?

„Insgesamt ist zu beobachten, dass eine flexible Arbeitszeitgestaltung und Arbeitszeiterfassung für Arbeitnehmer immer wichtiger wird und potenzielle Arbeitgeber daran gemessen werden", so Dr. Jörg Wissdorf, General Manager der Interflex Datensysteme GmbH.

Digitale Zeiterfassung über Web und Cloud. Die moderne Zeiterfassung erfolgt digital und wahlweise über Web oder Cloud. Webfähige Systeme erlauben komplexe Vorgaben und rechnen automatisch nach Tarif- und Arbeitsverträgen ab. Zudem erlauben solche Lösungen, dass jeder Mitarbeiter mit PC-Zugang selbstständig seine wichtigsten Aktivitäten selbst festhalten und verwalten kann. Unternehmen wie der Sparkassenverband Bayern steuern bereits mithilfe einer Biometrie-Lösung von Interflex den Zutritt und die Zeiterfassung. Das Buchen der Arbeitszeiten und der Zugang zum Arbeitsplatz erfolgen über eine berührungslose 3D-Fingerabdruckerkennung.

„Gleitzeit ist heute zur Normalität geworden", fasst Jörg Wissdorf zusammen. „Nur noch unter wenigen Bedingungen sind feste Arbeitszeiten notwendig. Mitarbeiter genießen daher viel mehr Freiheit und Eigenverantwortung." Die Unternehmensseite hat ebenfalls von dieser Entwicklung profitiert. Mussten früher noch Daten manuell in die Lohnabrechnung übertragen werden, sind seit geraumer Zeit automatische Schnittstellen üblich. Das beschleunigt den Prozess und macht ihn weniger fehleranfällig. Unternehmen setzen dabei auf flexible Zeiterfassungssysteme und erreichen mehr Effizienz bei der Arbeitszeitflexibilisierung und dem Zeitmanagement, bei Abrechnungen und Genehmigungen. In der weiteren Konsequenz erfolgt die Zeiterfassung über die Cloud und ist damit als zeit- und ortsunabhängiger Service möglich. Mitarbeiter buchen ihre Arbeitszeiten vor Ort im Außendienst, vom Einsatz auf der Baustelle oder vom Homeoffice aus.

Moderne Zeiterfassungssysteme entlasten die Personalabteilung, indem automatische Workflows sämtliche Tarifvereinbarungen berücksichtigen und die Einhaltung der Arbeitsschutzgesetze dokumentieren. Der Einsatz von Mobilgeräten erlaubt heute die Zeitverwaltung auch von Homeoffices oder Shared Spaces aus.

Mehr Freiheit – mehr Verantwortung

Die neuen Möglichkeiten zur flexiblen Zeiterfassung bieten ein Plus an Freiheit und Flexibilität, bergen aber auch Risiken. So zeigt eine aktuelle Studie, dass der selbstverantwortliche Umgang mit ihrer Arbeitszeit Mitarbeiter dazu bringt, durchschnittlich länger zu arbeiten.

„Sowohl Mitarbeiter als auch Management können noch dazulernen, mit diesen neuen Möglichkeiten umzugehen", sagt Manfred Klostermeier von der Interflex Datensysteme GmbH. „Anbieter wie wir haben dabei eine wichtige Beratungsfunktion. So hatte beispielsweise ein Kunde eine superflexible Planung entworfen. Die seinerzeitigen Arbeitsverträge ließen eine solche Flexibilität jedoch gar nicht zu, wie im Angebotsgespräch herausgearbeitet wurde", so Klostermeier.

Zudem ist die Kontrolle durch Zeiterfassungssysteme nicht überall erwünscht. Wollen Unternehmen flexiblere Arbeitszeitregelungen einführen, sind oft die Betriebsräte das Zünglein an der Waage. „Sicher bietet es sich an, die erhobenen Daten aus den Zeiterfassungslösungen auch zu Analysezwecken zu nutzen", erklärt Klostermeier. „Doch unterliegen solche Auswertungen immer der Mitsprache durch den Betriebsrat.

Hier kommt es auch stark auf das Betriebsklima eines Unternehmens an."

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALSFORSCHER

„Safety first“ in den Gemeinden

Aktuell setzt sich die Ausgabe des KOMMUNAL mit den Themenbereichen Sichere Gemeinde und Facility Management auseinander. Das Thema Sicherheit mit all seinen Facetten stellt die Politik der Gemeinden laufend vor neue Herausforderungen. Die Kommunen setzen dabei konsequent Maßnahmen um, die das subjektive Sicherheitsgefühl positiv beeinflussen. Als Beispiele hierfür sind etwa innovative Bürgerbeteiligungsprojekte wie etwa die Smart City Graz oder ein Projekt im Bezirk Schärding, bei welchem Asylwerber als Sicherheitspartner im Einsatz sind, zu nennen.

Die regelmäßig veröffentlichten Kriminalitätsstatistiken belegen, dass Österreich und seine Gemeinden schon seit vielen Jahren zu den sichersten Plätzen auf der ganzen Welt zählen. Dem aktuellen Pitters KOMMUNALTrend zufolge hat auch die zweite heutige Thematik rund um Facility Management einen besonderen Stellenwert in den Kommunen. Dabei geht es nicht mehr nur um spezielle Anforderungen der Bewirtschaftung, wie etwa die Verwaltung von kommunalen Gebäuden, sondern um eine generelle Sichtweise, die die ganze Infrastruktur der Kommunen berücksichtigt.

Mit der Entwicklung dieser Leitprojekte und der anschließenden Umsetzung können die Gemeinden – beispielsweise durch Optimierung von Ablaufprozessen, Steigerung der Nutzerqualität und einem modernen Gebäudebetrieb – einerseits Kostensparpotenziale realisieren. Andererseits lässt sich so auch das gesamte Image der Gemeinde nachhaltig und dauerhaft positiv verändern. Es ist festzuhalten, dass sowohl der Ausbau und eine positive Wahrnehmung der kommunalen Sicherheit als auch ein zeitgemäßes Facility Management den Gemeinden enorme Standortvorteile bringen können. Dies gilt insbesondere, wenn diese Initiativen proaktiv und innovativ gemeinsam mit der Bevölkerung umgesetzt werden.

office@pitters.at
www.pitters.at

ZEUS®
EFFIZIENZ UND MEHRWERT FÜR DIE ÖFFENTLICHE VERWALTUNG

FOKUS SICHERHEIT

Intelligente Terminals, Zutrittsleser und digitale Schließtechnik zentral mit der ISGUS Software ZEUS® zu verwalten und mit einem Transponder- oder Ausweismedium zu bedienen. Eine ideale Verbindung von Zutrittskontrolle, Schließtechnik und Zeiterfassung.

Lösungsumfang

» Zutrittskontrolle und digitaler Schließplan
» Besucherverwaltung
» Zeiterfassung im Internet oder lokal
» Personaleinsatzplanung
» Betriebs-/ Maschinendatenerfassung
» Kommunikation zu Lohn & Gehalt, ERP etc.

ISGUS
www.isgus.at

DIE FSV BEI DER KOMMUNALMESSE

WIE BAUT MAN KOSTENGÜNSTIG STRASSEN?

Das längste Straßennetz Österreichs ist das der Gemeinden. Dies stellt vor allem die Bürgermeister sowie die Mitarbeiter der kleinen Gemeinden vor personelle, technische und in letzter Zeit immer mehr vor große rechtliche Herausforderungen.

Zudem stellt sich in Zeiten, in denen finanzielle Engpässe herrschen, die Frage: „Wie kann die Kommune kostengünstig bauen und erhalten?“

Diese Frage wird beim Seminar „Kommunale Straßen“ mit Information aus erster Hand beantwortet. Die Veranstaltungsreihe enthält unter anderem Informationen zu den Bereichen Recht, Radverkehr, Begegnungszonen, Winterdienst, Straßenbetrieb, bauliche Straßenerhaltung und vieles mehr.

Die Forschungsgesellschaft Straße – Schiene – Verkehr (FSV) ist als Expertenplattform für Verkehrsfachleute bundesweit tätig und legt den Stand der Technik in Form der Richtlinien und Vorschriften für das Straßenwesen (RVS) fest. Viele Praktiker aus den Ländern, Kommunen, aus der Bundesverwaltung, aber auch Infrastrukturbetreiber und Bauwirtschaft arbeiten in der FSV zusammen. Damit ist gewährleistet, dass Regelungen aus der Praxis für die Praxis erstellt werden.

Besuchen Sie den Stand der FSV, um über Neuerungen im Verkehrswesen up to date zu sein. Sprechen Sie mit uns über die neue LB-VI V, das FSV-Prüfbuch, die neuen RVS (und zugehörigen Software) oder das Schulungsprogramm mit speziellen Konditionen für Kommunen.

Wir freuen uns schon auf Sie bei der Kommunalmesse 2018!

Wir finden neue Wege.

KONTAKT
Forschungsgesellschaft
Straße • Schiene • Verkehr
Tel. 01/585 55 67
www.fsv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Interview zum UPC School Network

mit Martin Zobel, School Network Manager bei UPC Business

Redaktion: Herr Zobel, Sie sind bereits seit einigen Jahren bei UPC Business Hauptansprechpartner für Schulen mit Internetbedarf. Welche speziellen Anforderungen haben schulische Einrichtungen hinsichtlich einer Internetverbindung?

Martin Zobel: Neben den üblichen Anforderungen wie Netzstabilität und Geschwindigkeit, ist vor allem ein getrenntes Netzwerk für Schüler und Lehrer von enormer Bedeutung. Der Lehrkörper braucht einen eigenen, völlig unabhängigen zusätzlichen Internetanschluss, über den vertrauliche Dokumente mit größtmöglicher Sicherheit transferiert werden können.

Redaktion: Und UPC Business bietet solche Lösungen für Schulen an?

Martin Zobel: Ja, unsere School Network Lösungen sind genau auf diese Bedürfnisse ausgerichtet. Einerseits bringt das Hochleistungsnetz von UPC höchste Geschwindigkeiten für steigenden Bandbreitenbedarf und sorgt für stabile Verfügbarkeit. Andererseits haben wir in unseren Lösungen auch die beiden getrennten Netwerke für Lehrer und Schüler berücksichtigt. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Anbindung unseres Netzes an das ACOnet der Universität Wien, dem Österreichischen Hochleistungsnetz für gemeinnützige Einrichtungen der Wissenschaft, Forschung, Bildung & Kultur.

Redaktion: Es ist davon auszugehen, dass die zunehmende Digitalisierung und ihre Auswirkungen auch vor dem Schulsystem nicht halt machen wird. Die Nutzung verschiedenster internetfähiger mobiler Geräte, die Integration von Online Services in den Unterricht etc. setzen W-LAN voraus. Haben Sie auch hierfür eine Lösung?

Martin Zobel: Klar, wir realisieren W-LAN Netzwerke für die gesamte Schule bzw. für den gesamten Campus. Daran wird zukünftig auch kein Weg mehr vorbeiführen.

Redaktion: Wie lange ist UPC Business bereits in diesem Bereich aktiv?

Martin Zobel: Wir arbeiten seit über 15 Jahren erfolgreich mit dem Wiener Stadtschulrat zusammen. Mit dem Bildungsministerium haben wir bereits im Jahre 1998 den ersten Rahmenvertrag mit speziellen Konditionen abgeschlossen. Über 250 Bildungseinrichtungen österreichweit profitieren von unserer Schullösung - Tendenz steigend.

Redaktion: Ich kann mir vorstellen, dass Schulen ganz andere Tagesthemen haben, als die Implementierung einer Breitbandlösung oder eines WLAN-Netzwerkes. Wie können Sie hier unterstützen?

Martin Zobel: Wir bieten Schulen eine Gesamtlösung an, bei der sie sich die aufwendige Abwicklung über mehrere Provider ersparen. Weiters ist es uns wichtig, eine persönliche Betreuung durch unser kompetentes Team sicherzustellen. Zusätzlich gibt es eine 24/7 Business-Hotline, die bei spontanen Fragen rund um die Uhr zur Verfügung steht. Nachdem die Digitalisierung rasant voranschreitet und die Anforderungen mitwachsen, wird unsere School Network Lösung laufend überarbeitet und optimiert. Mit diesem Gesamtpaket wollen wir überzeugen.

upc business
upcbusiness.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

INDIVIDUELLER SERVICE STATT STANDARDLÖSUNG

FÜR DIE SICHERHEIT IN IHRER GEMEINDE

Wenn man ÖWD hört, denkt man an den Wachdienst – dabei ist das Familienunternehmen mit seinen 5 Tochterfirmen einer der größten Full-Service-Anbieter Österreichs. ÖWD SECURITY & SERVICES besitzt langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Kommunen. Vielfältige Lösungen wurden gemeinsam mit den Gemeinden entwickelt, um allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Gesicherter Zutritt. Das Gemeindeamt steht für sämtliche Bürger offen, die Fragen oder ein Anliegen haben. Trotzdem gibt es Bereiche, in welchen nicht jeder beliebig ein- und ausgehen können sollte. Mit einem Zutrittssystem von ÖWD time access können Sie sicher sein, dass nur befugte Personen Zutritt erhalten.

Eine sinnvolle Ergänzung zu den Zutrittssystemen bieten die sicherheitstechnischen Anlagen von ÖWD security systems.

Auch bei Veranstaltungen ist das firmenübergreifende Angebot von ÖWD extrem nützlich: während sich ÖWD security um sämtliche Sicherheitsbelange, wie Einlasskontrollen und Absperrungen, Bewachung von Bühne und Equipment oder auch die Fluchtwegsicherung kümmert, sorgen die verlässlichen Mitarbeiter von ÖWD cleaning services während und nach dem Event für Sauberkeit.

Beratung ist immer die Basis. Umfassende Gespräche sind generell nötig, damit ein passendes Konzept für die individuellen Ansprüche Ihrer Gemeinde erstellt werden kann. Anhand dieser und unter Berücksichtigung des Kundenwunsches wird schließlich ein optimales Lösungskonzept entwickelt. Die Qualität der Leistung steht dabei stets im Vordergrund – für den Schutz von Menschen und deren Werte.

KONTAKT
Mehr Informationen über unsere Angebote und darüber, was wir alles für Ihre Gemeinde leisten können erhalten Sie unter **kontakt@owd.at** und +43 57 8830.
www.owd.at

EINE **SICHERE** GEMEINDE

- **Veranstaltungssicherheit**
- **Erhaltung der Nachtruhe**
- **Streifendienst**
- **Straßenaufsicht**
- **Parkraumüberwachung**
- **Gebäudereinigung**
- **Videoüberwachungssysteme**
- **Zutrittssysteme**
- **Notruf ServiceCenter**

Full-Service-Angebote für die individuellen Anforderungen Ihrer Gemeinde

www.owd.at

ÖWD
SECURITY & SERVICES

WIEVIEL IT-SICHERHEIT MUSS SEIN?

CYBER-SECURITY IN DER DIGITALEN TRANSPARENZ

Im digitalen Zeitalter sind beinahe alle Menschen in ihrem alltäglichen Leben auf sichere IT-Systeme und verlässliche IT-Services angewiesen. Auch für Gemeinden hat die Cybersicherheit rasant an Bedeutung gewonnen, was am wachsenden Bewusstsein für Themen wie die Sicherheit der IT sichtbar wird.

Doch wieviel Schutz bieten meine externen IT-Services tatsächlich? Können die umgesetzten IT-Kontrollen im Finanzgebaren ausgehebelt werden? Welchen Risiken bin ich intern und extern durch den Einsatz der IT ausgesetzt und in welchen Bereichen investiere ich in die „richtige" IT-Sicherheit? Die Firma XSEC infosec GmbH beschäftigt sich genau mit diesen Fragestellungen und zeigt durch simulierte Hackerangriffe Infrastruktur-Schwachstellen und -Risiken auf. Dabei stützen sie sich auf langjährige Erfahrung aus Zusammenarbeit mit Kunden aus unterschiedlichsten Branchen, wie dem staatlichen Sektor und Kommunalbereich, Finanz- und Energiewirtschaft, kritischer Infrastruktur sowie Gesundheitsbereich und Industrie.

Unsere Berichte geben konkrete Handlungsanweisungen zum Schließen der Schwachstellen und dienen u. a. als Nachweis zum Nachkommen der Sorgfaltspflicht eines Geschäftsführers (Stichwort Compliance).

Jeder ist betroffen. Jedes Unternehmen sieht sich heutzutage mit einer steigenden Zahl von Angriffen aus zwei Stoßrichtungen konfrontiert: externen Cyberattacken mit potenziell weitreichenden Folgen und Angriffen aus den eigenen Reihen, den sogenannten Insider-Angriffen.

Es stellt sich nicht die Frage, „ob ich gehackt werde", sondern eher „wann ich gehackt werde bzw. wurde". Im Schnitt bleiben Hacker 180 Tage in Firmennetzen unentdeckt. 180 Tage, in denen sie Daten stehlen, manipulieren, missbrauchen oder löschen können. Im schlimmsten Fall gelingt es ihnen sogar, IT-Services über längeren Zeitraum komplett lahm zu legen. Und wenn ein Hacker-Angriff entdeckt wurde, dann dauert es im Schnitt nochmals rund einen Monat, bis das Datenleck geschlossen und die Sicherheit wiederhergestellt ist. Darauf sollten Sie richtig vorbereitet sein, um den Schaden möglichst gering zu halten und die Auswirkung einzudämmen und richtig damit umzugehen.

Angriffe auf Technik und den „Faktor Mensch". Bei den Angriffen ist ein eindeutiger Trend erkennbar. Die Angreifer zielen nicht nur mehr allein auf das Ausnutzen von technischen Schwachstellen ab, sondern schaffen Angriffsszenarien, indem Sie Mitarbeiter, Technik und Prozesse miteinbeziehen. Die häufigsten Arten von solchen Angriffen sind Phishing, Malware und Ransomware und Social Engineering. Dabei macht sich der Angreifer oft die Gutgläubigkeit und Neugierde von Mitarbeitern zunutze. Hier könnte auch der Autor aus dem Nähkästchen plaudern – falls er dürfte. Eines sollte aber an dieser Stelle aufgezeigt werden – ein Unternehmen kann mit Kampagnen zur Steigerung der Security Awareness darauf vorbereitet werden. Wir starten solche Kampagnen gezielt mit einem Wachrütteln – zum Beispiel mit dem Versenden manipulierter USB-Sticks und Veranstalten vermeintlicher Gewinnspielen um weitere Informationen zu bekommen.

AKTION

FÜR KOMMUNAL-LESER

Risikobasierter externer Penetrationstest für ausgewählte IT-Services inkl. umfassenden Maßnahmenbericht bereits ab 2490 Euro.

Kontaktaufnahme unter **office@xsec.at** mit Betreff „Aktion Kommunal-Leser"

Quick Wins. Wir haben die Erkenntnisse aus einer Vielzahl von durchgeführten Sicherheitsprüfungen für Sie zusammengefasst. Im Folgenden finden Sie eine Reihe an „low-hanging fruits", die Sie unbedingt im Blick haben sollten, um Ihre IT-Sicherheit effizient, gezielt und nachhaltig zu erhöhen.

- **Zugriffs- und Berechtigungskontrollen**: Sie müssen sich bewusst sein, wie wichtig es ist zu wissen, wer welche Berechtigungen hält und ob diese tatsächlich notwendig sind. Wenn Benutzer genau die Rechte haben, die sie brauchen, um ihren Job gut machen zu können – aber eben auch nur diese –, senkt das die Risiken, dass Rechte missbraucht werden um ein Vielfaches.
- **Negativbeispiele** umfassen bekannte Alarmanlagen-PINs und WLAN-Passwörter, die jahrelang nicht geändert werden ebenso wie aktive Benutzerkonten zu Personen, die das Unternehmen vor Jahren verlassen haben. In allen Fällen haben unternehmensfremde Personen Zugriff auf kritische Systeme und Information.
- **Klassifizierung**: Aus unserer Beratungspraxis schält sich immer wieder eine wichtige und häufig vernachlässigte Maßnahme heraus: Ein in der Cybersicherheit erfolgreiches Unternehmen muss wissen, welche Informationen seine „Kronjuwelen" sind und wo diese gespeichert, verarbeitet und übertragen werden. Ohne diese Vorarbeit sind andere Sicherheitsmaßnahmen oft lange nicht so wirksam umzusetzen wie mit dieser Kenntnis.

XSEC: SICHERHEIT AUS EINER HAND.

XSEC steht für den Brückenschlag zwischen Business und Security. Als herstellerunabhängiger Dienstleister sind wir Ihr starker Partner für ganzheitliche IT-Sicherheit. Mit Kompetenz und Erfahrung beraten, unterstützen und begleiten wir Sie bei organisatorischen sowie technischen Fragen rund um Ihrer Informationssicherheit.
www.xsec.at

- **Privilegierte Konten:** Es hat sich inzwischen vielfach schmerzlich gezeigt, dass privilegierte Konten und die mit ihnen verbundenen erweiterten Zugriffsberechtigungen eines der primären Ziele von Cyberkriminellen sind.
- **Vorbereitet sein:** Rechnen Sie damit, dass Sie angegriffen werden: Denken Sie niemals, Sie seien „nicht wichtig genug" um Opfer einer Hackerattacke zu werden. Bereiten Sie sich vor – identifizieren und bewerten Sie potenzielle Bedrohungen und treffen Sie praktische Vorkehrungen, um sich bestmöglich vor einem Angriff zu schützen.
- Nehmen Sie **Passwortsicherheit** ernst: Nutzen Sie starke Passwörter und stellen Sie sicher, dass Ihre Mitarbeiter dasselbe tun. Erwägen Sie die Nutzung eines Passwortmanagers und erklären Sie Ihren Mitarbeitern, welche Auswirkungen die Wiederverwendung oder Weitergabe von Passwörtern haben können, dienstlich ebenso wie privat.
- **Sicherheitsbewusstsein:** Schärfen und prüfen Sie das Bewusstsein für Informationssicherheit bei Ihren Mitarbeitern: Informieren Sie Ihre Mitarbeiter über die Bedrohungen, denen sie bei der Arbeit und zu Hause ausgesetzt sind. Wir unterstützen Sie mit zugeschnittenen Security Awareness-Trainings für sämtliche Ebenen. Mit Social-Engineering-Tests kann erhoben werden, ob Sie sicher sind oder ob bereits ein Phishing-Mail genügt, um Ihr Unternehmen zu übernehmen.
- **Sichere Konfiguration:** Stellen Sie sicher, dass Ihre Systeme sicher konfiguriert und aktualisiert sind: Zur Minimierung von Schwachstellen ist es wichtig, dass Sie stabile, sichere und standardisierte Betriebssystemkonfigurationen nutzen. Installieren Sie Sicherheitsaktualisierungen regelmäßig und halten Sie Ihre Systeme und Anwendungen stets auf dem neuesten Stand.
- Lassen Sie sich **von Experten testen:** Nutzen Sie externe Penetrationstests und/oder Schwachstellenanalysen, um Sicherheitslücken zu identifizieren, bevor diese von böswilligen Angreifern ausgenutzt werden. Im Rahmen simulierter Hackerangriffe werden tatsächliche Schwachstellen identifiziert und vertraulich berichtet – und können im Nachgang behoben werden.

IN MEHR ALS 800 STÄDTEN UND GEMEINDEN:

MIT INNOVATIVER BELEUCHTUNG PRÄSENT

Die eww Kommunaltechnik ist führender Dienstleister bei innovativen und individuellen Beleuchtungslösungen und Vorreiter bei energiesparender LED-Technik. Im Paket sind oft auch Energielieferung und Wartung enthalten.

Mehr als 800 Gemeinden und Städte in Österreich zählen bereits zu den Kunden der eww Anlagentechnik. Eine davon ist Groß-Enzersdorf, das Tor zum Marchfeld im nö. Bezirk Gänserndorf. Die 11.000 Einwohner zählende Stadt arbeitet seit vier Jahren mit dem Welser Unternehmen zusammen.

Bürgermeisterin Monika Obereigner-Sivec ist mit dem Beleuchtungskonzept der eww Kommunaltechnik hochzufrieden: „Damals haben wir unsere alte Straßenbeleuchtung auf LED umgestellt. Dabei wurde mit dem Bestbieter eww am Rande auch über die Weihnachtsbeleuchtung gesprochen", schildert sie. „Wir wollten unsere alte Beleuchtung eigentlich stark reduzieren. Das war aber gar nicht im Sinne unserer Bürger. Also haben wir uns entschlossen, Ende 2016 neue Ideen umzusetzen und die Beleuchtung energietechnisch auf den neuesten Stand zu bringen", erklärt die Bürgermeisterin.

Den Zuschlag für das Projekt bekam schließlich das „moderne und innovative" Konzept der eww Kommunaltechnik – unter anderem auch für die Beleuchtung der alten Stadtmauer.

Seither sind unter anderem das Rathaus sowie die Toreinfahrten in der Stadtmauer festlich beleuchtet, Leuchtmittel in den Bäumen sorgen zudem für zauberhafte Stimmung. „Wichtig war und ist uns, dass die eww Kommunaltechnik bei der Umsetzung ihres Konzepts auch ortsansässige Unternehmen ins Boot holt. Hier zeigt eww große Kooperationsbereitschaft", lobt Obereigner-Sivec. „Mir gefallen die gute Betreuung, die Kompetenz der Mitarbeiter sowie die Verbesserungsvorschläge, mit denen eww immer wieder auf uns zukommt. Wir sind eigentlich permanent im Dialog."

Die eww Kommunaltechnik bietet bei den Beleuchtungslösungen die gesamte Palette an – von der Sanierung (zum Beispiel Tausch der Lichtköpfe, neue Verkabelungen, Verteiler, Steuerungen) über die Neugestaltung mit modernster, extrem sparsamer Lichttechnik. „Wir zeigen den Interessenten und Kunden mit spannenden Simulationen, wie das aussehen kann", informiert Bruno Roithmeier, Abteilungsleiter eww Kommunaltechnik. „Wir bieten ebenso Wartung, Service und Betriebsführung an."

> **„Wir bieten den Gemeinden** neben energiesparender Technik auch innovative Mietkonzepte für die Beleuchtungen an – und sind damit sehr erfolgreich."

Bruno Roithmeier
ABTEILUNGSLEITER
EWW KOMMUNALTECHNIK

FOTO/eww

Innovatives eww Beleuchtungskonzept: Die Stadtmauer von Groß-Enzersdorf wird in prächtigen Farben bestrahlt.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

GEBÄUDELÖSUNGEN:

EWW HAT UNS SEHR GUT GEFÜHRT

Mit Gesamtlösungen für kommunale Projekte ist die eww Anlagentechnik seit vielen Jahren auf Erfolgskurs.

Gemeinden und Städte schätzen, dass sie alle Leistungen aus einer Hand bekommen und nur einen Ansprechpartner haben. „Wir bieten komfortable und wirtschaftliche Lösungen – und die Gemeinden können bei Abwicklung der Bauprojekte soviel Information und Mitsprache haben, wie sie das wünschen“, erläutert eww Abteilungsleiter Michael Rosenauer. „Wir bieten auch die komplette Planung inklusive Architekturwettbewerb und auch Ausschreibung, das Projektmanagement, die Bauaufsicht, die gesamte Baubetreuung und das attraktive Contracting an. Wir sind kompetenter und zuverlässiger Partner für jedes kommunales Bauvorhaben.“

eww Gebäudelösungen steht für Top-Technik, Flexibilität und Termintreue – und war bereits bei Dutzenden Projekten Generalübernehmer. So wie das auch in der Gemeinde St. Ulrich bei Steyr der Fall war: „Wir sind bei der Sanierung unseres Amtshauses von eww sehr gut geführt und unterstützt worden“, freut sich Bürgermeisterin Annemarie Wolfsjäger. „Vor allem auch in Situationen, wo schnell reagiert werden musste.“

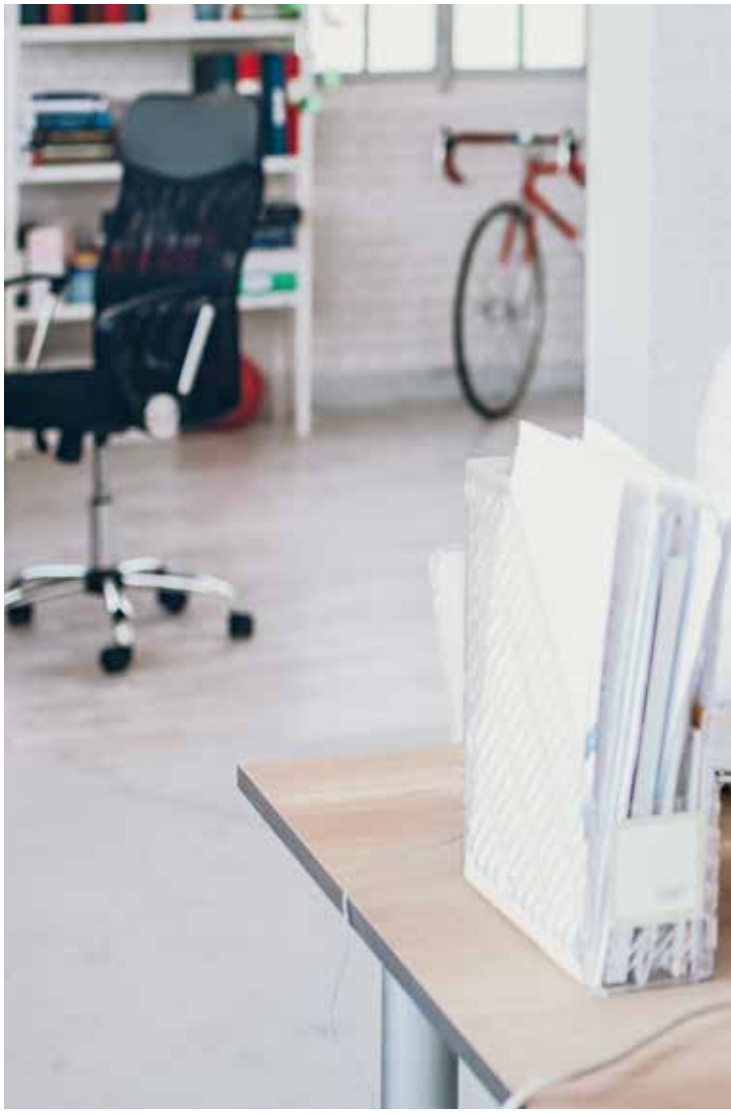
FOTO / Erwin Brandner

Ein Schmuckstück nach der Sanierung: Das Amtsgebäude in St. Ulrich bei Steyr.

ZUKUNFT DER KOMMUNIKATION

WIR HABEN DIE WAHL!

Neue digitale Kommunikationsmittel sprechen ein menschliches Grundbedürfnis an: jederzeit und überall kommunizieren zu können.



Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem sich viele Menschen fragen, wie wir die Kontrolle über unsere Kommunikation erhalten und das menschliche Erlebnis in den Mittelpunkt der digitalen Transformation stellen.

Beim Einstieg in die nächste Generation der Kommunikation kommt es auf die Wahl der geeigneten Kommunikationsmittel an. Nur dann werden sich die neuen Möglichkeiten auch zu einem neuen Freiheitsgefühl entfalten.

Ob in unserem Privatleben oder am Arbeitsplatz: nie zuvor haben wir so viel kommuniziert wie heute. Laut Inside-Bigdata wächst das Datenvolumen, das durch den intensiveren Informationsaustausch entsteht, innerhalb dieses Jahrzehnts um den Faktor 50. Wir kommunizieren rund um die Uhr, an jedem beliebigen Ort – und vor allem immer mehr.

Doch die neu gewonnene Freiheit, unabhängig von Raum und Zeit kommunizieren zu können, kennt auch eine Kehrseite. Digitale Durchschnittsnutzer greifen auf bis zu zehn Apps täglich zu und überprüfen ihr Smartphone mehrere hundert Mal auf neue Mitteilungen, so die Marktforscher von Dscout. Die Folge: Während die Produktivität am Arbeitsplatz im vergangenen Jahrzehnt um zwei Prozent jährlich wuchs, nahm sie zuletzt offiziellen Arbeitsmarktstatistiken zufolge um nur noch 0,4 Prozent zu (Quelle: Scoro, 2017).

Menschliches Erlebnis als Ausgangspunkt für Digitalisierung. Wie schmal der Grat zwischen Freiheit in der Kommunikation und Unproduktivität beieinander liegt, zeigt das Beispiel E-Mail. Drei Viertel der E-Mails, die Mitarbeiter in einem Office-Job erhalten, sind für sie laut einem Forbes-Artikel völlig irrelevant. Im Durchschnitt verbringen wir zweieinhalb Stunden täglich mit der Bearbeitung von E-Mails. Angesicht neuer Kommunikationskanäle wie Messaging-Apps und Social Media scheint der Schritt zum digitalen Overload nicht weit.

Die gute Nachricht: Wir sind an einem Punkt angekommen, an dem sich viele Menschen fragen, wie wir die Kontrolle über unsere Kommunikation erhalten und das menschliche Erlebnis in den Mittelpunkt der digitalen Transformation stellen. Schließlich ist der Informationsaustausch von Mensch zu Mensch die effektivste Form der Kommunikation. Neue Kommunikationsmittel sollen diesen Vorgang effizienter machen, jedoch nicht ersetzen.

Sprache im Mittelpunkt der nächsten Phase der digitalen Transformation. War die erste Welle der Digitali-

Wir kommunizieren rund um die Uhr, an jedem beliebigen Ort – und vor allem immer mehr.

sierung unserer Kommunikation noch von textbasierten Kommunikationsmitteln wie Messaging-Apps und Social Media geprägt, nehmen wir den nächsten großen Schritt der digitalen Transformation mit einer der ursprünglichsten Formen der Kommunikation: unserer Sprache.

Was mit dem Hörbuch- und Podcast-Trend begann, setzt sich mit sprachgesteuerten intelligenten persönlichen Assistenten fort. Sprache umgibt uns überall – im ursprünglichen Sinne von Mensch zu Mensch und jetzt eben auch im Dialog von Mensch und Maschine. Bis 2025 wächst der weltweite Sprachverkehr um acht Prozent pro Jahr, so eine Ovum-Studie. Würde man das jährliche Sprachvolumen aller Menschen auf der Erde in einem einzigen Anruf zusammenfassen – er wäre 68,5 Billionen Minuten lang!

Sprache verbindet Menschen auf persönlicher Ebene und spricht ein menschliches Grundbedürfnis an: Nach unsere Körpersprache ist Sprachkommunikation die zweitwichtigste Form der Verständigung. Wir haben die Wahl, mit wem wir kommunizieren, worüber und auf welchem Kanal. Nutzen wir das Beste der neuen Möglichkeiten für den Einstieg in die nächste Generation der Kommunikation, in der Sprache eine entscheidende Rolle spielen wird.

„Nutzen wir **das Beste der neuen Möglichkeiten.“**

Flexibel und skalierbar mit Telefonie aus der Cloud
Telefonanlagen im eigenen Haus, langjährige Wartungsverträge, unübersichtliche Abrechnungen. All das ist Kommunikation von gestern. Heute bezahlt man nur die Cloud-Services, die auch wirklich genutzt werden – übersichtlich und einfach. Moderne Features wie eine Telefonnummer für mehrere Endgeräte, Webkonferenzen, Unified Communications, mobile Nutzung von unterwegs und Systemzugang von überall auf der Welt machen die Kommunikation flexibel und skalierbar.

Entdecken Sie die Freiheit der Kommunikation!
Erleben Sie modernste Sprachkommunikation mit NFON und melden Sie sich für eine kostenlose Beratung an. NFON unterstützt Sie bei Ihrem Einstieg in die nächste Generation der Kommunikation – gratis und unverbindlich.

Jetzt informieren unter **nfon.com**

KOMMUNAL MESSE 2018
Messe Dornbirn
27./28.09.2018
Besuchen Sie uns.
Halle 14
Stand H 14-43

ÜBER DIE NFON GMBH
Die NFON GmbH, Tochter der NFON AG, wurde 2009 in St. Pölten aus der Taufe gehoben.

Die NFON AG mit Headquarter in München ist der einzige paneuropäische Cloud-PBX-Anbieter und zählt über 15.000 Unternehmen in 13 europäischen Ländern zu seinen Kunden.

NFON, die Telefonanlage aus der Cloud, bietet über 150 Funktionen sowie eine nahtlose Integration von Premium-Solutions. Mit unseren intuitiven Kommunikationslösungen ermöglichen wir es Europas Unternehmen, jeden Tag ein wenig besser zu werden. NFON ist die neue Freiheit der Business-Kommunikation.

NFON GmbH
+43 (800) 100 277
nfon.com

NFON
Die Cloud-Telefonanlage

BASIS-IT-INFRASTRUKTURAUSSTATTUNG FÜR SCHULEN

„ZENTRAL, BREITBANDIG UND GESICHERT“

Die Digitalisierung betrifft die gesamte Gesellschaft und alle Lebensbereiche. Grundvoraussetzung für eine zukunftsfitte Bevölkerung ist das Erlernen der Fähigkeiten schon in Schulen. Dafür braucht es eine leistungsstarke WLAN-Verbindung. Aber wovon reden wir da eigentlich?

Der kompetente Umgang mit den Technologien, den digitalen Medien und dem Internet ist heute eine Schlüsselqualifikation, die das Leben des Einzelnen erleichtert und bereichert. Daher ist es wichtig, den Schülerinnen und Schülern die notwendigen Kompetenzen und Skills zu vermitteln. Digitale Bildung ist mit den beiden Unterrichtsprinzipien eLearning und Medienbildung sowie über Fachgegenstände in den Lehrplänen verankert.

Digitale Technologien spielen in der Bildung eine immer größere Rolle. Die Digitalisierung unterstützt innovative Lehr- und Lernformen und interaktive Lernsettings, öffnet die Klassenzimmer für orts-/zeitunabhängiges Lernen und ermöglicht neue und bessere Unterrichtsmethoden. Eine moderne Infrastruktur an den Bildungseinrichtungen ist die Grundlage, damit die Schülerinnen und Schüler sowie auch die Schulen von den Potenzialen der Technologien profitieren können.

Die Arbeitsgruppe „IT-Infrastruktur an Schulen“ hat im Jahr 2016 vor diesem Hintergrund in Hinblick auf den Internetzugang und die WLAN Ausstattung als Entwicklungsszenario bis 2020 eine Empfehlung für die jeweils für die Umsetzung und Implementierung verantwortlichen Erhalter ausgearbeitet.

Diese Unterlage versteht sich schulartenübergreifend für ganz Österreich und umfasst die Basis-IT-Infrastruktur für das allgemeine Unterrichtsgeschehen (Volksschule, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II). Ausgenommen sind darüber hinausgehende spezielle Anforderungen bestimmter Schul- und Ausbildungsformen (z. B.: spezielle Schwerpunkte bei HTLs).

Diese Empfehlung ist ein allgemeiner Rahmen und muss im Hinblick auf die besonderen Gegebenheiten der jeweiligen Schulstandorte konkretisiert und an den neuesten technischen Stand angepasst werden.

Internetanbindung zum Schulgebäude. Die Internetanbindung muss zentral, breitbandig und gesichert erfolgen. Breitbandig bedeutet in diesem Kontext, über die gesetzlichen Mindestangaben der Rundfunk- und Telekom-Regulierungs-GmbH hinausgehend und die schulspezifischen Gegebenheiten – Klassen und Geräteanzahl – berücksichtigend. Zielsetzung ist es, ausreichende Kapazitäten für einen zeitgemäßen, digital inklusiven Unterricht und innovative Lernszenarien zu gewährleisten.

Auch hier gilt es, den unterschiedlichen Rahmenbedingungen an den Standorten Rechnung zu tragen, die Erfordernisse anhand eines Berechnungsmodells (basierend auf der aktuell empfohlenen Breitbandkapazität) zu definieren und in einem Entwicklungsplan festzulegen.

Die schulinterne Netzwerkinfrastruktur bedarf einer strukturierten Verkabelung durch das Schulgebäude über Stockwerke bis in die einzelnen Räume (Gigabitfähig bis zum Raum). Die Infrastruktur muss gesichert und zentral verwaltbar sein (Firewall und managed Network Services). Dabei muss auf geltende Bestimmungen des Datenschutzgesetzes Rücksicht genommen werden.

LINK ZUM THEMA

www.kommunal.at/artikel/welche-it-infrastruktur-brauchen-schulen
Die vollständigen Empfehlungen finden Sie als PDF beim Artikel.

FOTO: SHUTTERSTOCK/ETAPHOP PHOTO

» Die schulinterne Netzwerkinfrastruktur bedarf einer **strukturierten Verkabelung durch das Schulgebäude über Stockwerke bis in die einzelnen Räume.“**

Der Zugang zum Hauptverteiler (und zu allfällig nötigen weiteren Verteilern) ist zu sichern und es ist eine Absperrmöglichkeit für die darin befindlichen Netzwerkkomponenten zu schaffen. Dieser Bereich muss den thermischen Erfordernissen der darin befindlichen Infrastruktur genügen. Besonderes Augenmerk muss auf die Dimensionierung der elektrischen Anschlüsse gelegt werden. Um in diesem Bereich entsprechende Service- und Instandhaltungstätigkeiten durchführen zu können, ist für eine ausreichende Zugänglichkeit zu sorgen.

IT-Arbeitsumgebung für Schülerinnen und Schüler in allgemeinen Unterrichtssituationen. Die Empfehlungen beinhalten folgende Erfordernisse für diese Arbeitsumgebung:

* Ladezone für diverse mobile elektronische Geräte mit mindestens einer Steckdose pro fünf Volksschülerinnen und Volksschüler bzw. pro drei Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I und II
* WLAN-Abdeckung (in der Volksschule sukzessive Umsetzung)
* Im Raum vorzusehen: Möglichkeit für die Anbringung eines AccessPoints (2 RJ45 Anschlüsse und Schukosteckdose)

Darüber hinaus listen die Empfehlungen auch noch Anforderungen für Arbeitsumgebungen von Schülern in der Freiarbeitszeit, jene für Pädagogen und Pädagoginnen sowie spezielle Anforderungen für eine IT-Präsentationsumgebung auf.

Im Hinblick auf die besonderen Gegebenheiten der jeweiligen Schulstandorte müssen die Empfehlungern konkretisiert und an den neuesten technischen Stand angepasst werden.

Gigaset DA710

Das Komfort-Telefon

Jetzt bestellen auf: **kommunal bedarf.at**

- Telefonbuch für 100 Einträge
- Klappbares Grafik-Display mit einstellbarem Kontrast
- 8 Direktwahltasten doppelt belegbar
- Headset-Anschluß

www.gigaset.at

Gigaset

Wherever you go.

LÖSUNGSMODELL KOOPERATIONSGEMEINDEN

VERKEHRSSICHERHEIT SPÜRBAR GESTEIGERT

In Österreich ist es jeder Gemeinde möglich, im Einklang mit der bestehenden Rechtslage und in Zusammenarbeit mit der Verkehrsbehörde und der Polizei selbstständig für die Verkehrsüberwachung zu sorgen. Bewiesen hat das ein Pilotprojekt in Perchtoldsdorf, das bereits Ende 2015 erfolgreich in den Regelbetrieb überging. Seitdem setzen immer mehr Kommunen auf die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung an Gefahrenstellen, und das höchst erfolgreich. Die Kooperation stellt eine klassische Win-win-Situation dar: für die Gemeinde, die ohne große Kosten und Aufwand die örtliche Verkehrssicherheit signifikant erhöht, für die Behörde, doch vor allem für die lokale Bevölkerung.

In den vergangenen Monaten informierten Experten des Innenministeriums, des Kuratoriums für Verkehrssicherheit (KfV), der Polizei, und von einem der marktführenden Hersteller im Bereich Verkehrstechnik, der JENOPTIK AG, im Zuge bundesweiter Fachtagungen Gemeindevertreter darüber, wie sie so eine Kooperation am besten umsetzen. Das Interesse war enorm, und so wird in vielen Gemeinden diese Vorgehensweise bereits angewandt bzw. geplant. Der Gemeindebund unterstützt das eigeninitiative Vorgehen der Kommunen ausdrücklich, denn so wird der volkswirtschaftliche Schaden verringert und die Lebensqualität nachhaltig gesteigert.

Leobens Vizebgm. Maximilian Jäger, Bezirkshauptmann HR Dr. Walter Kreutzwiesner und der stv. Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes, Mag. Nicolaus Drimmel (von links).

WO GIBT ES INFOS DAZU?
Sollten Sie die Fachtagungen verpasst haben, erfahren Sie alles Notwendige über die finanziellen und technischen Lösungen zur Geschwindigkeitsüberwachung bei:
Andreas Hartl
Tel. 01/698 21 33
andreas.hartl@jenoptik.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

INTERFLEX-ZUTRITTSKONTROLLE

JETZT MIT ERWEITERTER BESUCHERVERWALTUNG

Die Interflex Datensysteme GmbH ist der Spezialist für moderne Zutrittskonzepte, Zeiterfassung und Zeitwirtschaft. Das neue Zutrittskontrollsystem IF-6040 hat drei neue Zusatzmodule für die Besucherverwaltung.

Besucheranmeldung im Selfservice ist jetzt über das Interflex-System IF-6040 möglich.

Besucher können aus sechs Sprachen wählen.

Mit IF-6040 ist es möglich, Besucher über den Selfservice anzumelden, Anmeldungen aus Outlook vorzunehmen sowie Anmeldungen durch die Besucher selbst zu erlauben – etwa aus dem Foyer der jeweiligen Niederlassung. Die erweiterten Funktionen unterstützen noch umfassender als bisher eine zeitsparende, sichere Besucherverwaltung.

„Unter dem Gesichtspunkt permanenter Effizienzsteigerung und Vereinfachung von Prozessen erlaubt unser erweitertes Besuchermanagement Unternehmen und ihren Gästen in noch größerem Umfang, sich in Terminen auf das Wesentliche zu konzentrieren. Der Administrationsaufwand wird bei konstant hoher Sicherheit weiter minimiert“, erklärt Dr. Jörg Wissdorf, General Manager von Interflex.

Spontanbesucher melden sich selbst an. Für Besucher, die spontan zu einem Termin im Unternehmen erscheinen, bietet die Software IF-6040 nun die Möglichkeit, sich direkt an einem PC oder Tablet im Empfangsbereich anzumelden. Dazu wählt der Anwender zunächst aus sechs Sprachen seine bevorzugte Dialogsprache. Danach erfasst er seine persönlichen Besuchsdaten, angefangen bei Vor- und Nachname über die Auswahl oder die Neuanlage seiner Firma bis hin zur Auswahl des Gastgebers und einer Bestätigung der Sicherheitsunterweisung. Während der Eingabe erstellt das System automatisch eine Voranmeldung für die Empfangsmitarbeiter. Auf diese Weise sind die Mitarbeiter am Empfang entlastet, während die Selbsteingabe durch den Besucher eine erhöhte Datenqualität unterstützt.

Zutrittsrechte für Besucher vergeben. Auch die Zutrittsrechte von Besuchern und Angestellten von Fremdfirmen lassen sich mit der Interflex-Lösung verwalten, dokumentieren und archivieren. Die Dauer der Zutrittsberechtigung ist an den Beginn und das Ende eines Besuchs gekoppelt. So verliert ein Ausweis nach einem Termin automatisch seine Gültigkeit.

Ist es nicht erforderlich, dass ein Besucher gesonderte Zutrittsrechte erhält, profitieren Unternehmen von der Funktion „Betreuer-Folgebuchung“. Dabei bucht der Gastgeber zuerst und passiert zum Beispiel das Drehkreuz. Anschließend darf der Besucher mit seinem Ausweis ebenfalls passieren, ohne dass er für das Drehkreuz eine eigene Zutrittsberechtigung benötigt.

MEHR INFOS
Interflex Datensysteme GmbH
Allegion
Zettachring 16
70567 Stuttgart
Telefon: +49 (0) 711 1322-144
Fax: +49 (0) 711 1322-188
Mobil: +49 (0) 178 8763-471
E-Mail: Wencke.Sarrach@allegion.com

interflex

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Ein Energiemanagement, das hilft Einsparpotenziale zu identifizieren und somit Energiekosten nachhaltig zu reduzieren.

Siemens Building Technologies ebnet seinen Kunden den Weg in eine energieeffiziente, leistungsstarke und nachhaltige Zukunft.

Wenn es darum geht, Ausgaben zu senken, Kosten planbarer zu gestalten und das Beste aus den zur Verfügung stehenden Mitteln zu machen, bieten bestehende Gebäude und die dazugehörigen Anlagen einen wirksamen Hebel. Mehr als 40 Prozent der Lebenszykluskosten bei Gebäuden und Anlagen entfallen im Durchschnitt auf den Energieverbrauch. Optimaler und effizienter Ressourceneinsatz spart Kosten und verbessert dadurch das Betriebsergebnis. Siemens Building Technologies bietet einen systematischen Ansatz für den Lebenszyklus von Gebäuden und unterstützt ihre Kunden dabei, den Energiebedarf signifikant zu reduzieren und sich damit langfristige Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Leistungsstärke durch Nachhaltigkeit

Als strategischer Partner steht Siemens seinen Kunden im Bereich Energieeinkauf und in Nachhaltigkeitsfragen rund um das Thema CO2-Emissionen beratend zur Seite. In enger Zusammenarbeit mit den Kunden wird ein Energiemanagementsystem erstellt, inklusive Energiedatenmanagement, was insbesondere bei der Identifizierung von Energiesparmöglichkeiten helfen kann. Anhand der gewonnenen Erkenntnisse aus der jeweiligen Verbrauchsanalyse werden sämtliche Energiespar- und Modernisierungsmaßnahmen ganzheitlich umgesetzt: je nach Bedarf von der Planung, der Installation, der Inbetriebnahme und der Optimierung bis zur Betriebsunterstützung. Durch kontinuierliche Messungen, Berichterstattung sowie präventive und korrektive Wartung und Instandsetzung können eventuelle Probleme oder Störfaktoren früh erkannt und damit vermieden werden. Das komplexe Lösungsangebot von Siemens Building Technologies ermöglicht es, Gebäude dauerhaft in Immobilien mit anerkannter Nachhaltigkeit zu verwandeln.

Ganzheitliche Lösung, die Grenzen überwindet

Um das Maximum an Effizienz von Gebäuden und Anlagen sicherzustellen, werden sämtliche Gebäudekomplexe und Gebäudeparks in die ganzheitliche Lösung mit einbezogen. Die Basis dafür bildet das dichte globale Netzwerk von Siemens. Nationale, regionale und lokale Anforderungen und Vorschriften werden

in diesem Zusammenhang ebenfalls berücksichtigt.

Intelligente Gebäude im Vormarsch

Neue Technologien im Bereich Cloud Computing, Datenanalyse und intelligente Feldgeräte führen zu einer Verschmelzung von virtueller und realer Welt im Immobilienumfeld. Im Zuge dieser Entwicklung tragen Liegenschaften immer aktiver zum Erfolg eines Unternehmens bei. Dieser Ansatz bietet mehr Transparenz und Flexibilität bei der Unterstützung von Entscheidungsprozessen und sorgt gleichzeitig für höhere Effizienz und Kosteneinsparungen, was sich positiv auf den Geschäftsgewinn auswirkt.

siemens.at/energieeffizienz
siemens.at/bt

BEST PRACTICE IN ALLER KÜRZE

E-Mobilitäts-Vorzeigeprojekt

Das Land Niederösterreich nimmt in vielen Bereichen der Elektromobilität eine Vorreiterrolle ein und schafft mit den nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen optimale Bedingungen für den Ausbau von Infrastruktur.

FOTO // Smatrics/Jürg Christandl

Die REWE International AG hat als Standortpartner der ersten Stunde eine wichtige Rolle beim Ausbau des öffentlichen Ladenetzes von SMATRICS eingenommen: 142 von 450 Smatrics-Ladepunkten in Österreich befinden sich auf Parkplätzen von Billa, Merkur und Penny.

Mehr auf **smatrics.com**

Kampf den Plastiksackerln

Laut der Umweltorganisation Global 2000 verbraucht jeder Österreicher pro Jahr rund 42 Plastiksackerl. Für fünf Gemeinden im Bezirk Südoststeiermark ist das zu viel - sie sagen den Plastiksackerln jetzt den Kampf an.
Die Gemeinden Fehring, Kapfenstein, Riegersburg, St. Anna am Aigen und Unterlamm wollen gänzlich auf Einkaufstaschen aus Plastik verzichten. Um Anreiz für die Bevölkerung zu schaffen, wurden Fairtrade-Einkaufstaschen bestellt und im regionalen Design bedruckt.
Jeder der rund 7000 Haushalte bekommt ein mit dem Motto „Guter Stoff für die Region" bedrucktes Stoffsackerl, das sich im Idealfall als ständiger Einkaufsbegleiter etabliert. Auch die Schulen sind bei der Aktion mit dabei, betont der Riegersburger Bürgermeister Manfred Reisenhofer: „Natürlich haben wir die Schulen mit im Boot, da gibt's dann Stoffsackerl, die dann von den jeweiligen Schüler bemalt werden."
steiermark.orf.at

EINE SAUBERE SACHE

Sanitärmodule von Conzept

WC, Dusche, Waschbecken, Wickeltisch oder kindgerechte Ausstattung – bei der Gestaltung von Sanitärmodulen sind keine Grenzen gesetzt. Sanitärcontainer werden einzeln wie auch im Verbund mit Raumelementen genutzt, verfügen über einen Fäkalientank oder werden direkt an das Kanalnetz angeschlossen. Sanitärmodule können bedarfsgerecht geplant und ausgestattet werden oder man wählt aus dem Bestand ein passendes Modell aus. Verwendung finden Sanitärmodule bei Veranstaltungen, Events, Büroumbauten, Baustellen oder in Modulbauten wie etwa Schulen oder Kindergärten.

KONTAKT
Conzept Container Modulbau & Handel GmbH
Tel.: 06215/20013-0
info@conzept.at
www.conzept.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

Ein einziger Knopfdruck genügt und schon ist der Parkschein gelöst. Den Standort ermittelt die App automatisch.

BARGELDLOSES, STRESSFREIES PARKEN FÜR IHRE BÜRGER

DIGITALES PARKEN MIT PARKNOW

Mit ParkNow entfällt der Weg zum Parkscheinautomaten, die Suche nach Kleingeld und das Ticketziehen. Die kostenlose App lokalisiert, ob sich der Nutzer in einer kostenpflichtigen Parkzone befindet. Der Parkvorgang wird mit nur einem Knopfdruck gestartet und beendet. Abgerechnet wird am Monatsende, je nach präferierter Bezahlmethode.

Neue Möglichkeiten in der Parkraumbewirtschaftung
Mit ParkNow gelingt die Umsetzung eines zeitgemäßen, effizienten und umweltfreundlichen Verkehrsmanagements. Zudem ergeben sich neue Vorteile für die Verwaltung, wie etwa die Kostenersparnis in der Bargeldhaltung sowie eine gezielte und effiziente Parkraumüberwachung.

Besuchen Sie uns am 27./28. September 2018 auf der Kommunalmesse in Dornbirn am Stand H13-70.

ParkNow

KONTAKT
sales@park-now.com
www.park-now.com

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ENERGIEEFFIZIENZ BEI GEBÄUDEN

MONITORING IST DER **ERSTE SCHRITT**

Energieeffizienz ist das Thema unserer Zeit. Gerade für Gemeinden ist es interessant, verwalten sie doch rund 70.000 Gebäude. Wie der Weg über das Energie-Monitoring bis hin zur Umsetzung der empfohlenen Maßnahmen aussieht, haben wir recherchiert.

Was bringt also ein Energie-Monitoring? Das haben wir Monika Auer von der ÖGUT, der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik, gefragt. „Zu wissen, wofür man wieviel Energie verbraucht ist ein wichtiger erster Schritt, um Einsparpotenziale zu erkennen – zusätzlich dazu, dass im Bestand natürlich Potenziale oft auch augenfällig sind wie zum Beispiel 30 Jahre alte Ölkessel, nicht isolierte Warmwasserleitungen oder ähnliches. Wenn man Einsparmaßnahmen ergriffen hat, ist es der einzige Weg, um nachvollziehen zu können, ob diese Maßnahmen erfolgreich waren."

Das Gleiche gilt auch für den Neubau: Viele Gebäude werden mittlerweile schon in der Planungsphase zertifiziert, nach klimaaktiv beispielsweise oder nach einem der internationalen Labels (Green Building, LEED – Leadership in Energy and Environmental Design, übersetzt etwa „Führerschaft in energie- und umweltgerechter Planung" etc.). Damit diese Gebäude ihre in der Planung errechneten Werte tatsächlich einhalten, ist Energiemonitoring unabdingbar, nur so erkennen Sie Schwachstellen und Fehler im laufenden Betrieb so, dass Sie auch gegensteuern können. Ansonsten kann man nur eines tun: die höhere Energierechnung zahlen und sich darüber ärgern.

Ein Energie-Monitoring ist einer der ersten und wichtigsten Schritte zur Einführung eines Energiemanagementsystems.

Die nächste Frage war, wie der Ablauf so eines Monitorings aussieht. „Nach einer Bestandsanalyse wird ein Messkonzept erstellt – sprich welche Medien werden in welchen Bereiche bzw. für welche Verbraucher in welcher zeitlichen Auflösung erfasst und wie werden die Ergebnisse ausgewertet."

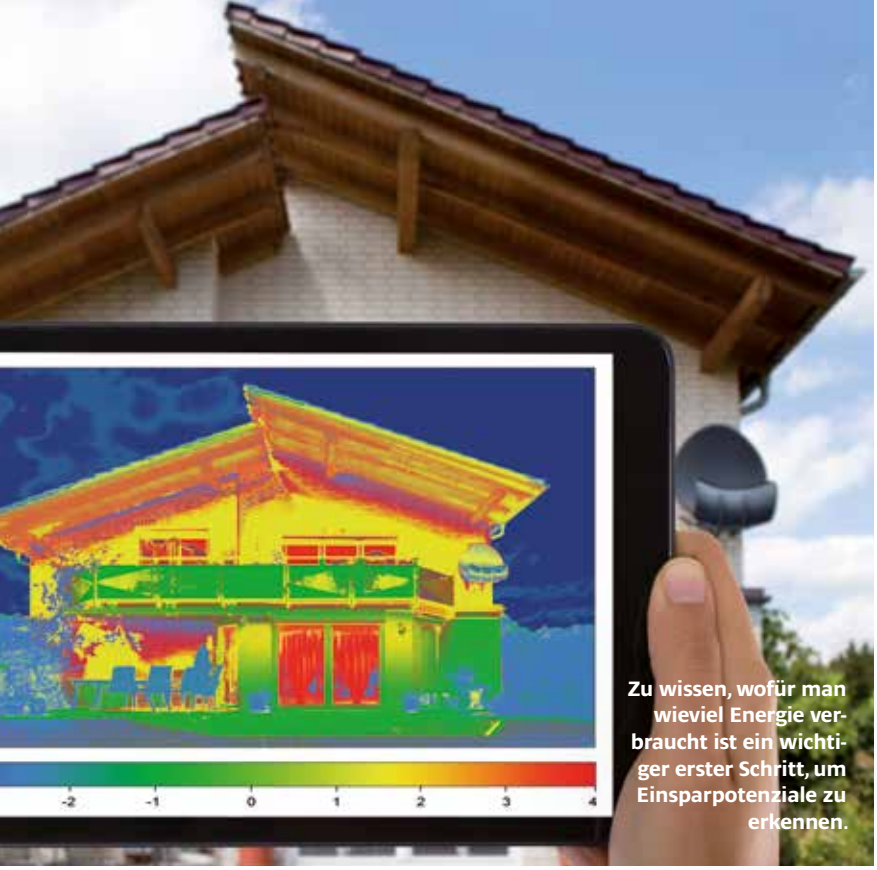
„Erfahrungsgemäß kann man bei jedem größeren Gebäude **zwischen zehn und 25 Prozent Energieeinsparungen erzielen."**

Monika Auer, Generalsekretärin der ÖGUT

Dafür braucht es einen Überblick über die relevanten Medien (Wasser, Strom, Wärme etc.) und die Definition der Zählpunkte. Der Aufwand für die Installation des Monitoringsystems ist überschaubar, da Standardlösungen zum Einsatz kommen. Die installierten Zähler liefern jene Messdaten, anhand derer eine Aussage darüber möglich ist, wie sich der Energieverbrauch entwickelt – pro Jahr, pro Monat, Tag, bis hinunter zu Viertelminuten – und damit die Basis für Verbesserungen und Korrekturen.

Viele Unternehmen sind auf Energiemonitoring (oft als Teile von Energiemanagementsystemen) spezialisiert, und es gibt eine Fülle an userfreundlichen Software-Lösungen für die Auswertung der Daten.

Und wie ist das mit der Kostenneutralität im Zusammenhang mit dem Monitoring? Monika Auer: „Im Einzelfall hängt das natürlich davon ab, wie hoch das Einsparpotenzial im Vergleich zu den Kosten eines Monitoringsystems ist. Erfahrungsgemäß kann man bei jedem größeren Gebäude zwischen zehn und 25 Prozent Energieeinsparungen alleine durch verbesserte Betriebsführung und Fehlerbehebung erzielen." Beim Neubau kann man davon ausgehen, dass bei frühzeitiger Einplanung des Monitoringsys-



Zu wissen, wofür man wieviel Energie verbraucht ist ein wichtiger erster Schritt, um Einsparpotenziale zu erkennen.

BEI WELCHEN GEBÄUDEN KANN MAN ENERGIE-MONITORING ANWENDEN?

Meist geht es um großvolumige Gebäude sowie private und öffentliche Dienstleistungsgebäude wie Amtshäuser oder Bürohäuser. Auch Krankenhäuser, Einkaufszentren, Verwaltungsgebäude und so weiter fallen in diesen Bereich, aber auch Mehrparteien-Wohnbauten.

tems die Mehrkosten für das System geringer ausfallen als nachträglich. Man sollte immer mitbedenken, dass man nicht nur Energie und damit Kosten einspart, sondern auch unter Umständen viel Ärger oder sogar schlechte Publicity, wenn hier Versprechen gemacht wurden, die man als Gebäudeeigentümer dann nicht einhalten kann.

Wie macht man ein Gebäude energieeffizient? Wie sieht das mit der Umsetzung aus? „Am besten ist es, wenn ein umfassendes Sanierungskonzept ausgearbeitet wird", so Auer. Generell sind Maßnahmen zur Reduktion des Energiebedarfs vor solchen im Bereich Energieversorgung zu setzen, also zuerst Fenstertausch, Wärmedämmung etc. vor Erneuerung einer Heizanlage, die im umgekehrten Fall vielleicht zu groß dimensioniert würde.

Für eine komplette Umsetzung ist es erfahrungsgemäß besser, sich externer Dienstleister zu bedienen – außer man hat selber ausreichend Ressourcen und Know-how für solche Projekte. Eine Möglichkeit ist zum Beispiel Einspar-Contracting, dann hat man auch die Garantie, dass die Einsparungen erreicht werden, weil der Contractor das technische und wirtschaftliche Risiko trägt.

Neben der Umsetzung der technischen oder baulichen Maßnahmen ist es für den Erfolg auch wichtig, die NutzerInnen eines Gebäudes an Bord zu holen und entsprechende und wiederkehrende Motivations- und Schulungsmaßnahmen einzuplanen.

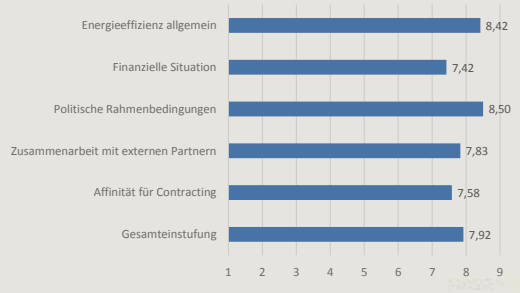
Redaktionell gekürzt. Volltext auf **kommunal.at/artikel/energie-monitoring-fuer-gemeinden**

STATISTIK

Trendscreening **Energieeffizienz**

Basierend auf der Bedeutung der Themen „Energie" und vor allem „Energieeffizienz" und „Energieeinsparung" wurden in der jüngeren Vergangenheit immer wieder untersucht, wie die Gemeinden dazu stehen.

Als Kernaussage lässt sich festhalten, dass den Gemeinden das Thema Energieeffizienz nicht nur generell sehr wichtig ist, auch die politische Umsetzbarkeit, also die Rahmenbedingungen, werden als sehr gut eingestuft. In der Zusammenarbeit mit externen Partnern haben die Gemeinden, die an der Befragung durch Pitters Kommunaltrend teilgenommen haben, überwiegend positive Erfahrungen gemacht, wenngleich der komplexe Monitoring-Prozess als Problem gesehen wird.
Was aber viele Gemeinden schätzen, ist die Professionalität externer Partner, die Know-how und benötigtes Spezialequipment zur Verfügung stellen, die operative Ausführung der Maßnahmen aber dann bei den örtlichen Firmen belassen – also den Elektriker vor Ort, die Fensterfirma, den Installateur etc. mit einbinden.



Am kritischsten – aber mit 7,42 von 10 möglichen Punkten immer noch gut bewertet – wird die finanzielle Situation gesehen. Der Wunsch nach Förderungen wurde hier laut.

Die Befragung fand 2017/2018 im Auftrag des „Kommualwirtschaftsforums" (mehr auf **www.businesscircle.at**) statt und wurde von Pitters Kommunaltrend durchgeführt. Mehr Infos unter **office@pitters.at** oder unter **pitters.at**

familienfreundlichegemeinde

Gemeinsam. Für ein familienfreundliches Österreich.

Die österreichweite Informationsoffensive „Familienfreundlichkeit lohnt sich" möchte mehr Bewusstsein für das Thema Familienfreundlichkeit in den Gemeinden und der Wirtschaft schaffen.

Familie stärken. Zukunft sichern.

Familienfreundlichkeit lohnt sich:
Unter Einbezug aller Generationen ermöglicht das Audit *familienfreundlichegemeinde* gemeinsame Maßnahmen zu erarbeiten. Das führt zu einer stärkeren Identifikation der Bürger/innen mit der Gemeinde und schafft ein positives Image nach außen. Denn letztlich trägt ein familienfreundliches Umfeld dazu bei, dass die Attraktivität der Gemeinden sowohl für Familien als auch für die Wirtschaft steigt.
Infos auf www.familieundberuf.at

berufundfamilie familienfreundlichegemeinde

Bgm. Gabi Dörflinger
Marktgemeinde Klein St. Paul

Zahlreiche Gemeinden österreichweit machen mit und zeigen, dass sie von der Teilnahme an den Auditprozessen profitiert haben.

Familienfreundlichkeit lohnt sich.
Ob Bürger/innen, Arbeitgeber- oder Arbeitnehmer/innen, jung oder alt, jeder profitiert von familienfreundlichen Maßnahmen. Die österreichweite Informationsoffensive zu den Audits *familienfreundlichegemeinde* und *berufundfamilie* möchte noch größeres Bewusstsein für das Thema Familienfreundlichkeit schaffen und noch mehr Menschen dazu motivieren, familienfreundliche Maßnahmen zu setzen. Zahlreiche Gemeinden und Unternehmen haben bereits mitgemacht und zeigen, dass sie von der Teilnahme an dem jeweiligen Audit profitiert haben. Die Vorteile von familienfreundlichen Maßnahmen für die Wirtschaft, den Standort und die Gemeinden liegen auf der Hand: Die Gemeinden profitieren durch eine Aufwertung des Standorts und einer stärkeren Identifikation der BürgerInnen mit dem Wohnort. So lässt sich auch Abwanderung gezielt vorbeugen. Das ist auch messbar. Eine rezente Studie im Auftrag der Familie & Beruf Management GmbH hat gezeigt, dass in zertifiziert familienfreundlichen Gemeinden das Bevölkerungswachstum stärker und die Erwerbsquote höher war als in nicht zertfizierten Gemeinden.

Audit *familienfreundlichegemeinde*
Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist ein nachhaltiger, kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte mit dem Ziel, in Workshops und durch aktive Bürgerbeteiligung aller Generationen, familienfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde zu verankern. Nach erfolgreichem Abschluss des Audits, das europaweit als Vorzeigebeispiel gilt, wird die Gemeinde von der Bundesministerin für Frauen, Familien & Jugend mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet. Im Rahmen des Audits werden Maßnahmen für die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien, Singles und älteren Menschen sowie auch generationenübergreifende Projekte umgesetzt. Die Individualität der Maßnahmen zeigt die Flexibilität des Auditprozesses.

Die Marktgemeinde Klein St. Paul in Kärtnen ist seit 2007 beim Audit *familienfreundlichegemeinde* und hat seither schon viele Maßnahmen umgesetzt. Vom Ausbau des Kindergartens und der Einrichtung einer Schülernachmittagsbetreuung sowie eines Busshuttles zu Jugendveranstaltungen, bis hin zur Eröffnung einer Krabbelstube und eines Beachvolleyballplatzes- das familienfreundliche Angebot in Klein St. Paul ist vielfältig. Durch das Audit *familienfreundlichegemeinde* entwickelt so jede Gemeinde gezielte familienfreundliche Angebote, die auch wirklich dem jeweiligen Bedarf entsprechen.

Interesse bekommen?
Alle Informationen zum Audit finden Sie unter: **www.familieundberuf.at**

Ferienbetreuung gesucht?

Eine Lösung bietet hier die von der-Familie & Beruf Management GmbH entwickelte Plattform, welche Eltern österreichweit bei der Suche nach passenden Betreuungslösungen für Kinder und Jugendliche unterstützt. Auf **www.familieundberuf.at/services/ferienbetreuung** kann einfach nach einem geeigneten Ferienangebot gesucht werden - schnell und ohne großen Aufwand.

FAMILIE & BERUF MANAGEMENT GMBH

www.familieundberuf.at

/familieundberufat
@familieundberufat
newsletter@familieundberuf.at

Bezahlte Anzeige

T-MOBILE UND NORTON MACHEN ES MÖGLICH

KOMPLETTE SICHERHEIT FÜR ALLE MOBILEN GERÄTE

Laut einer aktuellen Studie kosten Cyberangriffe Unternehmen rund 600 Milliarden Euro pro Jahr. Allein 2017 wurden 430 Millionen neue Schadprogramme aufgespürt. Unternehmen müssen sich nicht nur gegen Hacker schützen, sondern seit Ende Mai auch alle Vorgaben der neuen EU-DSGVO erfüllen und somit PCs, Server, aber auch alle mobilen Geräte entsprechend absichern. T-Mobile hat mit Norton Business Security ein Produkt ins Portfolio aufgenommen, das mobile Geräte schnell und einfach absichern kann. Smartphones können bei Verlust oder Diebstahl geortet und alle Inhalte bequem aus der Ferne gesperrt oder gelöscht werden. Wenn ein Mitarbeiter ein Smartphone verlegt hat, kann ein Alarm ausgelöst werden, mit dem das Gerät aufgefunden oder auf einer Karte lokalisiert werden kann. Norton Business Security ist einfach zu installieren und anzuwenden und schützt alle Geräte gleichzeitig mit nur einem einzigen Abonnement. Nach der Installation muss die Lösung nicht mehr mühsam konfiguriert werden.

ANGEBOT
Wer sich jetzt für Norton Business Security von T-Mobile entscheidet, bekommt die Lösung im ersten Monat gratis. Jedes weitere Monat kostet für drei Geräte 3,33 Euro, für fünf Geräte 4,16 Euro und für zehn Geräte 6,66 Euro. Smartphones, aber auch Tablets sind damit gegen Schadprogramme geschützt. Alle weiteren Informationen und eine bequeme Bestellmöglichkeit finden Sie unter **business.t-mobile.at/Norton**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

MÄHEN IN ALLER RUHE.
Mit den handlichen, leisen STIHL Akku-Motorsensen.
Made in Austria
www.kommunalbedarf.at

STIHL®

MASCHINENRING: NATURGEFAHREN-SERVICE

OFFENSIVE GEGEN NATURGEFAHREN

Der Maschinenring spezialisiert sich mit neuem Angebot auf die Eindämmung von Naturgefahren aller Art. Er unterstützt damit Gemeinden, (Infrastruktur-)Unternehmen oder auch Landwirte.

Maschinenring-Dienstleister stehen nicht nur bei der Vorbeugung gegen Naturgefahren im Einsatz. Schlagkräftige Technik wird auch bei der Wiederherstellung von Flächen eingesetzt.

In Österreich ist der Lebensraum in vielfacher Weise durch Naturgefahren bedroht. Nicht nur Hochwasser, Muren, Lawinen oder Steinschlag können zu einer Bedrohung für Menschen, Umwelt, Sach- und Vermögenswerten, werden, auch eingeschleppte Pflanzenarten (Neophyten), Schädlinge (z. B. Engerling, Borkenkäfer, Wühlmaus, Eichenprozessionsspinner) oder Krankheiten (wie Feuerbrand, Eschentriebsterben) bringen Herausforderungen für Lebensraum, Wirtschaft, landwirtschaftliche Flächen und Wälder mit sich. Der Klimawandel und die zunehmende Verbauung verstärken diese Effekte. Diese Entwicklungen bringen nicht nur für öffentliche Körperschaften höhere Anforderungen bei der Erhaltung von Sicherheit und Infrastruktur mit sich, auch Grundbesitzer und Landwirte stehen vor dem Hintergrund zunehmender Wetterkapriolen vor großen zusätzlichen Herausforderungen.

Regional rasch zur Stelle.
„Der Maschinenring verfügt mit seinen regionalen Arbeitskräften aus der Landwirtschaft über das Know-how und die Ressourcen zur Beseitigung von Gefahrenquellen. Die Einsatzfelder reichen von Forstdienstleistungen über landschaftsbauliche Arbeiten und Bekämpfungsmaßnahmen im Agrarbereich bis hin zum Umsetzen sicherheitstechnischer Auflagen. Heute sind wir mit unseren ausgebildeten Fachkräften ein verlässlicher Partner für zahlreiche Organisationen und Gemeinden, wenn es um das Umsetzen von Landschaftsbau-Projekten, die Pflege von Infrastruktur und von Naturräumen geht – von der Vorbeugung bis zur raschen Hilfe im Akutfall“, erklärt Maschinenring Tirol-Geschäftsführer Hannes Ziegler die Hintergründe für die Produkteinführung „Naturgefahren-Service“.

Schwerpunkte des „Naturgefahren-Services“ im gewerblichen Bereich sind beispielsweise die Baumkontrolle, die Freihaltung von Infrastruktureinrichtungen, die Aufarbeitung von Käferbeständen, die Hangsicherung durch angepasste Bepflanzung, die Spritzbegrünung und die Pflege von Schutzeinrichtungen und -wäldern.

Im Mittelpunkt stehen vor allem Vorbeugung und Prävention gegen mögliche Gefahren. Aber auch die Hilfe bei Aufräumarbeiten, das Entfernen von umgestürzten Bäumen und die Absicherung von Gebäuden und Wegen nach eingetretenen Schadereignissen werden von den regional verfügbaren Arbeitskräften des Maschinenrings schnell erledigt.

MEHR INFOS
Die Beseitigung von Übelständen in Bachläufen ist nur ein Bestandteil des neuen „Naturgefahren-Service“, auch die Bekämpfung von Neophyten und Schädlingen wird angeboten.

Know-how aus der Region.
Mit dem Maschinenring verfügen Kunden über einen regionalen Partner, bei dem Fachwissen, Fachkräfte und Schlagkraft gebündelt und ohne lange Vorlaufzeit abrufbereit sind. „Die Vielfalt in unserer Angebotspalette bringt unseren Kunden Vorteile. Mit nur einem Ansprechpartner kann eine umfassende Palette an Maßnahmen rasch und unkompliziert umgesetzt werden“, beschreibt Ziegler die Paketlösung des Maschinenrings. Die regionale Organisation garantiert die rasche Verfügbarkeit von Fachkräften mit der geeigneten Technik, für Maschinenring-Dienstleister bedeutet die Produkterweiterung zusätzliche Tätigkeits- und Verdienstmöglichkeiten.

MEHR INFOS unter **www.maschinenring.at**

Maschinenring

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DER E-BRIEF DER ÖSTERREICHISCHEN POST

FLEXIBEL WIE EIN E-MAIL UND SICHER WIE EIN BRIEF

Mit dem E-Brief der Österreichischen Post erhalten Sie Rechnungen, Verträge und andere wichtige Dokumente schnell, bequem und zuverlässig in digitaler Form. Ein Vorteil der E-Brief-Zustellung liegt auch in der Verwaltung und Ausgestaltung des Postfachs durch den Empfänger. Damit entfällt, zum Unterschied zu anderen Produkten, die heikle E-Mail-Adressenwartung in der Gemeinde (DSGVO).

FOTO: SHUTTERSTOCK/ BIRUTE VIJEIKIENE

Die Stadtgemeinde Mistelbach vertraut auf die automatische Einlieferung in den E-Briefkasten der Österreichischen Post AG.

Seit März 2018 setzt auch die Stadtgemeinde Mistelbach auf die innovative Gemeinde Komplettlösung GeOrg von Comm-Unity und somit auf die automatische Einlieferung in den E-Briefkasten der Österreichischen Post AG.

Durch den Einsatz des E-Briefs und die damit einhergehenden Vorteile zeitgemäßer Technologien finden Sendungen künftig immer den kostengünstigeren Weg zum Kunden. Solche Argumente machen sich bei einer Einwohneranzahl von über 11.000 Personen nicht unwesentlich im Stadtbudget bemerkbar und bestechen hier mit deutlich reduzierten Druck- und Versandkosten.

Beim E-Brief fallen keine Fixkosten an und jede Zustellung in den E-Briefkasten kostet mit 34 Cent deutlich weniger als jede Briefzustellung.

Die Bezahlfunktion für Abgabenvorschreibungen, die Beschlagwortung (Labelling) von Sendungen sowie die Einbettung in die Post App machen das Service sowohl für Versender und Bürger gleichermaßen attraktiv.

Diese Attraktivität wird durch die hohe Anzahl an aktiven Nutzern bestätigt. Über 205.000 Österreicher sind bereits aktive E-Brief-Empfänger und sorgen für Einsparungen seitens Mistelbach: „Seit der Anwendung konnten wir mit dem E-Brief drei Prozent der Sendungen elektronisch abwickeln und schon hier entsprechende Einsparungen lukrieren. Der E-Brief überzeugt durch die sofortige Zustellung von Dokumenten und die Darstellung des Sendungsstatus. Wir freuen uns auf die weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit und viele neue E-Brief-Nutzer“, sagt Mag. Reinhard Gabauer, Stadtamtsdirektor in Mistelbach.

Reinhard Gabauer, Stadtamtsdirektor in Mistelbach: „Der E-Brief überzeugt durch die sofortige Zustellung von Dokumenten und die Darstellung des Sendungsstatus.“

INFOS
Mehr Informationen zu den innovativen Services der Post finden Sie unter **www.post.at/ebrief,** unter **e-brief.post.at** oder beim Post Business Service unter **businessservice@post.at**.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SICHERHEIT VON A(UFSICHTSPFLICHT) BIS Z(AUNUMRANDUNG)

KINDERFALLE WASSER

Offene Gewässer sind beliebte Gestaltungselemente. Sowohl in privaten Gärten als auch im öffentlichen Raum erfreuen sich Biotope und Zierteiche großer Beliebtheit, stellen jedoch auch eine immanente Gefahrenquelle für Kinder dar. Um Unfälle zu verhindern, rät das KFV ergänzend zur strikten Einhaltung der Aufsichtspflicht auch zu baulichen Vorkehrungsmaßnahmen.

Kinder lieben es, sich in und am Wasser aufzuhalten. Egal ob Biotope, Schwimmbecken, Teiche oder Regentonnen – in den heißen Sommermonaten lädt jede Art von Gewässer zum Plantschen und Spielen ein. Dabei kommt es jedoch immer wieder zu folgenschweren Unfällen. Insgesamt sind von 2007 bis 2017 mehr als 40 Kinder unter 15 Jahren an den Folgen eines Ertrinkungsunfalls gestorben.

Kinder ertrinken lautlos. Besonders Kleinkinder sind gefährdet, denn sie können bereits bei einer Wassertiefe von zehn Zentimetern ertrinken. Ertrinkungsunfälle von Kindern ereignen sich zudem oft unbemerkt, denn – anderes als Erwachsene – versinken Kinder lautlos im Wasser. Sie verfallen in eine Schockstarre mit Atemsperre, schlagen nicht um sich und rufen nicht um Hilfe. Es ist daher von größter Bedeutung, dass Kinder – auch wenn sie bereits schwimmen können – sich niemals unbeaufsichtigt in der Nähe von Gewässern aufhalten. Gerade bei Kleinkindern gilt: Befindet sich die Aufsichtsperson nicht in unmittelbarer Reichweite, bleibt für die Rettung wenig Zeit – oftmals zu wenig, um schwerwiegende Folgen zu verhindern. Kinder sollten in der Nähe von Gewässern daher stets lückenlos beaufsichtigt werden.

Mit baulichen Maßnahmen Ertrinkungsunfällen vorbeugen. Mittels entsprechender Planung kann die Gefahr von Ertrinkungsunfällen bereits im Vorfeld reduziert werden. Gewässer sollten prinzipiell nur an gut einsehbaren Stellen angelegt werden. Instabile Uferbereiche wie lose Platten, Steine oder gar rutschigen, schlammigen Untergrund gilt es zu vermeiden. Besitzer eines privaten Swimmingpools oder Biotops im eigenen Garten sollten die offenen Wasserflächen umzäunen. Für kleinere Wasserflächen wie Brunnen oder Zierbiotope haben sich Gitterkonstruktionen unter der Wasseroberfläche bewährt. Das Gitter muss jedoch einwandfrei montiert sein und darf sich auch bei Belastung nicht durchbiegen. Zwar sind Grundstücksbesitzer rechtlich nicht verpflichtet, bauliche Sicherungen an Gewässern vorzunehmen. Das bedeutet jedoch nicht, dass sie im Schadensfall nicht haftbar gemacht werden können. „Den Eigentümer eines Grundstücks oder einer Immobilie trifft die Verkehrssicherungspflicht – er muss alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit von seinem Besitz keine Gefahren für Dritte

SELBST UMFANGREICHE BAULICHE MASSNAHMEN **ERSETZEN NICHT DIE AUFSICHTSPFLICHT.“**

Dr. Armin Kaltenegger,
Leiter der Rechtsabteilung im KFV

ausgehen“, erläutert Dr. Armin Kaltenegger, Leiter der Rechtsabteilung im KFV. Doch selbst umfangreiche bauliche Maßnahmen ersetzen nicht die Aufsichtspflicht.

Einhaltung der Aufsichtspflicht. Ob Kindergarten, Ausflug oder zu Hause – für minderjährige Kinder gilt die sogenannte Aufsichtspflicht. Sie dient in erster Linie dem Schutz der Kinder bzw. Jugendlichen – soll jedoch auch Schäden verhindern, die anderen Personen durch Minderjährige entstehen könnten. Nicht nur die Eltern und Erziehungsberechtigten sind als Aufsichtspersonen verpflichtet, sie können die Aufsichtspflicht gegenüber ihren Kindern auch an andere Personen übertragen. Dies geschieht beispielsweise dann, wenn Kinder die Schule, eine Betreuungseinrichtung oder Kurse besuchen. Eine Verletzung der Aufsichtspflicht kann für den Verantwortlichen zivil- und strafrechtliche Folgen nach sich ziehen. „Für Erziehungsberechtigte und Betreuungspersonen bedeutet dies nicht nur eine große Verantwortung, sondern auch eine besondere Herausforderung, denn das anzuwendende Ausmaß der Aufsichtspflicht ist von verschiedensten Faktoren wie Alter, Reifegrad und Art der Gefahrenquelle abhängig“, so Kaltenegger, „Wir arbeiten daher derzeit an der Entwicklung eines Seminarangebotes, das sich der praktischen Handhabung der Aufsichtspflicht widmet, neben den rechtlichen Grundlagen auch auf praktische Beispiele aus der Rechtsprechung eingeht und Einblick in die Entwicklungspsychologie bietet. Neben der Vermittlung der Grundlagen wird es zudem die Möglichkeit geben, Praxisbeispiele zu diskutieren und Lösungsansätze zu erarbeiten.“ Ab Ende 2018 soll das Seminar zunächst für Kindergarten und Hort, später auch für Schulen zur Verfügung stehen..

Das Geländer Orléans – mit verstärkter Sicherheit dank seiner Drahtmasche mit Stärke 4 mm.

ABSPERRUNGEN

AUF DER SICHEREN SEITE MIT KOMMUNALBEDARF

Der letzte Punkt in der Verantwortungskette ist immer die Aufsichtspflicht – vor allem, wenn kleine Kinder im Spiel sind. Absperrungen ermöglichen dennoch eine Steigerung des Sicherheitsgefühls. Egal, ob der Spielplatz neben einer Straße ist oder der Teich, der Pool oder der Gemeindebach gleich daneben liegen: Zum Schutz von Kindern ist es angebracht, Gefahrenquellen so weit wie möglich auszuschalten.

Kommunalbedarf.at, der Online-Marktplatz für Gemeinden, bietet beispielsweise mit dem Geländer „Orléans“ eine stabile Absperrung, die auch optisch ansprechend ist.

Dank der Drahtmaschen mit ihrer Stärke von 4 mm sind sie für kleine Kinder nicht einfach zu überwinden. Sie sind erhältlich in einer Länge von 1470 mm und einer Gesamthöhe von 1206 mm. Verankert wird das Geländer mit verzinkten Stahlrohren 40 x 40 und 30 x 20 mm, die in wählbaren RAL-Farben beschichtet sind.

Einfach hinsurfen auf **www.kommunalbedarf.at**, als Gemeinde registrieren und bestellen. Die Rechnung kommt per E-Mail direkt an die Gemeinde.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOMMUNALBEDARF.AT
Einfach. Alles. Beschaffen.

BEST PRACTICE
IN ALLER KÜRZE

Erster globaler Recyclingservice gegründet

Interseroh, einer der führenden Anbieter von Umweltdienstleistungen rund um die Schließung von Produkt-, Material- und Logistikkreisläufen, und Saubermacher, seit knapp 40 Jahren in der Umwelt- und Recyclingwirtschaft international tätig und führend in der Batterieverwertung, haben ihre Kompetenzen gebündelt und ein Joint Venture für die Rücknahme und das Recycling von Lithium-Ionen-Batterien mit dem Namen SIMPLi RETURN gegründet. Als erstes weltweites Rücknahmesystem in diesem Bereich bietet SIMPLi RETURN neben der Rundum-Beratung auch die Organisation des fachgerechten Transports sowie das umweltschonende Recycling an.
www.interseroh.de
www.saubermacher.at

3-D-Markierungen gegen Geisterfahrten

Rund 400-mal im Jahr wird in Österreich Alarm geschlagen, weil auf Autobahnen und Schnellstraßen ein Geisterfahrer unterwegs ist. Meist geht die Situation glimpflich aus – dennoch werden im Schnitt jährlich 20 Unfälle und ein Todesopfer verzeichnet.

Dem will die ASFINAG nun mit einer speziellen Bodenmarkierung entgegenwirken, wie der ORF auf seiner News-Website berichtet. „Es handelt sich um eine sogenannte 3-D-Markierung. Wenn ich mich von der falschen Seite der Auffahrt nähere, dann nehme ich aus 30 bis 40 Meter Entfernung ein optisches Hindernis wahr“, so ASFINAG-Abteilungsleiter Heimo Maier-Farkas.

Aus dem richtigen Winkel gesehen wirkt die Markierung wie eine Temposchwelle und damit wie eine Barriere – der Geisterfahrer soll so an der Auffahrt auf die Autobahn gehindert werden. Die Evaluierung soll laut Maier-Farkas im nächsten Frühjahr erfolgen. Sind die Ergebnisse nicht optimal, will die ASFINAG nachbessern; funktioniert die Markierung wie gewünscht, wird das Projekt weitergeführt. Fürs Erste wird die 3-D-Markierung an der S 36-Anschlussstelle Judenburg/Fohnsdorf, am A2-Zubringer Mooskirchen, an der A2-Anschlussstelle Feldkirchen bei Graz und an der Raststation Arnwiesen bei Gleisdorf an der A2 angebracht.
www.asfinag.at

Bestens ausge*STADT*et: **Bank TRIGO I**
Moderne, aussagekräftige Betonfußbank
Stausberg Stadtmöbel GmbH | 4531 Kematen a. d. Krems | Telefon +43 (0)7258/5711

STAUSBERG
STADTMÖBEL

„Unsere Feuerwehren leisten **täglich ungemein wichtige Arbeit und schützen Leben**."

Kärntens Gemeindebund-Präsident Peter Stauber begrüßt den Vorschlag von LR Fellner, die Freistellung von Feuerwehrmitgliedern bundesweit einheitlich regeln zu wollen.

QUELLE: kommunal.at/artikel/freistellung-fuer-feuerwehrmitglieder-endlich-regeln

235.100

Personen waren im 1. Quartal 2018 arbeitslos (nach internationaler Zählart) in Österreich. Mit einer Arbeitslosenquote von 5,3 Prozent war die Arbeitslosigkeit deutlich niedriger als im Vorjahreszeitraum.

QUELLE: statistik.at

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL***

Winterdienst

Es gibt nur wenige Themen, über die mehr geschrieben worden ist als über den kommunalen Winterdienst. Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten, Räum-Reihenfolge – alles das ist im Grunde geklärt und die Theorie dazu ausführlich erläutert. Doch wie sieht die Realität tatsächlich aus? In der kommenden Ausgabe berichten die besten Schneepflugfahrer der Welt, womit sie im Arbeitsalltag wirklich konfrontiert sind.

Schwerpunkt „Kommunale Sommergespräche 2018"
So lange wie möglich selbstständig zu bleiben, gleichzeitig Betreuung und Pflege als Herausforderung und Chance zu begreifen – das steht im Mittelpunkt der Kommunalen Sommergespräche, über die KOMMUNAL in einem Schwerpunkt berichten wird.

KOMMUNAL 09/2018 erscheint am 4. September 2018

* Angekündigte Themen und Termine können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

73 %

In der Mitte Mai durchgeführten bundesweiten Befragung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik sagen 73 Prozent der ÖsterreicherInnen, dass unser Land Mitglied der EU bleiben soll. 17 Prozent plädieren für einen Austritt aus der Union. 10 Prozent beziehen keine Stellung. Gegenüber der letzten Umfrage von Dezember 2017 ist die Zahl jener, die für den Verbleib in der EU sind, geringfügig – um 4 Prozentpunkte – zurückgegangen, die Zahl der AustrittsbefürworterInnen ist um zwei Prozentpunkte angestiegen. Das aktuelle Ergebnis bestätigt dennoch einen Trend, der seit der Brexit-Abstimmung in Großbritannien Bestand hat: die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft ist auf hohem Niveau.

QUELLE: www.oegf.at

LAND & LEUTE

AQUILA 2018
Ein Abend im Zeichen der Verkehrssicherheit
Seite 68

GEMEINDETAGE
Kärntner und Tiroler Gemeinden tagen
Seite 71

SÜDTIROL
Keine Flüchtlinge – weniger Geld
Seite 72

Bürgermeister Gernot Kremsner bringt seine Bürger dazu, wie früher freiwillig für die Gemeinschaft zu arbeiten. Beim Glasfaserausbau ging er selbst mit gutem Beispiel voran.

NAME:	GERNOT KREMSNER
ALTER:	44
GEMEINDE:	ROHR IM BURGENLAND
EINWOHNERZAHL:	387 (1. JÄNNER 2017)
IM AMT SEIT:	28. OKTOBER 2016
PARTEI:	LISTE ROHR

NAHAUFNAHME: GERNOT KREMSNER

KOSTENLOS MITHELFEN **IST NICHT UMSONST**

Herr Bürgermeister, wie sind Sie in die Politik gekommen?
Ich stamme eigentlich aus St. Michael und nicht aus Rohr, bin also ein Zugezogener. Seit 2003 bin ich in Rohr und habe 2007 mit meiner Frau hier ein Haus gebaut. Dann hatten wir in unserer kleinen Gemeinde das Problem betreffend Internet. Ich habe versucht, mit dem Bürgermeister eine ordentliche Internetversorgung zu bekommen, mich ins Zeug gehaut, und schließlich haben wir tatsächlich eine Glasfaserleitung über 4 bis 5 Kilometer von Stegersbach nach Rohr gegraben. Das war mein eigentlicher Start in die Politik. Im Oktober 2014 bin ich schließlich als Gemeinderat angelobt worden.

Sie kommen aus der Baubranche. Hat das beim Glasfaserausbau geholfen?
Auf alle Fälle. Jedes Projekt benötigt einen Projektleiter, der plant, der die Bauaufsicht macht und der Angebote einholt. Ich habe das alles selbst gemacht und natürlich hat das die Gemeinde nichts gekostet. Angefallen sind nur die tatsächlichen Grabungskosten bzw. die Finanzierung dafür.

Rohr war bereits rund 20 Jahre lang mit zwei Nachbargemeinden zusammengelegt. Anfang der 90er wurden sie wieder getrennt. Ist eine Gemeindefusion gegenwärtig wieder ein Thema?
Im Burgenland sind Gemeindefusionen generell kein Thema. Bocksdorf, Heugraben und Rohr waren eine gemeinsame Gemeinde und wurden 1991 wieder getrennt. Es gibt weiterhin eine gemeinsame Gemeindeverwaltung und einen Gemeindeverband mit Sitz in Bocksdorf, jedoch hat jede Gemeinde einen eigenen Bürgermeister, Amtsleiter und Bauhof. Wir nützen Synergien, bleiben aber eigenständig.

Wodurch sind Sie geprägt worden?
Wir waren vier Kinder. Als die Schulkollegen in der Hauptschule auf Schikurs gefahren sind, sind wir nicht mitgefahren. Unsere Eltern haben immer darauf geachtet, dass es uns gut geht, doch mein Zwillingsbruder und ich haben mitbekommen, dass wir uns nicht alles leisten können und haben selbst Nein gesagt. Rücksichtnahme und das Hineinversetzen in andere waren immer präsent und hat uns in unserer Entwicklung sicherlich geprägt, und so schaut man auch in der jetzigen Zeit vielleicht mehr auf andere Leute, denen es oft nicht so gut geht. Prägend war auch der Zusammenhalt der Menschen. Wenn etwas für die Gemeinde zu tun war, haben alle gemeinsam mit angepackt. Das versuche ich auch jetzt in Rohr zu forcieren. Voriges Jahr, als wir eine Eisstockbahn gebaut haben, habe ich mich bemüht, Bürger dazu zu bewegen, dass wir gemeinsam und unentgeltlich in unserer Freizeit bei der Errichtung mithelfen, und da ist wirklich etwas entstanden. Rund 30 bis 40 Leute, längst nicht nur in meinem Alter, sondern auch Junge und Pensionisten haben fleißig, freiwillig und kostenlos mitgearbeitet. So, wie ich es früher selbst erlebt habe. Das freut mich sehr, denn das fördert natürlich die Gemeinschaft.

> „WIR BLEIBEN **EIGENSTÄNDIG!“**

Der **Mensch** hinter dem Bürgermeister

ZUHAUSE IST FÜR MICH...
... wenn ich zuhause bei meiner Familie bin.

ICH REGE MICH AUF...
... wenn jemand die Unwahrheit sagt und falsche Behauptungen durch den Ort trägt.

ICH FAHRE...
... einen 7 Jahre alten Ford Galaxy (Firmenwagen) und privat einen 7 Jahre alten Ford Kuga.

DAS WILL ICH UNBEDINGT NOCH ERLEBEN:
Mich würde sehr interessieren, wie es in 50 Jahren um unsere Erde bestellt ist.

MEIN LEBENSMOTTO:
Ich habe keines, aber ich versuche Aufgaben schnellstmöglich und zur größtmöglichen Zufriedenheit aller zu erledigen.

WIE WÜRDEN SIE SICH SELBST BESCHREIBEN?
hilfsbereit

Das vollständige Portrait von Gernot Kremsner finden Sie auch auf **http://kommunal.at/artikel/.../**

AQUILA 2018

EIN ABEND IM ZEICHEN DER **VERKEHRSSICHERHEIT**

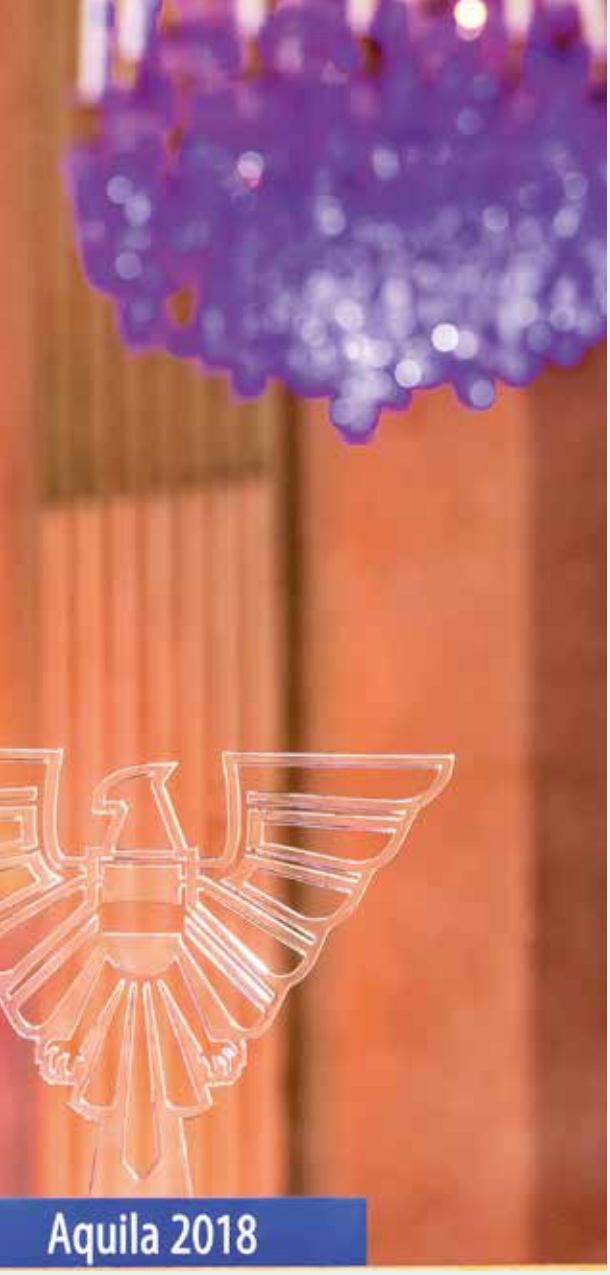
Mit dem Verkehrssicherheitspreis „Aquila“ zeichneten das KFV und der Österreichische Gemeindebund herausragendes Verkehrssicherheits-Engagement aus.

Auch in diesem Jahr war es für die Fachjury keine einfache Aufgabe, unter einer Vielzahl an interessanten Initiativen und Projekten die Sieger zu küren. Ihnen wurde am 21. Juni 2018 im festlichen Rahmen des Palais Auersperg der Österreichische Verkehrssicherheitspreis „Aquila“ verliehen. Die Trophäe in Form eines Adlers ist Symbol für Weitblick, Mut und Kraft – Eigenschaften, die auch die Gewinnerprojekte charakterisieren. Neben der Preisverleihung selbst war die imposante Black-Light-Show der „Shining Shadows“ ein weiterer Höhepunkt des Abends.

Große und kleine Lösungen für mehr Verkehrssicherheit. Wenn es um Lösungen für mehr Verkehrssicherheit geht, denkt man zu allererst an die zuständigen Behörden und Organisationen, große Kampagnen und flächendeckende Maßnahmen. Ihnen allen kommt eine zentrale und bedeutende Rolle zu, wenn es darum geht, die Rahmenbedingungen für ein funktionierendes Miteinander im Straßenverkehr zu schaffen. „Darüber hinaus gibt es jedoch noch zahllose Personen und Institutionen in Österreich, die sich – oft unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit – mit Ideenreichtum, Kreativität und Begeisterung für mehr Verkehrssicherheit einsetzen. Menschen, die in ihrem unmittelbaren Umfeld, Gemeinden und Städten Verbesserungspotenzial erkennen und die Gelegenheit ergreifen, dieses auch umzusetzen“, betont Bgm. Mag. Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes .

Nachhaltige Wirkung durch Lebensnähe. Ziel des „Aquila“ ist es, dieses Engagement auszuzeichnen und zu honorieren. Denn das Wirken jedes Einzelnen ist wertvoll, wenn es darum geht, die Sicherheit im Straßenverkehr dauerhaft zu erhöhen. „Nicht immer ist es die Größe einer Initiative, die über ihren Wert entscheidet. Auch Projekte, die im Kleinen beginnen, können dank Praxisnähe und Zielgruppenorientierung eine breite und vor allem nachhaltige Wirkung entfalten“, erklärt Dr. Othmar Thann, Direktor des KFV, die Hintergründe des traditionsreichen Preises, der heuer bereits zum 45. Mal verliehen wurde.

Strahlende Preisträger – viele Gewinner. 17 glückliche Preisträger durften an diesem Abend eine Auszeichnung in Form der Trophäe „Aquila“ entgegennehmen – unter ihnen die Entwickler von Aufklärungskampagnen, Projekten zur Wissensvermittlung oder von lebensrettenden Produkten. Doch alle Einreicher gingen an diesem Abend als Gewinner nach Hause – jeder von ihnen ein Sieger im Kampf für mehr Verkehrssicherheit. Sie erinnerten alle Anwesenden daran, dass jede und jeder tagtäglich selbst einen Beitrag dazu leisten kann, die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen.



ÜBER DEN ÖSTERREICHISCHEN VERKEHRSSICHERHEITSPREIS

Alle zwei Jahre prämieren das KFV und der Österreichische Gemeindebund engagierte Verkehrssicherheitsprojekte von Unternehmen, Kindergärten, Schulen, Städten und Gemeinden. Ziel des „Aquila" ist es, all jene auszuzeichnen, die durch außergewöhnliches Engagement und Kreativität einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Verkehrssicherheit auf Österreichs Straßen leisten.

BILDERGALERIE
Mehr Eindrücke vor Ort auf
www.apa-fotoservice.at/galerie/13551

DIE PREISTRÄGER

Gewinner der Kategorie: Kindergarten / Volksschule

1. Platz: Kindergarten Hohenegger in Lauterach, Vorarlberg
2. Platz: Kindergarten Glasergasse, Wien
3. Platz: Volksschule Schwoich, Tirol

Gewinner der Kategorie: Neue Mittelschule / Höhere Schulen

1. Platz: HTL Mödling
2. Platz: Polytechnische Schule Saalfelden und „Foaschui" Neumayr Saalfelden
3. Platz: HAK Zell am See

Gewinner der Kategorie: Gemeinde / Städte

1. Platz: Amt der Landeshauptstadt Bregenz
2. Platz: Aktivitäten zur Persönlichkeitsbildung - Events 4 Schools
3. Platz: Gemeinde Hirschbach im Mühlkreis

Gewinner der Kategorie: Vereine / Institutionen

1. Platz: Verein Discobus Burgenland
2. Platz: Lenkungsausschuss KinderSicherer Bezirk Leoben
3. Platz: ÖAMTC Salzburg

Gewinner der Kategorie: Unternehmen

1. Platz: Senitec GmbH
2. Platz: Wiener Linien GmbH & Co KG
3. Platz: ÖBB-Infrastrukur AG

Preisträgerin des Medienpreises 2018
Angelika Kreiner,
Austria Presse Agentur (APA)

Preisträger des Sonderpreises für Zivilcourage
Kevin Resch

GEMEINDEKOOPERATIONEN

INTERKOMMUNALE **ZUSAMMENARBEIT FUNKTIONIERT!**

Im Nordburgenland machen sechs Gemeinden aus der Region Rosalia vor, wie eine Gemeindekooperation sinnvoll und erfolgreich umgesetzt werden kann.

Es ist kein allzugroßes Wagnis, das die sechs burgenländischen Gemeinden mit ihrer Gemeindekooperation eingehen. Das aktuelle Konzept der interkommunalen Zusammenarbeit (kurz IKZ) der Kurgemeinde Bad Sauerbrunn, den Marktgemeinden Pöttsching, Wiesen und Neudörfl sowie den Gemeinden Sigless und Forchtenstein ist nämlich bereits ein Nachfolgeprojekt eines erfolgreichen gemeindeübergreifenden Pilotprojekts, das auf Basis der Dorferneuerungsprojekte in Bad Sauerbrunn und Pöttsching schon in den Jahren 2011 bis 2013 durchgeführt wurde. Mit Josef Trummer ist wie schon bei der damaligen Zusammenarbeit auch jetzt wieder der selbe, weil bewährte Projektentwickler für die Koordination und Prozessbegleitung verantwortlich.

Die sechs Gemeinden haben für die neue Gemeinderatsperiode (2017 bis 2022) gemeinsame Ziele erarbeitet. Ansporn waren die nachhaltigen Kosteneinsparungen, die in den beiden Gemeinden des Pilotprojekts erzielt werden konnten. Beabsichtigt ist künftig eine Nutzung der jeweiligen Gemeindestrukturen für gemeinsame Projektentwicklungen, sodass alle sechs Gemeinden davon profitieren. Jede der Gemeinden hat Kernkompetenzen, die im Kooperationsprojekt „Tourismus – Gesundheit – Wirtschaft – Landwirtschaft“ forciert werden.

Kommunale Dienstleistungen starten unter Einbeziehung aller Verwaltungen gemeindeübergreifend ihre Zusammenarbeit. Zukunftsherausforderungen wie die Digitalisierung, Betriebsansiedlungen und Tourismusförderungen sollen künftig gemeinsam umgesetzt werden.

> **„Die Bürger zu informieren und einzubinden** ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in allen Projektabläufen.“
>
> **Josef Trummer,**
> Unternehmensberater und Projektbegleiter der IKZ

Im Grobkonzept dieser interkommunalen Zusammenarbeit wurden bereits etliche Vorhaben festgelegt. So soll etwa der Ausbau des Gesundheitstourismus in der Region rund um das Kurzentrum VAMED in Bad Sauerbrunn vorangetrieben werden. Mit den bestehenden landwirtschaftlichen Betrieben und Winzern werden mittels Produktveredelungen „regionale Qualitätsprodukte“ entwickelt, die mit Forcierung direkter Vertriebswege vermarktet werden sollen. Innerhalb der sechs Gemeinden wird ein Naherholungsgebiet mit Wander-, Themen- und Radwegen geschaffen. Neue Arbeitsplätze erwartet man sich durch das Realisieren eines gemeinsamen Gewerbeparks aller sechs Kommunen. Weitere Punkte sind die Umstellung auf eine alternative Energieversorgung, das Umrüsten des kommunalen Fuhrparks auf E-Mobilität, eine ortsübergreifende Betreuung der Kindergärten und Schulen mit gesunder Ernährung, Sport und Bewegung, das Erarbeiten eines Naherholungspakets für Zukunftsgäste aus dem Raum Wiener Neustadt oder nachhaltige Gemeindekooperationen im Dienstleistungsbereich (eigen und fremd).
Die Arbeitsstruktur erfolgt über die Projektsteuerungsgruppe mit den einzelnen konkreten Arbeitsgruppen. In der Projektsteuerungsguppe ist jede Gemeinde mit Bürgermeister bzw. Bürgermeisterin vertreten.

KÄRNTNER GEMEINDETAG 2018

ENTLASTUNG **DRINGEND ERFORDERLICH**

Bei der Landesversammlung des Kärntner Gemeindebundes Mitte Juni forderten die Gemeindevertreter eine finanzielle Entlastung der Gemeinden. Und sie haben einen neuen Vizepräsidenten gewählt.

Kärntens Gemeindebund-Präsident Peter Stauber, der neue Vizepräsident Christian Poglitsch, Bürgermeister von Finkenstein, und Landesrat Daniel Fellner.

Besonderes Augenmerk muss eine rasche und schrittweise Entlastung der Kärntner Städte und Gemeinden von Zahlungen an das Land Kärnten haben", forderte Präsident Peter Stauber vor den 80 Gemeindevertretern und drei Regierungsmitgliedern. „Die Gemeinden brauchen finanziell Luft zum Atmen und müssen auch von unnötigen Aufgaben entlastet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Gemeinden nur für jene Aufgaben zahlen, bei denen sie auch selbst Gestaltungsmöglichkeiten haben."

Entscheidend sei auch, dass erfolgreiche Einzelinitiativen zur Gegensteuerung bei der demografischen Entwicklung unter eine gemeinsame Koordination gestellt werden. Vehement forderte Stauber auch die rasche Reform der Raumordnung im Sinne einer Verfahrensbeschleunigung und Stärkung der Gemeindeautonomie innerhalb klarer Rahmenvorgaben ein.

„Wenn Widmungsverfahren ein Jahr oder länger dauern, ist es keine Überraschung, dass Betriebe und Jungfamilien, die sich im ländlichen Raum ansiedeln wollen, den Mut verlieren. Hier muss sich rasch etwas ändern!"

Raumordnungsrecht bis Ende des Jahres. Gemeindereferent Daniel Fellner präsentierte sich als jemand, der aus der Mitte der Kommunalpolitik kommt, und berichtete den Gemeinden über den aktuellen Stand der Raumordnungsreform. „Die Raumordnungsreform wird dann ein Erfolg, wenn jede Gemeinde sich intensiv über die eigene Entwicklung Gedanken macht. Wir werden hierfür in Abstimmung mit Gemeindebund und Städtebund moderne Rahmenbedingungen setzen", so Fellner. Die Verhandlungen würden neu aufgenommen und sollen mit Ende des Jahres abgeschlossen werden.

> **„Die Gemeinden brauchen finanziell Luft zum Atmen** und müssen auch von unnötigen Aufgaben entlastet werden."
>
> **Peter Stauber,** Präsident des Kärntner Gemeindebundes

Dringenden Handlungsbedarf ortete Fellner auch bei den Gemeindefinanzen. Auch er sagte zu, an einer Transferentflechtung zwischen Land und Gemeinden mitwirken zu wollen. „Es ist sonnenklar, dass man dort, wo man mitzahlt, auch mitbestimmen soll. Die großen Millionen wird es jedoch weder für das Land, noch für die Gemeinden geben können."

Gemeindebund erhält neuen 1. Vizepräsidenten. Neu gewählt wurde anstelle des aus dem Gemeindebund ausgeschiedenen Martin Gruber der Finkensteiner Bürgermeister Christian Poglitsch. Dieser übernimmt mit sofortiger Wirkung die Funktion des 1. Vizepräsidenten. Poglitsch, der bis April noch Bundesratsmitglied war, im Zivilberuf Touristiker und auch Vater von zwei Kindern ist, möchte sich vor allem für Rahmenbedingungen einsetzen, unter denen alle Kärntner Gemeinden die Lebensqualität ihrer BürgerInnen maßgeblich verbessern können.

Mehr auf https://kommunal.at/artikel/entlastung-von-kaerntens-gemeinden-ist-dringend-erforderlich

TIROLER GEMEINDETAG 2018

NULLTARIF AUF DAUER **NICHT HALTBAR**

Tirols Gemeindeverbands-Präsident Ernst Schöpf fordert beim Gemeindetag in Hopfgarten Treffsicherheit in der Sozialpolitik ein.

Nachdenken, auch wenn es gerade nicht populär ist! Das forderte der Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, Ernst Schöpf, im Rahmen des Tiroler Gemeindetages in der Marktgemeinde Hopfgarten. „Ich befürchte, dass wir es uns auf Dauer nicht leisten werden können, jede Leistung zum Nulltarif anzubieten. Das wird auch die robusteste Volkswirtschaft nicht aushalten. Überdies halte ich es auch nicht für sehr sozial. Ohne Hinschauen auf die Umstände der jeweils Betroffenen läuft man automatisch Gefahr, irgendwann einem reichen Bauern eine Kuh zu schenken. Treffsichere Sozialpolitik sieht anders aus. Ich glaube, diese Wahrheit ist den Bürgern zumutbar“, fand Schöpf deutliche Worte.

Schöpf, der das kommunale Tun vom Wickeltisch bis zum Friedhof einordnete, ließ sich auch einen Seitenhieb in Richtung Wien nicht nehmen: „In der Bundesregierung eiert es noch. Es ist deutlich spürbar, dass da noch einige Novizen am Werk sind, die ein fehlendes Verständnis für die Komplexität mancher Themen haben.“

Fest machte das der Präsident unter anderem beim Thema Pflegeregress: „Die vom Bund hinterlegte Zahl hat a priori nicht gestimmt. Trotzdem wurde sie vom Finanzminister die längste Zeit durch das Land getragen. Inzwischen sind die viel zu niedrig angesetzten 100 Millionen Euro zum Glück vom Tisch. Tirol soll nun 30 Millionen als Einnahmeausfall erhalten. Auch das kann aber noch nicht das Ende der Fahnenstange sein. Denn wir wissen aktuell nicht, wie es jetzt mit dem Zuzug in die Heime aussehen wird. Landeshauptleute und Gemeindebund haben hier jedenfalls einen Schulterschluss erzielt. Fakt ist: Wer den Wegfall des Pflegeregresses beschlossen hat, ist für den Einnahmeausfall verantwortlich.”

„Treffsichere Sozialpolitik sieht anders aus. Ich glaube, diese Wahrheit ist den Bürgern zumutbar”, fand Ernst Schöpf deutliche Worte zum Thema Pflegeregress.

Schöpf sprach auch jenes Positionspapier an, das der Gemeindeverband im Namen der Bürgermeister für die neue Landesregierung erarbeitet hat. „Die Vorstellungen der Kommunen wurden darin deponiert. Und das ohne jegliche Fantasieansprüche. Denn Tirols Bürgermeister sind geerdet und gehen ohne Traumvorstellungen über den Eduard-Wallnöfer-Platz“, erklärte der Präsident.

Für angebracht hält Schöpf auch Überlegungen in Richtung einer Zweitwohnsitzabgabe und warnte vor der dramatisch nach oben gehenden Kurve bei den Sozialbeiträgen. Alleine in den letzten drei Jahren betrug die Steigerung in diesem Bereich 60 Millionen Euro.

Mehr auf kommunal.at/artikel/leistungen-zum-nulltarif-sind-auf-dauer-nicht-haltbar

» In der Bundesregierung eiert es noch. Es ist deutlich spürbar, dass da noch einige Novizen am Werk sind.“

Ernst Schöpf,
Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes und Bürgermeister von Sölden

FOTOS // BREONIX/Chris Walch

NEUER AUFTEILUNGSSCHLÜSSEL

„KEINE FLÜCHTLINGE – WENIGER GELD VOM LAND“

Mit dieser simplen Formel wollen Südtirol und der Südtiroler Gemeindenverband sicherstellen, dass sich alle Gemeinden an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen.

Das Land hat die Aufgabe, für die Unterbringung und Betreuung der Asylbewerber zu sorgen, die Südtirol im Rahmen der staatlichen Quoten zugewiesen werden. Um die Suche nach Unterbringungsmöglichkeiten und die Verteilung auf die verschiedenen Bezirke zu handhaben, hat die Landesregierung genaue Richtlinien und einen Aufteilungsschlüssel von 3,5 Asylbewerbern je 1000 Einwohnern festgelegt.

Allerdings waren die Bemühungen des Landes und die wiederholten Aufforderungen an die Bezirke und Gemeinden, geeignete Lösungen für die Unterbringung der Flüchtlinge zu finden, nur zum Teil erfolgreich. Während einige Bezirke und Gemeinden ihr Quote erfüllen, hinken andere ihren Verpflichtungen noch hinterher bzw. weigern sich sogar, Flüchtlinge aufzunehmen.

Während einige Bezirke und Gemeinden ihr Quote erfüllen, hinken andere ihren Verpflichtungen noch hinterher bzw. weigern sich sogar Flüchtlinge aufzunehmen.

SPRAR PROGRAMM

Das staatliche SPRAR-System Italiens sieht vor, dass die Gemeinden die Initiative ergreifen, ein Gebäude für die Aufnahme von Flüchtlingen ausfindig machen und gemeinsam mit einer geeigneten Trägerorganisation beim Staat ein Projekt einreichen.
Dieses System bietet die Möglichkeit, dass Gemeinden auch kleinere Gruppen von fünf bis 15 Asylbewerbern unterbringen und betreuen und ist daher besonders für kleine und mittlere Gemeinden interessant.
www.pratomigranti.it/en/servizi/accoglienza/sprar/pagina177.html

Um die widerspenstigen Gemeinden in die Pflicht zu nehmen, haben sich der Rat der Gemeinden und das Land darauf geeinigt, einen Anreiz für die Aufnahme von Flüchtlingen zu schaffen. In die Vereinbarung zur Gemeindefinanzierung 2018 wurde eine Bestimmung eingefügt, mit welcher für säumige Gemeinden schmerzvolle Kürzungen bei der Zuweisung von Investitionsgeldern durch das Land vorgesehen werden.

Den Gemeinden, die sich weigern, Flüchtlinge aufzunehmen und solchen, die bis Mai keinen Grundsatzbeschluss gefasst haben, sich am staatlichen SPRAR-Programm zu beteiligen, werden 20 Prozent der ihnen zustehenden Investitionsgelder für das Jahr 2018 einbehalten. Innerhalb September sind dann konkrete Schritte zur Aufnahme der Flüchtlinge zu setzen, andernfalls werden 20 Prozent der Investitionsgelder für das Jahr 2019 einbehalten. Die einbehaltenen Gelder fließen in den Fonds für dringende und unaufschiebbare Gemeindeprojekte, auf den die säumigen Gemeinden natürlich keinen Zugriff haben.

Der Präsident des Gemeindeverbandes will diese Maßnahme nicht als Strafe verstanden wissen, sondern als Akt der Solidarität mit den anderen Gemeinden. Es kann nicht sein, dass einzelne Gemeinden sich weigern, Flüchtlinge auf ihrem Gebiet aufzunehmen. Der Vorschlag hat zwar keine einhellige Zustimmung im Rat der Gemeinden gefunden, wir hoffen aber, dass die Regelung gar nicht zur Anwendung gelangt, weil wir möchten, dass alle Gemeinden solidarisch sind und diese Herausforderung gemeinsam meistern. K

Mehr Infos beim Südtiroler Gemeindenverband unter presse@gvcc.net oder Tel. +39 0471 304655

BURGENLAND

Bgm. Gerhard Dreiszker (Bruckneudorf), LH Hans Niessl, Andreas Ranner von der Naturschutzabteilung des Landes Burgenland, Verkehrskoordinator Peter Zinggl sowie die Bürgermeister Wolfgang Kovacs (Parndorf) und Karel Lentsch (Neudorf).

Keine Breitspurbahn in Parndorf

Die Transsibirische Breitspurbahn reicht von China über Russland bis nach Košice in der Slowakei. Bis 2033 soll sie bis zur Parndorfer Platte verlängert werden. Die Bürgermeister der Anrainergemeinden des geplanten Verladebahnhofs für die Breitspurbahn haben sich aber bei einer Pressekonferenz mit Landeshauptmann Niessl gegen den bei Parndorf vorgesehenen Bahnhof ausgesprochen. Kritisiert wurde vor allem, dass es kaum Informationen zum Projekt gab. Bei einem Treffen mit den ÖBB seien „Halbwahrheiten" erzählt worden, sagte Bürgermeister Wolfgang Kovacs. Als Reaktion hat Infrastrukturminister Hofer nun angekündigt, dass die ÖBB die Planungen für den Bahnhof auf Niederösterreich fokussieren wird.

Bürgerbeteiligung als Erfolgsgarant

Neue Perspektiven für das Dorf und der aktuelle Stand in der laufenden Förderungsperiode LE14-20 standen im Mittelpunkt der Infoveranstaltung „Neue Perspektiven für das Dorf", die im Gemeindeamt von Steinberg-Dörfl stattfand. Ein fundamentaler Bestandteil und zugleich ein Garant für den Erfolg sei die Bürgerbeteiligung, sagte Landesrätin Verena Dunst. „Besonders freut es mich, dass wir über die Landesförderung zusätzlich Schwerpunkte bei Mobilität, Open-WLAN und der Nahversorgung setzen können", sagte Dunst. Gefördert werden unter anderem auch Ladestationen für Elektroautos, E-Car-Sharing und Pilotprojekte für Menschen, die über kein privates Auto verfügen.

KÄRNTEN

Mehr Geld für den **Straßenbau**

In Kärnten gibt es einen massiven Aufholbedarf bei der Sanierung der Landesstraßen. Wegen des Hypo-Skandals stand in den vergangenen Jahren wenig Geld für notwendige Bauarbeiten zur Verfügung. Heuer hat das Land allerdings eine Straßenbauoffensive gestartet.
6,9 Millionen Euro werden zusätzlich für Straßenbauprojekte, Brückensanierungen und Radwegebau zur Verfügung gestellt, um 800.000 Euro wird das Budget für Umbau- und Neubauprojekte im ländlichen Wegenetz erhöht.
Für die oppositionelle FPÖ ist das aber immer noch zu wenig. Sie fordert eine deutlichere Erhöhung des Baubudgets.

Durch das Budgetplus konnten bereits 18 zusätzliche Baulose im Straßenbaubereich ausgeschrieben werden. (Symboldbild)

Ausnahme für Waldbesitzer

Das Sturmtief „Yves" hat im Dezember 2017 schwere Schäden in Teilen Südkärntens verursacht. Der schneereiche Winter verhinderte für fast zwei Monate die Aufarbeitung und den Abtransport des Schadholzes. Im Frühjahr wurden die Arbeiten intensiv wieder aufgenommen, sodass hohe Holzmengen vorhanden und die Sägewerke nicht mehr uneingeschränkt aufnahmefähig sind.
Für die Zwischenlagerung des Schadholzes konnte nun bei der Agrarmarkt Austria eine Ausnahmegenehmigung erreicht werden. Ohne dieses Ausnahme würden, wenn landwirtschaftliche Flächen für die Holzlagerung genutzt werden, Förderungen gestrichen.
„Vor allem wegen des Borkenkäferproblems ist es wichtig, dass das Schadholz rasch entfernt wird", erläutert Landesrat Martin Gruber.

NIEDERÖSTERREICH

Bürgermeister Karl Grammanitsch im Bürgerservice der Marktgemeinde Lassee.

Bürgerzufriedenheit mittels Smiley ermitteln

Die im Marchfeld gelegene Marktgemeinde Lassee implementierte ein System zur permanenten Messung der Bürgerzufriedenheit. Beim Verlassen des Gemeindeamts wird der Besucher bzw. die Besucherin mittels eines Touch-Displays aufgefordert, eine Frage zu beantworten: „Wie zufrieden waren Sie mit unserem Bürgerservice?“
Als Antwort braucht man nur eine von vier Smileys auswählen – von „sehr zufrieden“ bis „sehr unzufrieden“. Daneben gibt es auch die Möglichkeit für offenes Feedback, das man über die Tastatur auf dem Bildschirm eingeben kann.

Planungssicherheit für Gemeinden

Beim diesjährigen Kommunalgipfel haben die Vertreter von Land, Gemeinden und Städten in konstruktiven Gesprächen die gemeinschaftliche Finanzierung der Sozialhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe und des Niederösterreichischen Krankenanstalten- und Sozialfonds (NÖKAS) bis 2021 festgelegt.
Aufgrund der erzielten intensiven Kostendämpfungsmaßnahmen muss die Sozialhilfeumlage, die Kinder- und Jugendhilfe-Umlage sowie die NÖKAS-Umlage nur moderat erhöht werden.
Bezüglich der Standortbeiträge der Spitalsstandortgemeinden ist eine Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes notwendig. Die Landtagsklubs von ÖVP, SPÖ und FPÖ werden dazu einen gemeinsamen Initiativantrag zur Änderung des NÖ Krankenanstaltengesetzes in die Sitzung des NÖ Landtages, in der das Budget des Landes beschlossen wird, einbringen und beschließen.

OBERÖSTERREICH

Kindergartengebühr wird evaluiert

Seit Februar 2018 müssen oberösterreichische Eltern bis zu 110 Euro für den Kindergarten am Nachmittag zahlen. Gemeinden und Kindergartenträger fühlten sich von der raschen Einführung der Gebühr überfordert. Viele Eltern meldeten ihre Kinder von der Nachmittagsbetreuung ab. Die Rechercheplattform „Addendum“ hat erhoben, dass zumindest 3450 Kinder kürzer oder gar nicht mehr in der Nachmittagsbetreuung sind. In mindestens 162 Gemeinden hat sich die Zahl der Kinder verringert, in 43 blieb die Zahl gleich.
Offiziell sind diese Zahlen aber nicht. Das Land Oberösterreich schickte nun Fragebögen an 500 Träger von Kindergärten aus. Gefragt wurde unter anderem wie viele Kinder angemeldet sind und wie die Personalsituation ist. Das Ergebnis soll im August vorliegen.

Viele Eltern holen ihre Kinder jetzt früher ab, um sich Geld zu sparen.

Prüfungen werden dezentralisiert

In Oberösterreich soll es zukünftig eine neue Prüfgruppe geben, die sich ausschließlich mit Gemeindeprüfungen befassen wird. Die Gruppe wird dezentral auf vier Bezirkshauptmannschaften aufgeteilt. Der zuständige Landesrat Elmar Podgorschek (FPÖ) verspricht sich mehr Transparenz und Effizienz. Pro Jahr sollen zehn Prozent der Gemeinden geprüft werden. Jede Gemeinde wird also zumindest einmal in zehn Jahren geprüft werden. Die Prüfgruppen sollen in den vier Bezirkshauptmannschaften Ried (für das Innviertel), Urfahr-Umgebung (Mühlviertel), Wels-Land (Hausruckviertel) und Kirchdorf (Traunviertel) angesiedelt werden.

FOTOS/Bgld. Landesmedienservice, Shutterstock/Balakate, ScanLang GmbH, Shutterstock/SpeedKingz

SALZBURG

Gemeindeverbands-Präsident Günther Mitterer, LH-Stellvertreter Christian Stöckl und Landesrat Heinrich Schellhorn.

Mehr Geld für die **Pflege**

Das Land Salzburg will die finanzielle Situation der sozialen Dienstleister verbessern, startet eine Pflegeoffensive und verstärkt seine Bemühungen um die Pflegeberufe.
Gemeinsam mit dem Salzburger Gemeindeverband präsentierten Landeshauptmann-Stellvertreter Christian Stöckl und Landesrat Heinrich Schellhorn die ersten Schritte. Geplant sind:

- Mehr Geld für die Mobilen Dienste
- Erhöhung der Tarife für Seniorinnen- und Seniorenwohnhäuser
- Neue „Plattform Pflege“

Die Tarife für Seniorenwohnhäuser werden aber um 3,30 Euro pro Tag erhöht. „In der Vergangenheit gab es knapp 30 Prozent Selbstzahler, die für ihre Betreuung im Seniorenwohnhaus bezahlt haben. Jetzt müssen wir dringend einspringen, um die hohe Pflegequalität zu erhalten“, erläutert Landesrat Heinrich Schellhorn.

Dienten für Österreich

Dienten am Hochkönig vertritt Österreich beim heurigen Lebensqualität- und Nachhaltigkeitswettbewerb „Entente Florale Europe“. Die Gemeinde zeigt sich als Vorzeigegemeinde in Sachen Nachhaltigkeit – ein Thema, das nicht nur der Ortsleitung, sondern auch den Einwohnern am Herzen liegt, wie eine Vielzahl von Projekten zeigt.
Bei dem seit 1975 bestehenden europaweiten Wettbewerb werden Dörfer und Städte in zwölf Ländern auf ihr Engagement im Umweltschutz, ihre Erziehung beim Umgang mit Grün, nachhaltige Entwicklungsstrategien und freiwillige Aktivitäten der Bevölkerung beurteilt.

www.entente-florale.eu

STEIERMARK

Voitsberg und Bärnbach **wollen fusionieren**

Die weststeirischen Städte Voitsberg und Bärnbach wollen bis Ende 2019 fusionieren. Das gaben die beiden Bürgermeister Ernst Meixner und Bernd Osprian bei einer Pressekonferenz bekannt. Sie rechnen mit Einsparungen von mehr als zwei Millionen Euro im Jahr. Mit rund 15.000 Einwohner soll die neue Gemeinde Voitsberg-Bärnbach die fünftgrößte Stadt der Steiermark werden. Die Fusion läuft unter dem Motto „Wir bauen eine Stadt“.
Neben finanziellen Mehreinnahmen aus dem Finanzausgleich sollen sich auch Synergieeffekte in der Verwaltung, der Raumplanung, beim öffentlichen Verkehr und in der Daseinsvorsorge ergeben. „Auch der politische Einfluss der neuen Stadt wäre ein deutlich größerer als bisher“, meint der Voitsberger Bürgermeister Ernst Meixner.

Die neue Stadt Voitsberg-Bärnbach wird die fünftgrößte der Steiermark sein.

Mureck will den Bezirk wechseln

Eine Volksbefragung in Mureck hat ergeben, dass die Bevölkerung der derzeit noch zum Bezirk Südoststeiermark gehörenden Stadt in den Bezirk Leibnitz wechseln will. Leibnitz sei den Mureckern in allen Bereichen einfach näher als die Bezirkshauptstadt Feldbach, sagte Bürgermeister Anton Vukan (SPÖ) auf ORF-online. „Die Menschen kaufen im Großraum Leibnitz ein und besuchen dort die höheren Schulen. Auch der Pendlerstrom geht in Richtung Leibnitz oder Graz“, so Vukan.
Das Land Steiermark hielt jedoch fest, dass ein Bezirkswechsel einer Gemeinde nur dann möglich ist, wenn sie mit einer anderen Gemeinde fusioniert. In Mureck hofft man aber auf Verständnis.

TIROL

Gemeindeverbands-Präsident-Präsident Ernst Schöpf, Bgm. Hansjörg Gartlacher (Kolsass), Landesrat Johannes Tratter, Bgm. Markus Zijerveld (Weer) und Bgm. Alfred Oberdanner (Kolsassberg).

Nach dem GEKO-Sieg **geht es weiter**

Nach dem Sieg beim Tiroler Gemeindekooperationspreis GEKO vertiefen die Gemeinden Weer, Kolsass und Kolsassberg ihre Zusammenarbeit.
Der Gewinn des heuer zum zweiten Mal vergebenen GEKO wurde mit einem Fest in Kolsass gefeiert. Dabei präsentierten die drei Gemeinden ihr nächstes gemeinsames Projekt, den Kabinenumbau am gemeinsam genutzten Sportplatz Kolsass. Die neuen Kabinen wurden im Rahmen der Feier offiziell eingeweiht.

Bodenfonds macht Wohnen günstiger

Mit dem Tiroler Bodenfonds bietet das Land Tirol den Gemeinden seit 1994 ein Instrument, um Baugrundstücke zu günstigen Preisen auf den Markt zu bringen und damit leistbares Bauen und Wohnen zu ermöglichen. Auch die Gemeinde Kolsassberg nutzte diese Möglichkeit für ihre Bürgerinnen und Bürger. Im Zuge eines privaten Grundstücksverkaufs wurde vom Tiroler Bodenfonds ein 4000 m² großes Grundstück erworben und – nach entsprechender Baulandwidmung durch die Gemeinde – in Form von zehn Bauparzellen zum Verkauf angeboten.
Die Vergabe aller zehn Grundstücke, deren Größe zwischen 295 und 335 m² liegt, erfolgt über die Gemeinde, informiert Bürgermeister Alfred Oberdanner: „Mit dem Kaufpreis von 175 Euro pro m² wird nicht nur das aktuelle Preisniveau des Marktes deutlich unterschritten, sondern auch den Vorgaben der Wohnbauförderung voll entsprochen."

VORARLBERG

Eine Website weiß, **was Touristen wünschen**

Das Kleinwalsertal ist die erste österreichische Tourismusregion mit einer Website, die sich dynamisch an den Gästebedürfnissen und dem Gästeverhalten ausrichtet. Durch sogenannte „Web-Personalisierung" gibt die Seite personalisierten Inhalt für die Nutzer aus.
Basis dafür bilden deren Klickverhalten, Buchungen sowie persönliche über ein Profil angelegte Daten. Zusätzlich können verschiedenste Angebote der Region durch die Verschmelzung von Website und Webshop direkt aus dem Inhalt gebucht werden. Entwickelt wurde hierfür ein Marktplatz, der es erlaubt, Leistungen von Anbietern aus der Destination in nur einem Einkaufsprozess zu beziehen.
Bislang stark hierarchisch aufgebaute Inhalte sind nun automatisch nach Gesichtspunkten des Nutzerverhaltens steuerbar gemacht. Personalisierter Content wird gezielt für den Gast ausgegeben.

www. kleinwalsertal.com

Das Vorarlberger Kleinwalsertal hat einen Internetauftritt, der sich dynamisch den Gästen anpasst.

Investitionen in die Wasserinfrastruktur

Mit mehr als 1,9 Millionen Euro fördert die Landesregierung die Umsetzung von vier wasserbaulichen Projekten in Vorarlberg. Das Investitionsvolumen für die Maßnahmen in den Gemeinden Nenzing, Tschagguns, Lustenau und Raggal beläuft sich in Summe auf rund 6,34 Millionen Euro. Am kostspieligsten ist das Projekt, das in Nenzing realisiert wird. Über 2,3 Millionen Euro werden in die Erweiterung der Wasserversorgungsanlage in den Siedlungsgebieten Gurtis und Rungeletsch investiert.

FOTOS: LMZ Salzburg/Neumayr/SB, Shutterstock/atdr, Land Tirol, Shutterstock/travelpeter

PERSONALIA

Abschied eines Kämpfers

SALLA // Der kleine weststeirische Ort Salla trauert um seinen Bürgermeister: Siegfried Steurer starb am 31. Mai völlig unerwartet im 54. Lebensjahr. Steurer, der beruflich einen Batteriehandel in Köflach betrieben hat, war von 2010 bis zu seinem Rücktritt 2014 Sallegger Bürgermeister. Grund für seinen Rückzug war die Zusammenlegung der Gemeinden Maria Lankowitz, Gößnitz und Salla. Der zweifache Vater war erklärter Gegner der Zentralisierung und setzte sich beherzt für kleine Einheiten ein. Dadurch erlangte er österreichweite Bekanntheit.

Mit dem Tod von Siegfried Steurer verliert nicht nur die Gemeinde, sondern die ganze Region ein tatkräftiges Mitglied der Gesellschaft.

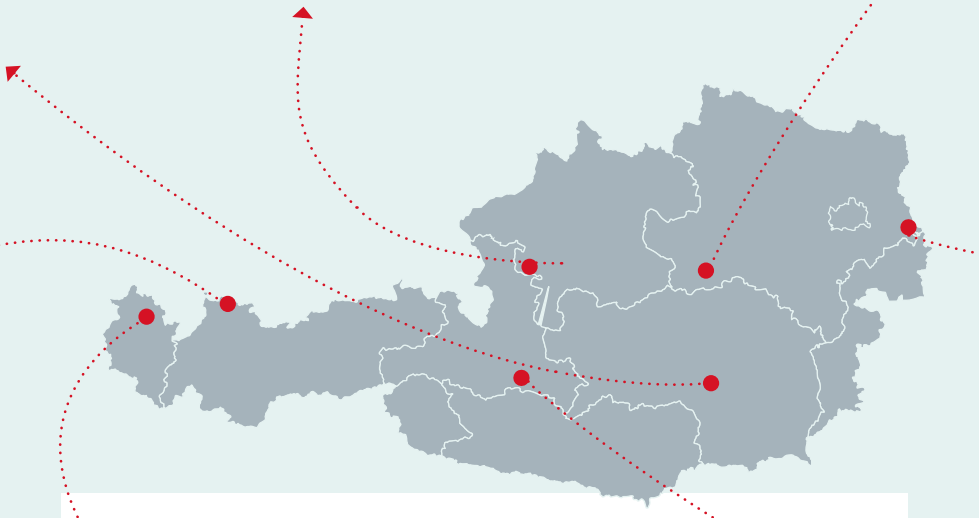
Trauer um den Chef

VILS // Günther Keller, Bürgermeister von Vils in Tirol, ist am 28. Mai völlig überraschend im 60. Lebensjahr verstorben. Der zweifache Familienvater war seit 2009 Bürgermeister des 1500-Einwohner-Ortes im Bezirk Reutte. Mit seinem überaus großen Engagement und stetigem Verständnis für die kleinen und großen Anliegen der Vilserinnen und Vilser machte er sich in der Gemeinde beliebt. Bei der Wahl 2016 wurde er als Bürgermeister im Amt bestätigt.

Als Mitglied des Gemeinderates war Keller seit 1992 in der örtlichen Kommunalpolitik tätig, von 2004 bis 2009 war er Vizebürgermeister von Vils. Der 59-Jährige war im Vereins- und Gemeindeleben sehr aktiv. Er war Obmann im Fußballklub und Skiverein.

Erdrutschsieg für Landschaftsgärtner

ST. LORENZ // Die Mondsee-Gemeinde St. Lorenz in Oberösterreich scheint nach den politisch turbulenten letzten Monaten zur Ruhe zu kommen und hat mit Andreas Hammerl einen neuen Ortschef. Der 35-Jährige konnte mit 72,3 Prozent der Stimmen bereits im ersten Durchgang die Wahl für sich entscheiden. „Es war ein Erdrutschsieg, wie man so schön sagt", ist der gelernte Landschaftsgärtner glücklich über den Wahlausgang. Andreas Hammerl ist für die Bürgerinnen und Bürger von St. Lorenz kein Unbekannter – ganz im Gegenteil. Der Außendienstmitarbeiter sitzt seit Jahren im Gemeinderat und ist in Vereinen wie der Feuerwehr und der Bürgermusikkapelle aktiv.



20 Jahre **„zu früh im Amt"**

KRUMBACH // Der vielzitierte Generationenwechsel fand am 18. Mai 2018 in der Vorarlberger Gemeinde Krumbach statt. Nachdem der langjährige Ortschef Arnold Hirschbühl Mitte Mai 2018 seinen Rücktritt bekanntgab, wurde eine Neuwahl erforderlich. Diese entschied mit elf von zwölf Stimmen der erst 28-jährige Egmont Schwärzler für sich. Einen so jungen Bürgermeister können nur eine handvoll Gemeinden vorweisen, dem ist sich auch der Wirtschaftsjurist Schwärzler bewusst: „Eigentlich wollte ich das Amt erst in 20 Jahren anstreben, aber die günstigen Umstände haben mich umdenken lassen." Politikinteressiert ist Schwärzler schon länger: Seit 2015 ist er Mitglied der Krumbacher Gemeindevertretung.

Kleine Bürgermeisterin **für einen kleinen Ort**

ST. GEORGEN // Birgit Krifter ist seit 18. Mai Ortschefin der niederösterreichischen Gemeinde St. Georgen am Reith. Damit ist sie die siebente Bürgermeisterin im Bezirk Amstetten. „Jetzt hat unsere kleine Gemeinde auch eine kleine Bürgermeisterin", scherzt die 44-Jährige bei der Amtsübergabe und spielt dabei auf ihre Körpergröße an. Der Ort im Mostviertel hat überschaubare 600 Einwohner.

Als das Angebot zum obersten Amt im Ort Anfang Mai kam, brauchte Krifter allerdings erst Bedenkzeit. Ihr Vorgänger Helmut Schagerl trat aus beruflichen sowie privaten Gründen Anfang Mai 2018 zurück. Er war es auch, der die diplomierte Krankenschwester als Bürgermeisterin vorschlug. Einen Namen machte sie sich bereits als geschäftsführende Gemeinderätin. Seit acht Jahren gehört sie dem Gemeinderat an und ist für die Bereiche Gesundheit und Soziales verantwortlich. Dass Krifter in einer typischen Männerdomäne tätig ist, findet sie überhaupt nicht einschüchternd, ganz im Gegenteil: „Ich glaube schon, dass Frauen das Amt anders ausüben als Männer, weil sie diplomatischer sein können."

MEHR PERSONALIA

finden Sie auf

gemeindebund.at

Vom Polizist **zum Bürgermeister**

UNTERNBERG // Sicherheit ist seit Ende April 2018 in der Salzburger Gemeinde Unternberg garantiert. Der neue Bürgermeister Peter Sagmeister ist nämlich in seinem Brotberuf seit fast dreißig Jahren bei der Polizei tätig. Der 53-Jährige folgt Josef Wind nach, der sich nach 14 Jahren als Bürgermeister der Lungauer Gemeinde gänzlich aus der Politik zurückzieht.

Sagmeister ist seit März 2009 in der Gemeindevertretung des 1000-Einwohner-Ortes tätig und hatte zusätzlich seit 2014 die Funktion des Vizebürgermeisters inne. Aufgrund seiner „Beförderung" zum Ortschef musste dieses Amt ebenfalls neu besetzt werden und wird nun von Ernestine Graggaber ausgeführt.

Der gebürtige Pischelsdorfer fühlt sich in der Gemeindepolitik durchaus wohl, im März 2019 will er für die ÖVP als Spitzenkandidat ins Rennen bei der Gemeinderatswahl gehen.

„Alles Gute zum 80er, Herr Präsident"

HÖFLEIN // Der Kommunal- und Landespolitiker und begeisterte Weinbauer Franz Rupp war 30 Jahre lang Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Höflein bei Bruck – am 16. April vollendete er sein 80. Lebensjahr. Er war einer der ersten Landwirtschaftsmeister Niederösterreichs, zog 1965 in den Gemeinderat ein und wurde 1975 Bürgermeister. Von 1981 bis 1993 gehörte er dem nö. Landtag an, von 1992 bis 2001 war er Präsident des „niederösterreichischen Gemeindevertreterverbandes der ÖVP".

Rupp profilierte sich nicht nur als Agrarsprecher, sondern vor allem auch in kommunalpolitischen Belangen. Aus der Zeit seiner GVV-Führung ragen vor allem zwei Fakten bzw. Beschlüsse heraus: die Abschaffung der von den Gemeinden zu entrichtenden Landesumlage (verbunden mit einer verstärkten Finanzhilfe für strukturschwache Gemeinden) sowie organisatorisch die Übersiedlung

Der Jubilar (ganz rechts) mit Hannes Pressl, Gerald Poyssl, Alfred Riedl von NÖ Gemeindebund und Walter Leiss, Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes.

des Verbandes im Jahr 2000 von Wien nach Sankt Pölten – dies nach 53 Jahren in der Bundeshauptstadt. Der Verband zog in das neue Haus der NÖ Volkspartei ein, womit erstmals alle Bünde und Organisationen der Partei in einem Haus konzentriert waren. Wie wichtig die Abschaffung der Landesumlage war, zeigt sich darin, dass sich Niederösterreichs Gemeinden damit jährlich rund 700 Millionen Schilling (das wären heute ohne Inflation rund 50 Millionen Euro) ersparten. Menschlich zeichnete sich Rupp durch eine kameradschaftlich-amikale Art sowie durch seine Fähigkeit aus, ein gutes Gesprächsklima zu schaffen. Was nicht selten zu guten Verhandlungsergebnissen beitrug.

FOTOS // Österreichischer Gemeindebund // ©August Schwertl //

©Fotostudio Holitzky

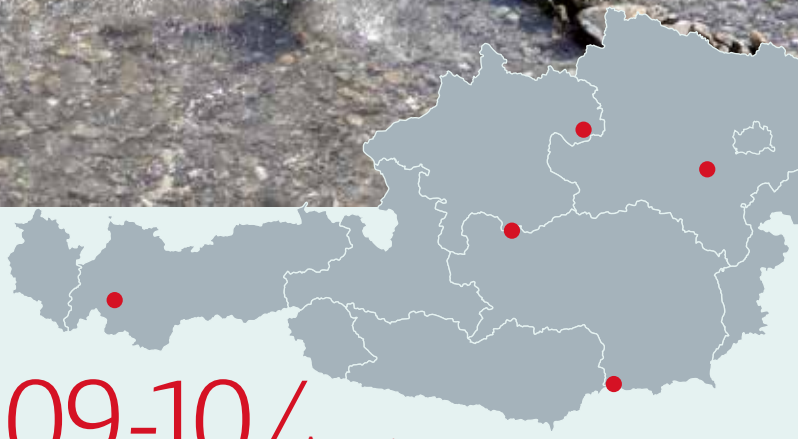
TERMINE

10-11/Oktober

Flussbautagung 2018

Hochwasserereignisse bedingen aufgrund ihrer räumlichen Dimension Kooperationen. Daher muss ein zukunftsfähiges Hochwasserrisikomanagement funktionale Einheiten entlang eines Fließgewässers bis hin zum gesamten Einzugsgebiet betrachten. Dies erfordert Zusammenarbeit zwischen Organisationen, Gebietskörperschaften und Staaten.
Im Rahmen der Flussbautagung diskutieren VertreterInnen von Gemeinden, Verbänden, Behörden, BetreiberInnen, PlanerInnen, Wirtschaft und Wissenschaft über Erfahrungen, Herausforderungen und Chancen im internationalen Hochwasserrisikomanagement.

www.oewav.at
Ort: Graz.



09-10/August

Seminare zum „Öffentlichen Sektor“

Das Institut für Kommunalwissenschaften veranstaltet eine Seminarreihe in zwei Modulen zu den Themen „Verwaltungs- und Strukturreformen für Gemeinden“ und „Der Öffentliche Sektor“. Bei Bedarf können auch Module zu „Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“, „Finanzierung öffentlicher Haushalte“ oder „Kommunale Daseinsvorsorge“ gewählt werden.

www.ikw.co.at
Ort: Linz.

FOTOS/Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname

03/ Oktober

Neophyten-bekämpfung

Im Zuge der zweitägigen Ausbildung erhalten die TeilnehmerInnen umfassende Kenntnis zum Themenkreis „Invasive Neophyten“, wie Herkunft, Ausbreitung sowie Auswirkungen und Bekämpfungsmethoden.

www.oewav.at
Ort: Tulln an der Donau

12/ Oktober

Startschuss für den Neptun Wasserpreis

Am Weltumwelttag startete die Ausschreibung des Neptun Wasserpreises 2019. Der österreichische Umwelt- und Innovationspreis zum Thema Wasser wird bereits zum elften Mal ausgeschrieben. „Mit dem Neptun Wasserpreis wollen wir die Wertschätzung für das Wasser und seine nachhaltige Nutzung in Österreich fördern. Heimisches Wasser-Know-how steht dabei genauso im Mittelpunkt wie wichtige Wissenschafts- und Bildungsprojekte, künstlerische Konzepte und außergewöhnliches Wasser-Engagement von Gemeinden“, betont Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstinger anlässlich des Starts der Ausschreibung.

Engagierte Gemeinden gesucht. Der Neptun Wasserpreis 2019 stellt auch das Engagement von Österreichs Gemeinden und Städten für die Ressource Wasser wieder in den Mittelpunkt und sucht die WasserGEMEINDE 2019. Im Vorjahr wurde mit diesem Titel Krieglach in der Steiermark für die vorbildliche Umsetzung eines örtlichen „Wasserwanderweges“ ausgezeichnet. „Gemeinden können sich selbst für die Auszeichnung bewerben. Es sind aber auch alle Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Naturschutz, Tourismus usw. eingeladen, Gemeinden vorzuschlagen.“, so Christopher Giay, Geschäftsführer der Kommunalkredit Public Consulting, welche die Patenschaft für die Gemeinde-Kategorie übernommen hat. Die besten Vorschläge stellen sich im Jänner 2019 einem Online-Voting und einer Jury. Die Siegergemeinde wird bei der Preisverleihung im März 2019 ausgezeichnet.

Die Einreichung ist bis 12. Oktober auf **www.neptun-wasserpreis.at** möglich

28/ Februar 2019

Ausschreibung für Förderpakete gestartet

Das Förderprogramm „Solarthermie – große Solaranlagen“ ist eines von zwei Förderprogrammen, die der Klima- und Energiefonds vorantreibt. Die Pakete richten sich an Unternehmen, Gemeinden und Private.
Gefördert werden große Solaranlagen bis 10.000 m² in fünf Schwerpunkten:

- Solare Prozesswärme in Produktionsbetrieben
- Solare Einspeisung in netzgebundene Wärmeversorgung
- Hohe solare Deckungsgrade in Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben
- Solarthermie in Kombination mit Wärmepumpe
- Neue Technologien und innovative Ansätze

Die Ausschreibung „**Solarthermie – Solare Großanlagen**“ ist von 29.05.2018 bis 28.02.2019 geöffnet. Die vollständigen Antragsunterlagen müssen bis 28.02.2019 um 17:00 Uhr online bei der Kommunalkredit Public Consulting einlangen.

Die Ausschreibung **„Demoprojekte Solarhaus“** ist von 29.05.2018 bis zum 28.02.2019 geöffnet. Die vollständigen Antragsunterlagen müssen bis 28.02.2019 um 17:00 Uhr online bei der Kommunalkredit Public Consulting einlangen.

www.klimafonds.gv.at
www.solare-grossanlagen.at

ERSTER KOMMUNALER CHATBOT IM TESTBETRIEB

„**Kora**, wo kann ich parken?“

HEIDENHEIM AN DER RENZ/ Ab sofort kann der Bürger-Chatbot „Kora“ als offene Betaversion auf **www.heidenheim.io** getestet werden. Offene Betaversion deshalb, weil Kora noch kein vollumfängliches und finales Produkt ist, dennoch getestet werden kann.
Was ist Kora und was kann sie? „Kora“ steht für Kommunale Rathaus-Assistentin und ist ein sogenannter Virtual Agent. Bürger können über diesen Virtual Agent Fragen stellen. „Kora“ liefert die Antworten auf Grundlage kognitiver Intelligenz.
Kora kann einfache Fragen zum Personalausweis und Reisepass beantworten, wie zum Beispiel: „Wie viel kostet ein Personalausweis?“. Die Antworten zu den Themen Personalausweis und Reisepass sind Textbausteine.

Darüber hinaus kann Kora auch einfache Fragen zu Öffnungszeiten, Stadtteilen, Anfahrtsbeschreibung, Ehrenbürger, Partnerstädte oder zuständige Stellen beantworten. Etwas Chit-Chat (Geplauder) kann sie auch.
Wenn Sie die Webseite www.heidenheim.io über einen Desktop-PC öffnen, können Sie Links bei „Kora kann ...“ auf die Themen klicken und Beispielfragen abrufen.
Mehr über „Kora“ lesen Sie auf **kommunal.at/artikel/**

Auf kommunal.at können Sie auch erstmals abstimmen. Folgen Sie dem Link oder dem QR-Code, lesen Sie alle Details und beantworten Sie dann die Frage, „ob Kora für Ihre Gemeinde auch etwas wäre“ einfach mit Ja oder Nein.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at
Geschäftsführung Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:

http://kommunal.at/leserservice/

Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;

Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at

Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Daniel Kosak (BM für Nachhaltigkeit und Tourismus), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Mag. Alfred Riedl (Präsident des Österreichischen Gemeindebundes), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Mag. Brigitte Trinkl (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunalverlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 35.008 (2. HJ 2017)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

DER ONLINE-MARKTPLATZ FÜR GEMEINDEN

KOMMUNALBEDARF.AT

JETZT **ANMELDEN** UND **PROFITIEREN**

Registrieren Sie sich noch heute auf **KOMMUNALBEDARF.AT** und erhalten Sie einen **10% GUTSCHEIN** für Ihre erste Bestellung sowie laufend die **WOCHENZUCKERL** direkt in Ihren Posteingang.

KOMMUNALBEDARF.AT ist der Online-Marktplatz für Gemeinden – wir informieren Sie gerne, wie Sie ihn für sich nutzen können: Christian Sonnenberg, +43 1 / 532 23 88 40, info@kommunalbedarf.at

ARA 360° KREISLAUF-WIRTSCHAFT FÜR ÖSTERREICH

STARTEN WIR DIE ZUKUNFT JETZT.

Schließen wir gemeinsam den Verpackungskreislauf:
Hochwertige Sekundärrohstoffe für neue Produkte.
Nachhaltige Verpackungen durch ARA Circular Design.
Das ist 360° Kreislaufwirtschaft made in Austria.

DIE TREIBENDE KRAFT IM RECYCLING.

ara.recycling www.ara.at

ARA
Altstoff Recycling Austria